

# Niedersächsischer Landtag

# Stenografischer Bericht

# 10. Sitzung

# Hannover, den 23. Februar 2023

#### Inhalt:

Tagesordnungspunkt 10:	Tagesordnungspunkt 12:
Mitteilungen der Präsidentin481	Dringliche Anfragen498
Feststellung der Beschlussfähigkeit481	
	a) Sanierungszwang durch EPBD in Verbindung
Tagesordnungspunkt 11:	mit dem "Fit for 55"-Paket? - Anfrage der Fraktion
	der AfD - Drs. 19/593
Aktuelle Stunde482	<b>Dennis Jahn</b> (AfD)499, 505
	Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen
a) Vier-Tage-Woche statt Verlässlichkeit für un-	und Digitalisierung 500 bis 506
sere Kinder? Wohin führt der Weg der Kultusmi-	Marcel Queckemeyer (AfD)502, 503, 504
nisterin? - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/591	<b>Christian Frölich</b> (CDU) 502, 503, 506
482	Uwe Dorendorf (CDU)505
Jens Nacke (CDU)482, 491	
Thore Güldner (SPD)484	b) Aus- und Fortbildungslehrgänge an den Akade-
Harm Rykena (AfD)485, 486	miestandorten des Niedersächsischen Landes-
Pascal Mennen (GRÜNE)486	amtes für Brand- und Katastrophenschutz - An-
Julia Willie Hamburg, Kultusministerin488	frage der Fraktion der CDU - Drs. 19/595507
	<b>Alexander Wille</b> (CDU) 507, 509, 510, 511, 512
b) Aktuelle Herausforderung Agrarwende - den	Daniela Behrens, Ministerin für Inneres und
Wandel auf Höfen und Äckern gemeinsam gestal-	Sport507, 510, 510, 511, 513, 513
ten - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -	<b>Stephan Bothe</b> (AfD)510, 512
Drs. 19/592491	Thorsten Moriße (AfD)511
Christian Schroeder (GRÜNE)491	Thomas Uhlen (CDU)513
Alfred Dannenberg (AfD)492	
Karin Logemann (SPD)494	Tagesordnungspunkt 13:
Dr. Marco Mohrmann (CDU)495	
Miriam Staudte, Ministerin für Ernährung, Land-	Erste Beratung:
wirtschaft und Verbraucherschutz496	Illegale Migration eindämmen - Rückführungszen-
	tren einrichten, Rechts- und Sozialstaat schützen!
	- Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/531514
	<b>Stephan Bothe</b> (AfD)
	Djenabou Diallo-Hartmann (GRÜNE) 515, 516
	Klaus Wichmann (AfD)517

I

**André Bock** (CDU).......517, 518, 519, 520 **Thorsten Moriße** (AfD) ......518

Stefan Marzischewski-Drewes (AfD)519Ulrich Watermann (SPD)521Ausschussüberweisung522
Tagesordnungspunkt 14:
Erste Beratung:  Bevölkerungs- und Katastrophenschutz in Niedersachsen zukunftsfähig gestalten - Behörden und Hilfsorganisationen auf hybride Bedrohungslagen kontinuierlich vorbereiten - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/534
Tagesordnungspunkt 15:
Erste Beratung:  Stillstand beenden - moderne Gleichstellungspolitik verwirklichen und als Land vorangehen - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/533
Tagesordnungspunkt 16:
2. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 19/545 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/596
Volker Bajus (GRÜNE)         535           Beschluss         534, 536
Tagesordnungspunkt 17:
Erste Beratung: Ein aktives Wolfsmanagement in Niedersachsen etablieren - für ein gutes Zusammenleben von Menschen, Weidetieren und Wölfen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/527
Dr. Frank Schmädeke (CDU)         536, 542           Julia Retzlaff (SPD)         538
Marcel Queckemeyer (AfD)

Tagesordnungspunkt 18:

# Erste Beratung:

Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken wieder-
aufnehmen - ein neues Reaktivierungsprogramm
starten - Antrag der Fraktion der SPD und der Frak-
tion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/535 542
Stephan Christ (GRÜNE)542
Omid Najafi (AfD) 544, 544
Marcel Scharrelmann (CDU) 544, 547, 550
Dr. Dörte Liebetruth (SPD)546, 548
Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE)548
Jörn Schepelmann (CDU)548
Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen
und Digitalisierung549, 550
Ausschussüberweisung
Nächste Sitzung: 551

#### Vom Präsidium:

Präsidentin Hanna Naber (SPD) Vizepräsident Marcus Bosse (SPD) Vizepräsidentin Sabine Tippelt (SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)

Vizepräsident Jens Nacke (CDU)

Schriftführer Markus Brinkmann (SPD)

Schriftführerin Corinna Lange (SPD) Schriftführerin Annette S c h ü t z e (SPD)

Schriftführer Guido Pott (SPD) Schriftführer Dennis True (SPD)

Schriftführerin Anna Bauseneick (CDU)

Schriftführer Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)

Schriftführer Axel Miesner (CDU) Eva Viehoff (GRÜNE) Schriftführerin Schriftführerin Rashmi Grashorn (GRÜNE)

Schriftführerin Delia Klages (AfD)

Schriftführer Jürgen Pastewsky (AfD)

#### Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Staatssekretär Dr. Jörg Mielke,

Stephan Weil (SPD) Staatskanzlei

Ministerin für Inneres und Sport Staatssekretär Stephan Manke, Daniela Behrens (SPD) Ministerium für Inneres und Sport

Finanzminister Staatssekretärin Sabine Tegtmeyer-Dette,

Gerald Heere (GRÜNE) Finanzministerium

Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung Staatssekretärin Dr. Christina Arbogast,

Dr. Andreas Philippi (SPD) Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung

Kultusministerin Staatssekretärin Andrea Hoops,

Julia Willie Hamburg (GRÜNE) Staatssekretär Marco Hartrich, Kultusministerium

Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung Staatssekretär Frank Doods,

Olaf Lies (SPD)

Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Miriam Staudte (GRÜNE)

Staatssekretär Dr. Michael Marahrens,

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher-

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung

schutz

Staatssekretär Dr. Thomas Smollich,

Justizministerium

Minister für Wissenschaft und Kultur Staatssekretär Prof. Dr. Joachim Schachtner,

Ministerium für Wissenschaft und Kultur Falko Mohrs (SPD)

Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz Staatssekretärin Anka Dobslaw, Christian Meyer (GRÜNE) Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und

Regionale Entwicklung

Wiebke Osigus (SPD)

Staatssekretär Matthias Wunderling-Weil-

Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und

Regionale Entwicklung

Beginn der Sitzung: 09.01 Uhr.

#### Präsidentin Hanna Naber:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 10. Sitzung im 5. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 19. Wahlperiode.

# Gedenken an die Opfer des Erdbebens in der Türkei und in Syrien

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit der Nacht vom 5. auf den 6. Februar bebt in der Türkei und in Syrien die Erde. Ein Erdbeben der Stärke 7,8 und viele Tausend Nachbeben verwüsteten seitdem eine Region ungefähr so groß wie unser Nachbarbundesland Nordrhein-Westfalen. Das Erdbeben hat weite Landstriche in der türkisch-syrischen Grenzregion und darüber hinaus zerstört, ganze Ortschaften vernichtet, Menschenleben und Existenzen für immer ausgelöscht.

Die vielen Erdbeben ereignen sich mitten im Winter. Sie lassen Hunderttausende Menschen, darunter viele Kinder und ältere Menschen, bei eisigen Temperaturen ohne Zugang zu Unterkunft, Nahrung, Wasser, Heizung und medizinischer Versorgung zurück. Die Zahl der Todesopfer wird aktuell auf rund 50 000 Menschen geschätzt. Wie viele es tatsächlich sind, wissen wir nicht, denn die Erde bebt weiterhin Tag und Nacht.

Zu viele Menschen werden immer noch vermisst. Unzählige Häuser und Straßen sind zerstört, und unendlich viele Menschen haben ihr Obdach für immer verloren. Viele Menschen wurden für immer getrennt, Hunderte Kinder sind zu Waisen geworden. Eltern, Geschwister, Freunde werden sich nie wiedersehen.

Wir alle sind entsetzt und fassungslos angesichts der schrecklichen Bilder und Berichte, die uns seit dem 6. Februar erreichen. Die Katastrophe hat ein geradezu apokalyptisches Ausmaß, und es fehlen uns die Worte.

Über 290 000 Menschen mit Wurzeln in den betroffenen Gebieten leben bei uns in Niedersachsen. Wir leben hier zusammen, wir arbeiten hier zusammen, wir sind Nachbarinnen und Nachbarn, gute Freundinnen und Freunde und auch gemeinsame Familie. Das unfassbare Schicksal der Menschen in der Türkei und in Syrien begegnet uns daher jeden Tag. Ihre unermesslichen Sorgen machen es auch zu unserer Trauer.

In dieser Lage ist es unverzichtbar, dass wir den Menschen in der Türkei und in Syrien zeigen: Sie sind nicht allein. Dabei zählt die Geste jedes und jeder Einzelnen, auch und gerade bei uns vor Ort. Zeigen wir unseren Mitmenschen, dass wir mit ihnen gemeinsam der Opfer und der schrecklichen Katastrophe gedenken und wir sie in diesen schwierigen Zeiten nicht im Stich lassen. Namhafte deutsche Hilfsorganisationen haben Spendenkonten zur Hilfe für die Menschen in der Türkei und in Syrien eingerichtet. Ich möchte deren Aufrufe ausdrücklich unterstützen.

Niedersachsen ist ein solidarisches Land, Niedersachsen ist ein mitfühlendes Land. Die große Hilfsbereitschaft der Menschen, der vielen freiwilligen Hilfsorganisationen, aber auch die staatliche Unterstützung stellen für die Betroffenen einen Hoffnungsschimmer in einer für sie so unglaublich schweren und leidvollen Zeit dar. Ich danke allen, die sich in den letzten Tagen und Wochen so sehr für die Menschen eingesetzt haben und dies weiterhin tun.

Lassen Sie uns der Opfer gedenken und unsere Anteilnahme durch eine gemeinsame Schweigeminute zum Ausdruck bringen! Ich bitte Sie, sich hierfür, soweit möglich, von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Ich danke Ihnen.

# Tagesordnungspunkt 10: Mitteilungen der Präsidentin

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Reihen sind gut gefüllt. Damit stelle ich die **Beschlussfähigkeit** des Hauses fest.

Zur Tagesordnung: Wir beginnen die heutige Sitzung mit Tagesordnungspunkt 11, das ist die Fortsetzung der Aktuellen Stunde. Anschließend setzen wir die Beratungen in der Reihenfolge der Tagesordnung fort. Die heutige Sitzung soll gegen 16.40 Uhr enden.

Die Landesinnung der Augenoptiker und Optometristen in Niedersachsen und Bremen lädt heute zum "Tag des guten Sehens" alle Abgeordneten und Ministerinnen und Minister zu einem Sehtest ein. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen: Es lohnt sich.

Die Augenoptikerinnen und Augenoptiker stehen seit 9 Uhr im Calenberger Zimmer dafür bereit.

(Unruhe)

- Ich bitte um etwas Ruhe. Ich freue mich, dass ich zur Erheiterung beitragen konnte.

Außerdem möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass die Parlamentarische Vereinigung zu einer Berichterstattung und Diskussion zum Thema "Sicherheit der Energieversorgung in Zeiten des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine" einlädt. Die Veranstaltung, in deren Rahmen der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und Bundestagsabgeordnete Stefan Wenzel sprechen wird, findet im Forum des Landtages statt und beginnt um 13 Uhr. Die Parlamentarische Vereinigung freut sich über Ihre Teilnahme.

Die mir für heute zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr der Schriftführer Herr von Danwitz mit.

#### Schriftführer Dr. Karl-Ludwig von Danwitz:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es haben sich entschuldigt: von der Landesregierung Sozialminister Dr. Andreas Philippi bis 14.30 Uhr - er nimmt aber an der Beratung des Tagesordnungspunktes 15 teil - sowie Justizministerin Dr. Kathrin Wahlmann. Ferner haben sich von der Fraktion der SPD Stefan Klein, von der Fraktion der CDU Jörg Hillmer, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Andreas Hoffmann, Lena Nzume und Pascal Leddin und von der Fraktion der AfD Ansgar Georg Schledde entschuldigt.

#### Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr von Danwitz.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 11:

Aktuelle Stunde

Wie gestern bereits angekündigt, setzen wir die Aktuelle Stunde heute mit den Anträgen der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fort.

Ich eröffne die Besprechung zu

a) Vier-Tage-Woche statt Verlässlichkeit für unsere Kinder? Wohin führt der Weg der Kultusministerin? - Antrag der Fraktion der CDU - <u>Drs.</u> 19/591

Hierzu erteile ich dem Abgeordneten und Vizepräsidenten Jens Nacke das Wort.

(Beifall bei der CDU)

# Jens Nacke (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht wundern Sie sich, dass ich an dieser Stelle das Wort für die CDU-Fraktion ergreife, weil ich eigentlich kein Schulpolitiker bin und Christian Fühner und die Mitglieder des Kultusausschusses sich in dieser Thematik natürlich viel besser auskennen.

Aber, meine Damen und Herren, die Grundschule Wiefelstede liegt zu Fuß fünf Minuten von meiner Haustür entfernt. Meine Kinder sind zu dieser Schule gegangen. Ich bin Vorsitzender des Rates der Gemeinde Wiefelstede, die die Trägerin dieser Schule ist. Deswegen wird es Sie nicht wundern, dass ich die Schulleitung, viele Lehrkräfte, viele Eltern und Kinder an dieser Schule gut kenne.

Das ist der Grund, aus dem mich bereits am Samstagmorgen die erste Sprachnachricht erreicht hat, was den Eltern dieser Schule einen Tag vorher mitgeteilt wurde, nämlich dass die Unterrichtsversorgung an ihrer Schule so schlecht geworden ist, dass die Kinder nur noch an vier Tagen in der Woche unterrichtet werden können. Viele weitere Gespräche und Nachrichten sollten folgen.

Meine Damen und Herren, in so einem Moment wird die abstrakte Angabe, dass wir in Niedersachsen ein Allzeittief in der Unterrichtsversorgung haben, richtig real. Dann spiegeln die Eltern einer Schule wie in Wiefelstede einem sehr schnell, warum im Niedersachsen-Check die Bildungspolitik von den Niedersachsen als größtes Problem angesehen wurde und 69 % der Niedersächsinnen und Niedersachsen mit der Schulpolitik unzufrieden sind.

Wenn dann eine Kultusministerin bereits bei ihrem Amtsantritt im Fernsehen sagt, dass für die nächsten zehn Jahre keine Besserung zu erwarten ist, dann nehmen das diese Eltern sehr aufmerksam zur Kenntnis, weil das die gesamte Schulzeit ihrer Kinder betrifft.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Dr. Jozef Rakicky [AfD])

Meine Damen und Herren, an der Grundschule Wiefelstede ist dann auch sehr deutlich geworden, was das für die Kinder bedeutet; denn die dort präsentierte Lösung ist in Wirklichkeit keine. An der benachbarten Oberschule haben sich drei Teilzeitlehrkräfte gefunden, die aushelfen wollen und kurzzeitig zehn Stunden mehr unterrichten werden. Die beiden pädagogischen Mitarbeiterinnen der Schule dürfen zehn Stunden mehr arbeiten, und die Schule bekommt die Möglichkeit, eine Feuerwehrlehrkraft einzustellen, die aber noch nicht gefunden wurde. Das alles ist natürlich keine dauerhafte Lösung, keine Kontinuität für die Kinder. Man hangelt sich da jetzt bis zu den Sommerferien durch, und anschließend wird für die Kinder alles wieder anders.

Anstatt diese Schule von der Schulbehörde, vom Regionalen Landesamt, nun beherzt zu unterstützen, war es dort erkennbar viel wichtiger, dass dieser Missstand an der Schule in Wiefelstede nicht öffentlich wird. Das Bekenntnis, dass die Kapazitäten in Wirklichkeit nur noch ausreichen, um an vier Tagen unterrichtet zu können, wurde der Schule später vorgeworfen, obwohl diese Maßnahme mit der Aufsicht abgesprochen war. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Dr. Jozef Rakicky [AfD])

Eltern, die sich bei der Schulbehörde gemeldet haben, wurde gesagt: "Bedanken Sie sich bitte bei der Politik!"

Frau Ministerin, hier ist echter Handlungsbedarf! Herr Ministerpräsident, Sie und Ihre Kultusminister feiern in diesen Tagen Ihr zehnjähriges Jubiläum. Sie und Ihre Kultusminister tragen dafür nun seit zehn Jahren die Verantwortung. Es wäre wirklich an der Zeit, das mal zur Chefsache zu machen und wirklich auf die Agenda zu setzen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn Herr Tonne gestern hier auf Herrn Lechner erwidert: "Da kann man eben nichts machen, das ist dann mal so!", dann, meine Damen und Herren, ist das ein Armutszeugnis für die letzten zehn Jahre Politik in diesem Land.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Ihnen gern sagen, welche Punkte aus Sicht der CDU jetzt angegangen werden müssen.

Erstens. Für Teilzeitkräfte muss es sich in diesem Land lohnen, aufzustocken. Das kann durch bessere finanzielle Angebote oder durch eine Ausweitung der Arbeitszeitkontenregelung geschehen.

Zweitens. Werfen Sie bitte die Bürokratie über Bord! Wenn Lehrkräfte nach der Pensionierung wenige Stunden weiterarbeiten oder ihre Pensionierung herausschieben wollen, müssen sie sich vollständig neu bewerben. Das ist doch nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der CDU)

Drittens. Schaffen Sie endlich für Quer- und Seiteneinsteiger ein vernünftiges Programm mit Begleitung, damit es einfach ist, einzusteigen, und zwar jederzeit und dann, wenn diese Personen zur Verfügung stehen, und nicht dann, wenn es der Behörde besonders gut passt. Das Misstrauen der Regionalen Landesämter und das Beamtenrecht stehen hier potenziellen Lehrkräften im Weg.

(Beifall bei der CDU - Glocke der Präsidentin)

Viertens. Die Anerkennung von Qualifikationen von Lehrkräften aus dem Ausland, gerade jetzt beispielsweise aus der Ukraine, muss einfacher werden.

Fünftens. Denken Sie über die Frühpensionierung nach. Wenn Lehrkräfte die Lust an ihrem Beruf verloren haben, dann müssen wir kreative Lösungen finden, damit sie weitermachen. Wir können auf diese Fachkräfte nicht verzichten.

Sechstens. Machen Sie die Schulen zu attraktiven und modernen Lernorten, entlasten Sie die Lehrerinnen und Lehrer durch Fachpersonal von Verwaltungsaufgaben, und begegnen Sie den Schulleitungen und Lehrkräften mit Wertschätzung.

#### Präsidentin Hanna Naber:

Herr Nacke!

Jens Nacke (CDU):

Letzter Satz, Frau Präsidentin.

Herr Ministerpräsident Weil, Frau Ministerin Hamburg, wenn in Wiefelstede eines deutlich geworden ist, dann, dass Sie in der Frage der Unterrichtsversorgung gefordert sind. Und zwar nicht irgendwann, sondern jetzt!

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort dem Abgeordneten Thore Güldner.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

# Thore Güldner (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, kurz vor dem Jahreswechsel hat die Kultusministerin die Lage des Lehrerinnen- und Lehrermangels schonungslos analysiert und auf eine zu befürchtende zehnjährige Talsohle hingewiesen.

Viele Lehrerinnen und Lehrern dieses Landes, denen es sicher nicht anders ging als mir, haben dies inhaltlich durchaus als schmerzhaft, aber als korrekte Erkenntnis und Problembeschreibung wahrgenommen.

Ich finde, manchmal braucht es genau diese Klarheit, um in der Problemlösung noch besser und schneller zu werden. Denn wir alle wissen schon länger, dass die Unterrichtsversorgung im Land Niedersachsen unseren Ansprüchen von einer hochwertigen Bildung nicht gerecht wird.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Wahrheit gehört auch, dass die oft zitierten und augenscheinlich ach so tollen Unterrichtsversorgungszahlen von vor 20 Jahren nur schwer vergleichbar mit den heutigen Zahlen sind, spielten doch Themen wie Zusatzbedarfe oder Inklusion bei der Berechnung zu der Regierungszeit der CDU keine Rolle.

Ich versichere Ihnen als jemand, der fast sein ganzes Schulleben unter CDU-Kultusministern beschult wurde und dabei durchaus unter ihnen gelitten hat:

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von Ulf Thiele [CDU])

Auch vor zehn - - -

# Präsidentin Hanna Naber:

Herr Güldner, einen Moment! - Auch Herr Thiele beruhigt sich bitte, und Herr Güldner darf weitersprechen.

# Thore Güldner (SPD):

Danke, Frau Präsidentin.

Auch vor 10, 15 und 20 Jahren gab es Unterrichtsausfälle, und ich möchte das nicht schönreden.

(Zuruf von der CDU: Machen Sie aber!)

Natürlich ist jede Stunde, die ausfällt, eine zu viel. Das galt früher genauso wie heute.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist also von elementarer Bedeutung, auf allen Ebenen aktiv zu werden, um dem Fachkräftemangel und der nicht zufriedenstellenden Unterrichtsversorgung im Bildungsbereich entgegenzutreten und um qualitativ hochwertige Bildung sicherzustellen.

Ich finde übrigens, dafür sollten wir in einem engen Schulterschluss aller demokratischen Fraktionen dieses Hauses kämpfen. Das Thema eignet sich nicht für parteipolitische Profilierungsspielchen.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Zurufe von der CDU)

Klar ist: Wir müssen verhindern, dass Schulangebote noch weiter als ohnehin schon eingeschränkt werden. Situationen wie die im Landkreis Ammerland, in Wiefelstede, müssen wir als Weckruf verstehen.

Ich bedanke mich bei den Beteiligten vor Ort und auch bei der Ministerin und dem Ministerium dafür, dass sie in diesem Einzelfall schnelle Abhilfe geleistet haben.

Jetzt müssen wir uns an die grundsätzliche Problemlösung machen.

Dazu gehört, die Lehrerinnen und Lehrer von Verwaltungsaufgaben zu entlasten, damit sie sich auf das konzentrieren können, wofür wir sie eingestellt haben: Schülerinnen und Schüler zu unterrichten.

Dazu gehört ein niedrigschwelliger und vereinfachter Zugang zum Quereinstieg - ein Schritt, den der frühere Minister Tonne bereits eingeleitet hat. Dazu gehört kurzfristig zusätzliches nicht lehrendes Personal an den Schulen. Dazu gehört eine gerechte und bessere Bezahlung mit A 13 für alle.

Dazu gehört auch die grundsätzliche Überlegung, wie wir Bildung in den nächsten Jahren finanziell ausstatten wollen. Dazu kann auch gehören, Anreize dafür zu schaffen, damit mehr Lehrerinnen und Lehrer von Teilzeit in Vollzeit wechseln.

Und natürlich kann es auch sinnvoll sein, dass Lehrerinnen und Lehrer länger im Schuldienst verbleiben - aber doch selbstverständlich nur, wenn die Bereitschaft bei den beteiligten Personen vorhanden ist und wir attraktive Rahmenbedingungen und erleichterte Einstiege ermöglichen. Einen Zwang dazu kann und wird es nicht geben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN) Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist richtig, dass die Ministerin jetzt mit den Experten der SWK und den Lehrerverbänden in einen intensiven Dialog geht und gemeinsam getragene kurz- und mittelfristige Lösungsansätze erarbeitet. Wir werden diesen Dialog konstruktiv, aber auch kritisch begleiten und unsere Impulse dazu geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, lieber Kollege Nacke, ich würde mir wünschen, dass Sie diesen konstruktiven Weg mit uns gehen. Ich finde, heute haben Sie die Chance in Teilen verpasst.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

## Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Kollege Güldner. - Für die Fraktion der AfD erhält der Abgeordnete Harm Rykena das Wort. Bitte!

(Beifall bei der AfD)

## Harm Rykena (AfD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Koalitionsvertrag der neuen Regierungsfraktionen ist voller rot-grüner Bildungsträumereien, die allesamt weitere Unmengen an Geldern und Lehrerstunden zu verschlingen drohen. Doch der Sturm der Realität legt gerade offen, dass weder das eine noch das andere in Niedersachsen vorhanden ist.

Und unsere grüne Kultusministerin? - Sie verhält sich wie das Kaninchen, das auf die Schlange mit dem Namen "harte Schulwirklichkeit" starrt und sich nicht bewegt. Sie tut das, um nicht gebissen zu werden. Doch das funktioniert so nicht.

Schulen, Elternvertreter und Verbände beklagen zwar schon seit Langem die unhaltbaren Zustände bezüglich der Unterrichtsversorgung. Doch statt die Verantwortung zu übernehmen und zu handeln, will Frau Hamburg erst einmal nur mit allen Beteiligten reden.

In der vergangenen Woche dann kündigte eine Grundschule aus Verzweiflung via Elternbrief eine vorübergehende Vier-Tage-Woche an. Diese Aktion glich einem Paukenschlag. Damit war das Fass übergelaufen und das Thema endgültig in der breiten Öffentlichkeit angekommen. Die betroffene Schule wurde zur Chefsache, das Ministerium übernahm selbst.

Und das sah dann folgendermaßen aus: Die Vier-Tage-Woche ist vom Tisch. Stattdessen kommt es zur Schließung des Schulkindergartens - was nichts anderes bedeutet, als dass nun Kinder aus dem Vorbereitungsjahr in den ersten Klassen sitzen und dort nichts verstehen. Mehrarbeit für pädagogische Mitarbeiter - was in diesem Fall nichts anderes bedeutet, als dass schlechter bezahlte Hilfslehrer Kunst, Sport und Werken übernehmen. Weitere Abordnungsstunden von einer Oberschule - was aber letztendlich nichts anderes bedeutet, als dass nun an der Oberschule Stunden fehlen und dort Unterricht ausfällt.

Im Ministerium nennt man solche Handlungen übrigens standardmäßig "Plan-B-Maßnahmen", was ein deutlicher Hinweis darauf ist, dass der Fall im Ammerland keine Ausnahme war, sondern ein Ausdruck von Normalität.

Die Grundschule im Ammerland hat dabei auf dem Papier eine Unterrichtsversorgung von 102,3 %. Und jetzt stellen wir uns einmal vor, wie es an den Schulen aussieht, die auf dem Papier eine Unterrichtsversorgung von weniger als 93 % aufweisen! Ja, solche Schulen gibt es in Niedersachsen, und zwar in sehr großer Zahl. Und übrigens: Auch an diesen Schulen werden Lehrerinnen schwanger.

Der Druck auf die Kultusministerin steigt. Sie wird sich voraussichtlich an den Vorschlägen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der KMK orientieren. Diese Vorschläge sehen vor, erstens das Unterrichtspensum für die Lehrkräfte zu erhöhen, zweitens weniger Teilzeitmöglichkeiten einzuräumen und drittens größere Klassen ins Auge zu fassen.

An allen Schulen in Niedersachsen stiegt diesbezüglich schon die Empörung, und das zu Recht. Statt einer in Aussicht gestellten Entlastung der Lehrkräfte, die übrigens auch zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs beitragen würde, nun das! Ich kann davor nur warnen. Der Versuch, diese Empfehlungen umzusetzen, wird ein Schuss sein, der nach hinten losgeht. Viele Lehrkräfte in Teilzeit werden sich stattdessen nach einem anderen Beruf umsehen, und bei vielen anderen wird die Zahl der Krankmeldungen steigen, von innerer Kündigung des übrigen Kollegiums ganz zu schweigen.

Frau Ministerin Hamburg, in der vergangenen Legislaturperiode hätten gerade Sie solche Zustände niemals akzeptiert. Sie wären die Erste gewesen, die auf die Barrikaden geht. Jetzt sind Sie die Kultusministerin, und Sie sind verantwortlich. Deswegen schließe ich mich Herrn Nacke an: Tun Sie endlich was!

Was wir jetzt brauchen, sind konkrete und schnell wirkende Maßnahmen, die beides miteinander verzahnen: die Bekämpfung des Lehrermangels einerseits und die Entlastung der Lehrkräfte andererseits. Das geht nicht? - Doch, das geht. Ein paar Vorschläge dafür will ich Ihnen jetzt auf den Weg geben:

(Sebastian Zinke [SPD]: Da sind wir gespannt!)

Konzentration auf die Erteilung von Unterricht insbesondere in den Hauptfächern.

Entlastung der Schulen von Umerziehungsaufgaben, die immer größeren Raum einnehmen.

(Beifall bei der AfD - Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Herr Rykena, "Umerziehungsmaßnahmen" ist kein parlamentarischer Sprachgebrauch.

(Zurufe von der AfD: Was? - Wiard Siebels [SPD]: So ist es! Umerziehung hat es woanders gegeben!)

# Harm Rykena (AfD):

Ersatzlose Streichung eines Großteils der Dokumentationsaufgaben. Denn anders als Sie, Herr Güldner, eben gesagt haben, können das keine Verwaltungskräfte übernehmen, weil sich die Dokumentationsaufgaben der Lehrkräfte auf Schüler beziehen. Die Verwaltungskräfte kennen diese Schüler nicht.

Noten- statt Berichtszeugnisse.

Und vor allem - jetzt kommt's -: Beendigung des Experimentes "Ganztag". Allein durch die letztgenannte Maßnahme könnten auf einen Schlag alle Schulen mit ausreichend vielen Lehrern für den Kernbetrieb am Vormittag ausgestattet werden.

(Wiard Siebels [SPD]: Und was machen die Berufstätigen? - Weitere Zurufe von der SPD)

Diesen Vorschlag machte kürzlich sogar die GEW.

Das Thema beherzt anzugehen, Frau Hamburg, ginge also. Sie müssten nur endlich über Ihren ideologischen Schatten springen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Rykena. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich das Wort dem Abgeordneten Pascal Mennen. Bitte!

(Beifall bei den GRÜNEN)

# Pascal Mennen (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleg\*innen! Sehr geehrter Herr Nacke, nur um diesen Tagesordnungspunkt kurz einzuordnen, einmal ein kleiner Rückblick:

Eine der ersten Amtshandlungen unserer neuen Kultusministerin Julia Willie Hamburg war, anzukündigen, dass die Sprach-Kitas gerettet werden.

(Zuruf von der CDU: Anzukündigen!)

Kurz darauf brachte die CDU einen Antrag ein, dass die Sprach-Kitas gerettet werden müssen.

Und jetzt bringen Sie einen Antrag zur Aktuellen Stunde ein mit dem Titel: "Vier-Tage-Woche statt Verlässlichkeit für unsere Kinder? Wohin führt der Weg der Kultusministerin?"

(Zuruf von der CDU: Ja, genau!)

Jetzt wärmen Sie also die Debatte auf, die wir alle vor bereits einer Woche geführt haben und die längst abgeräumt ist.

(Jörn Schepelmann [CDU]: Wo ist die denn abgeräumt?)

Die Kultusministerin, das Ministerium selbst und das RLSB haben umgehend reagiert. Die Grundschule bietet wieder eine Verlässlichkeit an fünf Tagen an.

Manchmal schauen Sie offensichtlich einfach gern in den Rückspiegel und wienern den fleißig.

(Veronika Bode [CDU]: Das ist nur Löcherstopfen und macht doch nur neue Löcher auf! - Weitere Zurufe von der CDU)

Ich bevorzuge die Klarsicht nach vorn.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU) Lassen Sie uns die Thematik einmal sachlich verdichten; schauen wir uns die Fakten zum Lehrkräftemangel an!

An unseren Schulen waren noch nie so viele Lehrkräfte beschäftigt wie heute; dennoch reicht es nicht für den Normalbetrieb. Selbst wenn alle Lehrkräfte da wären, keiner krank, niemand in Elternzeit wäre, reichte es nicht.

(Ulf Thiele [CDU]: Sie müssen die Stunden zählen, Sie müssen die zusätzlichen Aufgaben zählen!)

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir ungeplant und kurzfristig über 20 000 ukrainische Schüler\*innen in unser niedersächsisches Schulsystem aufgenommen haben. Das konnte niemand einplanen, aber es war nötig, und es war richtig, und dafür können wir dankbar und darauf können wir auch ein bisschen stolz sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Langfristig müssen wir nun den Bedarf und die Ausbildungskapazitäten aneinanderkoppeln. Hierzu gibt es bereits Gespräche zwischen den Ministerien, hieran arbeitet das Kultusministerium bereits. Das ist ein Teil der Lösung. Wir wissen aber, er dauert länger.

Dann soll der Beruf attraktiver gemacht werden, Lehrkräfte sollen entlastet werden. Hier wird zusätzliches Personal helfen, das Schulen flexibel einstellen können, sofern sie Stellen nicht besetzen konnten. Auch hier ist das Kultusministerium bereits dran.

Die Besoldungsanhebung, A 13 für alle, kommt - endlich - mit dem ersten möglichen rot-grünen Haushalt im Jahr 2024.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Ulf Thiele [CDU]: Das wissen Sie ja noch gar nicht!

Das sind Teile der Lösung, die schnell helfen können.

Zusätzlich soll Multiprofessionalität endlich ausgebaut werden. Lehrkräfte werden durch digitale Tools in ihrer Arbeit bereits jetzt zusätzlich unterstützt, und die Sicherung von Stellen der pädagogischen Mitarbeiter\*innen ist auf dem Weg.

All das nach gut 100 Tagen - und Sie fragen: Wohin führt der Weg der Kultusministerin?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Volker Bajus [GRÜNE]: In die Zukunft!)

Die Frage ist neben der fehlenden Aktualität - wir sind ja in der Aktuellen Stunde - auch überflüssig, weil die Kultusministerin sie in der ersten Sitzung des Kultusausschusses und in vielen Zeitungsinterviews bereits vor Wochen beantwortet hat. Wo waren Sie denn da?

Trotz der schwierigen Lage, trotz des Fachkräftemangels richten wir unseren Blick nach vorn und gestalten diese verschiedenen Teile der Lösung aktiv.

(Zurufe von der CDU: Ah! - Reinhold Hilbers [CDU]: Mangelverwaltung nennt man das!)

Sehr geehrte Kolleg\*innen, was können wir nicht tun? - Wir können uns keine Lehrkräfte backen.

Was dürfen wir nicht tun? - Die Fehler der Vergangenheit zulasten der Lehrkräfte ausbügeln. Es muss gemeinsame Lösungen geben.

Was sollten wir dringend tun? - Sofortmaßnahmen weiter umsetzen und langfristige Maßnahmen entschlossen angehen.

Was ist aber nun unser aller Aufgabe? - Dafür zu sorgen, dass Lehrkräften wieder der Respekt entgegengebracht wird, den sie verdienen, dafür zu sorgen, dass junge Menschen Lust auf das Lehramtsstudium haben, dass sie an unsere Schulen gehen wollen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Lieber Kollege Nacke, wenn ich richtig recherchiert habe, ist Ihr letzter eigener Schulbesuch jetzt 30 Jahre her. Sie haben eben selbst gesagt, Sie sind nicht Teil des Kultusausschusses - des Schulausschusses haben Sie gesagt. Ich war jetzt zehn Jahre lang im Schuldienst tätig, weil mein Beruf ein toller Beruf ist, der Freude macht, der Erfüllung bringt, und ich habe auch die Probleme, die es im Schulsystem gibt, hautnah erlebt. Genau darum stehe ich jetzt hier an dieser Stelle und sage: Besser machen und nicht nur besser wissen und ganz sicher nicht schlechtreden. Damit ist nämlich niemandem geholfen.

Ich lade Sie von der CDU ein, endlich an einer Gestaltungsdebatte mitzuwirken,

(Zuruf von der CDU: Wir brauchen keine Debatten, wir brauchen Taten! - Weitere Zurufe von der CDU)

statt einfach nur alles schlechtzureden und immer wieder alte Kamellen aufzuwärmen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Ulf Thiele [CDU]: Ich habe gerade überlegt, ob ihr eine solche Rede vor einem halben Jahr beklatscht hättet! - Gegenruf von Ulrich Watermann [SPD]: Meine Güte! Ich weiß gar nicht, ob ihr euch nicht erinnert, dass ihr auch mal regiert habt!)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Ich bitte, die bilateralen - - -

(Anhaltende Zurufe)

- Herr Watermann! Herr Thiele! Gehen Sie nach draußen, trinken Sie einen Kaffee, und unterhalten Sie sich!

(Heiterkeit und Beifall)

Für die Landesregierung erhält Frau Kultusministerin Julia Willie Hamburg das Wort. - Und ich bitte um Ruhe im Saal.

#### Julia Willie Hamburg, Kultusministerin:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme die Situation an der Grundschule Wiefelstede, wie übrigens an vielen anderen Schulen, die Belastung der Schulleitungen und der Lehrkräfte sehr ernst. Als das Thema Wiefelstede in der letzten Woche aufkam, haben wir umgehend reagiert.

Ihnen, Herr Nacke, muss ich deshalb deutlich sagen: Das, was Sie heute hier gemacht haben, was Sie in Teilen in der letzten Woche gemacht haben, halte ich für durchaus fragwürdig. Denn Sie nehmen hier einen Sachverhalt, der bewusst verzerrt und pointiert wird, der in Teilen nicht richtig dargestellt wird, womit versucht wird, auf mich zu zielen. Aber eigentlich zielen Sie mit einem Spotlight auf eine Grundschule, die unter großen Anstrengungen in den letzten Wochen, Monaten und Jahren alles getan hat, um Verlässlichkeit sicherzustellen.

(Carina Hermann [CDU]: Für andere Schulen gilt das genauso!

Dass Sie eine Schulleitung mit dieser Belastung durch öffentlichen Druck so konfrontieren, ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zuruf von der CDU: Sie haben sie alleingelassen!)

Das heißt nicht, dass wir nicht über Probleme wie den Fachkräftemangel und über richtige Lösungen diskutieren müssen, und das heißt auch nicht, dass wir nicht aus dem Fall der Grundschule Wiefelstede lernen können und lernen müssen. Trotzdem wissen Sie genauso wie ich, dass die Situation an der Schule besonders herausfordernd war, dass es drei Lehrkräfte gab, die über einen kurzen Zeitraum weggebrochen sind, dass die Schulleitung immer wieder einen neuen Stundenplan gemacht hat, weil immer wieder eine Lehrkraft weggebrochen ist, und dass die Krankheiten und die Schwangerschaftsausfälle in diesem Zusammenhang eine riesige Belastung dargestellt haben.

(Harm Rykena [AfD]: Das ist an allen Schulen so!)

Sie wissen ebenso, dass die Kollegin in einem Brief an die Eltern von einer befristeten - einer befristeten! - Notmaßnahme, bis eine befristete Vertretungslehrkraft eingestellt werden kann, gesprochen hat. Sie reden aber hier permanent von einer Vier-Tage-Woche und suggerieren, dass damit ein Konzept an der Schule etabliert wurde oder auch in Niedersachsen etabliert werden soll - was nicht geplant ist und was auch die Schulleitung selbst weder so formuliert noch vom Konzept intendiert noch irgendwie den Eltern oder anderweitig in Aussicht gestellt hat. Es stimmt also nicht, dass sie dauerhaft eine Vier-Tage-Woche einführen wollte. - Ich finde, das ist hochgradig unredlich und im Umgang mit einer Schulleitung und einer Schule auch nicht in Ordnung. Das muss ich Ihnen so deutlich sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Rykena, an dieser Stelle will ich auch betonen: Der Schulkindergarten wurde nicht geschlossen. Dass er geschlossen wurde, ist also auch nicht richtig. Wir sollten hier bei den Fakten bleiben.

Das Problem wird noch dadurch offenkundiger - das wurde hier schon ausgeführt -, dass diese Grundschule noch im September eine Unterrichtsversorgung von 102 % hatte. Das heißt, sie gehört ja gar nicht zu den Schulen, die unsere großen Sorgenkinder sind, also zu den Schulen, die per se schon eine schlechte Unterrichtsversorgung haben. Das zeigt,

wie kurzfristig solche Belastungen auf Schulen zukommen können.

Dann habe ich mich gefragt, Herr Nacke: Ist die Lösung des Problems eigentlich Ihre Intention? Sie sind vor Ort, d. h. Sie kennen den Sachverhalt. Sie wissen, dass ich mit der Schulleitung gesprochen habe, Sie kennen den Brief an die Eltern, Sie wissen es somit besser. Sie schreiben mir einen Brief und erzählen der Zeitung am Tag danach, ich hätte noch nicht geantwortet.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Unglaublich!)

Ja, Herr Nacke, ich habe erst mal das Problem gelöst, und ich habe die Fakten zusammengetragen, damit ich Ihnen fachgerecht antworten kann. Wie kommen wir denn zu einer ernsthaften Auseinandersetzung, wenn wir so miteinander umgehen, liebe Kolleginnen und Kollegen?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Trotzdem möchte ich Ihnen und auch dem Kollegen Björn Meyer ganz deutlich sagen: Vielen Dank, dass Sie sich als regionale Abgeordnete so beherzt einsetzen, vielen Dank, dass Sie hinschauen, und auch danke, dass Sie mir solche Briefe schreiben. Denn selbstverständlich bin ich maximal darauf angewiesen, dass Sie mir über die Situation vor Ort berichten, dass Sie mir die Situation schildern, sodass wir gemeinsam nach guten Lösungen suchen können.

Dank Ihres Briefes, Herr Nacke, und dank der Intervention von Björn Meyer sind wir ja auch sehr schnell zusammengekommen und haben für die Grundschule Wiefelstede eine gute Lösung gefunden. Und in den nächsten Wochen und Monaten wird es auch noch besser werden. Ich habe auch mit der Schulleitung gesprochen, die sagt: Es gibt eine enge Begleitung der regionalen Landesschulbehörde; die Kommunikation funktioniert, die Lösungsfindung funktioniert. - Deswegen auch einen herzlichen Dank sowohl an die Schulleitung als auch an das Regionale Landesamt für die gute Lösung, die gefunden wurde und noch wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen, dass es mir wichtig ist, insbesondere an Grundschulen, Herr Nacke, nicht die Vier-Tage-Woche zu haben. Das war der Grund, warum wir schnell interveniert haben. Denn natürlich ist die Verlässlichkeit - darauf haben Sie zu Recht hingewiesen - an

den Grundschulen besonders wichtig, wo Kinder auf Betreuung und Eltern darauf angewiesen sind, dass sie arbeiten können und ihre Kinder nicht zwischendurch zu Hause betreut werden müssen.

Insofern haben wir die Grundschulen bei der Unterrichtsversorgung ebenso wie bei allen anderen Maßnahmen besonders im Blick, und das ist meiner Meinung nach auch geboten. Da teile ich Ihre Einschätzung, da teile ich die Einschätzung von SPD und Grünen. Die Grundschulen und ihre Verlässlichkeit sind ein besonders hohes Gut in Niedersachsen, und das gilt es, maximal und bestmöglich zu schützen.

Unbenommen dessen habe ich schon seit meinem Amtsantritt deutlich gemacht, dass der Fachkräftemangel in den nächsten Jahren ein Problem sein wird. Und das ist mitnichten ein Die-Flinte-ins-Korn-Werfen oder Aufgeben, Herr Nacke, sondern es ist intendiert als Einstieg in eine Gestaltungsdebatte. Wir müssen doch feststellen, dass wir ein bundesweites Problem haben und dass das Problem nicht nur an dieser Schule besteht. Ich habe sehr deutlich gemacht, dass es deswegen notwendig ist, jetzt zu handeln, mit allen Verbänden gemeinsam tragfähige Lösungen zu finden

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das machen Sie ja nicht!)

und nicht mehr jedes Jahr zu hoffen, dass es nächstes Jahr plötzlich besser wird. Das Gutachten der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission spricht ja sogar von 20 Jahren Fachkräftemangel, weil wir das Problem nicht schnell genug lösen können, und das bedeutet, dass wir nicht mehr sagen können: Hoffentlich ist es nächstes Schuljahr besser! - Solange wir nicht ausreichend Lehrkräfte haben, müssen wir uns fragen: Wie können wir die Schulen so aufstellen und Lehrkräfte so entlasten, dass wir gut miteinander durch die Zeit des Fachkräftemangels kommen?

Das heißt ja aber nicht, dass wir uns um den anderen Teil nicht kümmern. Natürlich brauchen wir ausreichend Ausbildungsplätze, natürlich brauchen wir eine Attraktivität des Lehrerberufs, natürlich brauchen wir eine Werbekampagne, und natürlich brauchen wir eine Verbesserung des Quereinstiegs. Viele der Maßnahmen, die Sie als CDU und AfD gerade vorgeschlagen haben, laufen bereits - mal abgesehen davon, dass, glaube ich, außer Ihnen, liebe AfD, niemand den Ganztag abschaffen will. Herzlichen Glückwunsch, dass Sie sich hier jetzt auch mal dazu bekannt haben! Wenn die AfD etwas zu sagen hätte, gäbe es keine Ganztagsschulen

mehr in Niedersachsen. Ich glaube, das sehen alle anderen Fraktionen anders.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Widerspruch bei der AfD)

Aber ungeachtet dieser Frage ist es doch so, dass viele der Lösungen, die Sie genannt haben, bereits laufen: Eine Vereinfachung und eine Verbesserung der Strukturen im Bereich Quereinstieg ist bereits von der Vorgängerregierung auf den Weg gebracht worden. Die Frage, wie wir mit Teilzeitkräften besser umgehen können, bearbeiten wir im Ministerium natürlich intensiv.

(Carina Hermann [CDU]: Bearbeiten, aber nicht lösen!)

Auch in vielen anderen Bereichen - z. B. bei von im Ausland erworbenen Abschlüssen - gab es schon viele Vereinfachungen. Und ich habe ja sehr deutlich gemacht, Herr Fühner, dass ich gerade intensiv das "Lehrkräfte-Gewinnungspaket" auswerte, um zu schauen, warum bestimmte Maßnahmen nicht so wirksam sind, wie wir es uns erhoffen. Natürlich, genau das ist mein Job!

(Christian Fühner [CDU]: Wir warten auf die Ergebnisse!)

Das machen wir auch ganz beherzt.

(Christian Fühner [CDU]: Wann denn?)

Gleichzeitig veranstalten wir einen großen Kongress mit allen Bildungsverbänden, um darüber zu reden, wie wir gemeinsam durch den Fachkräftemangel kommen. Denn - das sage ich hier auch sehr deutlich - es hilft uns nicht, wenn das Kultusministerium Maßnahmen verkündet, die dann von den Kolleginnen und Kollegen nicht als unterstützend, entlastend und gangbar gesehen und nicht getragen werden. Genau deshalb ist es unsere Pflicht, hier einen guten Prozess zu gestalten, um gemeinsam Maßnahmen für den Umgang mit dem Fachkräftemangel zu entwickeln.

(Harm Rykena [AfD]: Wann denn?)

Darüber hinaus arbeiten wir intensiv - auch das habe ich schon deutlich gemacht - an der Frage, wie wir nicht besetzte Lehrerstellen - das Problem kennen Sie ebenso wie ich, und trotzdem wurde es bislang nicht gelöst - für zusätzliches anderes Personal an Schulen verfügbar machen können. Denn es ist ja absurd, dass die Schulen darunter leiden, wenn sie keine Lehrkräfte einstellen können.

(Christian Fühner [CDU]: Aber wann?)

Und es ist kein Geheimnis, dass wir auch da wieder den Fachkräftemangel mitdenken müssen.

Ich möchte noch einmal deutlich sagen: Wir reden hier über ein bundesweites Problem. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es dafür einfache Lösungen gäbe, dann hätten alle Länder diese einfachen Lösungen, und dann hätten Sie diese auch in den letzten fünf Jahren so umgesetzt, dass wir kein Problem mehr hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es gibt in der jetzigen Situation keine einfachen Lösungen, und es gibt auch nicht *die eine* Maßnahme. Es wird auch immer wieder den Bedarf geben, nachzujustieren.

Glauben Sie mir: Ich wäre auch gerne Kultusministerin in einer Zeit, in der wir zu viele Lehrkräfte haben und ich mir nur überlegen muss, wie ich sie qualitativ sinnvoll einsetzen kann. Ich würde auch lieber nur Qualitätsgestaltungsdebatten führen. Aber die Situation ist, wie sie ist, und deswegen müssen wir das gemeinsam angehen. Dazu lade ich Sie erneut ein - wir sind dazu ja auch im Gespräch -, und ich möchte Sie auch motivieren, dass wir weiter Bildungs-, Gestaltungs- und Qualitätsdebatten führen. Denn wenn wir die Bildungsdebatten verarmen auf den Mangel, dann geht uns etwas verloren, und das demotiviert die Schulen am Ende auch.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Herzlichen Dank, Frau Ministerin. - Der Abgeordnete Nacke möchte erwidern. Da sein Redezeitkonto im Soll ist und kein Haben mehr aufweist, gebe ich ihm eine zusätzliche Redezeit von drei Minuten.

(Zurufe: Oh! So viel? - Ulf Thiele [CDU]: Vizepräsidentenbonus?)

Einen Moment, Kollege Nacke! - Ehe hier Mythen über die zusätzliche Redezeit gebildet werden - das zeichnet sich gerade ab -: Die Kultusministerin hat deutlich überzogen, und es ist das gute Recht der Fraktion, dann eine entsprechende zusätzliche Redezeit zu bekommen.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

# Jens Nacke (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Frau Ministerin Hamburg, ich glaube, das, was Sie jetzt machen, wird dem Sachverhalt nicht gerecht.

(Anne Kura [GRÜNE]: Andersrum!)

Ich darf mal aus dem Schreiben zitieren, das die Eltern erhalten haben und das am Samstag - es ist am Freitag rausgegangen - an mich weitergeleitet wurde. Dort heißt es: Unsere Unterrichtsversorgung sieht sehr schlecht aus, und wir sehen uns nicht in der Lage, alle Klassen gleichermaßen mit Unterricht zu versorgen. - Den Namen der Mitarbeiterin lasse ich weg.

Und weiter: Unsere Ansprechpartnerin beim Landesamt für Schule und Bildung wurde in Kenntnis gesetzt. Sie wird sich schnellstmöglich um Ersatz bemühen. Solange wir dermaßen unterbesetzt sind, werden wir die Klassen mit Aufgaben versorgen und jahrgangsweise zu Hause lassen. Auch dies ist mit der Ansprechpartnerin abgesprochen.

Weiter unten heißt es in dem Schreiben: Wir hoffen, dass sich dieser Zustand nicht so lange hinzieht und wir bald Ersatz bekommen.

Wenn solche Briefe verschickt werden, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn die Eltern das Gefühl haben, dass ihre Schule in dieser Situation - - - Und diese Situation kann an jeder Schule eintreten. Sie haben völlig recht, die Unterrichtsversorgung - das ist vorhin sogar einmal gesagt worden - lag bei über 100 % zu Beginn des Schuljahres. Aber dann passiert so etwas wie hier: Eine Lehrkraft fällt krankheitsbedingt aus, und zwei Lehrkräfte werden - glücklicherweise - schwanger und müssen sofort aufhören zu arbeiten, weil die Corona-Regelungen das nach wie vor so vorsehen. An dieser Stelle muss man vielleicht auch mal die Frage stellen, ob diese letzte noch bestehende Corona-Maßnahme tatsächlich noch angemessen ist.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Wenn eine Schule in eine solche Situation gerät, dann muss ein System greifen, mit dem ihr wirklich nachhaltig geholfen wird, aber dieses System hat nicht gegriffen. Der Schule wurde gesagt: Wenn ihr meint, dass ihr nur noch vier Tage unterrichten könnt, dann macht das so. Wir können euch auch nicht helfen. Bedankt euch bei der Politik. - Das ist nicht in Ordnung! Diese Schule ist alleingelassen worden, und dafür trägt Ihre Organisation, dafür tragen Ihre nachgeordneten Behörden die Verantwortung. Da müssen Sie besser werden!

Und wenn Sie meinen, dass es eine Kampagne der CDU gewesen sei, dass das nun an die Öffentlichkeit gerät, dann verkennen Sie die Situation aber kolossal. Die *Nordwest-Zeitung* hat diesen Brief bekommen. Sie hat angefangen, darüber zu berichten, und es hat bundesweit Berichterstattung über diesen Sachverhalt gegeben. Wenn Sie jetzt in dieser Form darüber hinweggehen wollen, dann werden Sie Ihrer Aufgabe nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich schließe die Besprechung zu Tagesordnungspunkt 11 a und eröffne die Besprechung zu

b) Aktuelle Herausforderung Agrarwende - den Wandel auf Höfen und Äckern gemeinsam gestalten - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/592

Das Wort erteile ich dem Kollegen Christian Schroeder für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Alle anderen bitte ich um Ruhe und Aufmerksamkeit.

# Christian Schroeder (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleg\*innen! Ich freue mich, dass wir heute über die Agrarwende sprechen können. Denn die Herausforderungen, die uns da begleiten werden, sind wahrlich groß. Wir sprechen hier von Umständen, denen unsere Landwirtschaft noch nie in diesem Maße ausgesetzt war.

Die Landwirtschaft wird der Sektor sein, der am umfangreichsten und am härtesten vom Klimawandel getroffen wird: Zunehmende Dürreperioden, Starkregenereignisse und die klimatischen Veränderungen an sich - auch die Zahl der heißen Tage wird zunehmen. Die Ernten werden dadurch definitiv geschmälert.

Aber auch Herausforderungen, die nicht durch das Klima bedingt sind, werden zu bewältigen sein. Abhängigkeiten von internationalen Märkten führen zu stark schwankenden Absatzzahlen für die Schweinehalter\*innen; darüber muss immer wieder geredet werden. Die Afrikanische Schweinepest hat vielen Höfen mit dem Behördenwahnsinn, den das zur Folge hatte, wirklich den Rest gegeben. Das Höfesterben können wir nur aufhalten, wenn wir nicht

nur einzelne Maßnahmen ergreifen, sondern verschiedenste Maßnahmen zusammendenken. Denn die Probleme sind vielfältig: Mangel an Nachwuchskräften, die die Höfe übernehmen könnten, bäuerliche Landwirtschaftsbetriebe, die dem Preisdruck der großen Agrarholdings nicht standhalten, Investoren, die die Bodenpreise in die Höhe treiben, der Preisdruck des Lebensmitteleinzelhandels - der mich persönlich am meisten ärgert - und vieles Weitere.

Doch wir werden bei all den Dingen nicht einfach zusehen. Vielmehr werden wir den fleißigen Landwirt\*innen unter die Arme greifen und das Heft des Handelns in die Hand nehmen.

# (Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleg\*innen, die Land- und Ernährungswirtschaft ist eine starke wirtschaftliche Säule unseres Landes. Damit das auch so bleibt, müssen wir diesen Sektor zukunftsfähig gestalten. Wir müssen es schaffen, das Spannungsfeld zwischen Arten-, Natur- und Klimaschutz zusammen zu denken, und den Landwirt\*innen ein auskömmliches Einkommen ermöglichen. Kurzum: Wir müssen den "Niedersächsischen Weg", der angestoßen ist, gemeinsam gehen.

Auch wir haben begonnen. Kürzlich wurde die Niedersächsische Pflanzenschutzmittel-Reduktionsstrategie vorgestellt. Das ist einer dieser gemeinsamen Schritte, der zusammen mit der Landwirtschaft, den Naturschutzverbänden und der Politik gegangen wird.

Auch das "Zukunftsprogramm Diversifizierung", das wir hier vor Kurzem besprochen haben, wird den Schweinehaltern helfen und Perspektiven aufzeigen, wie wir Natur-, Klima- und Artenschutz zusammendenken und den Betrieben nicht nur kurz-, sondern langfristig helfen können. Betriebe, die diverser aufgestellt sein werden, sind gegen unvorhersehbare Ereignissen besser gewappnet.

Doch das ist natürlich nur der Anfang. Wir müssen uns über viele Dinge Gedanken machen, die wir auf dem Zettel haben.

Das Wassermanagement muss sich den Veränderungen anpassen. Große Wassermengen müssen in Zukunft aufgefangen und sinnvoll gespeichert werden, Grundwasserstöcke müssen aufgebaut werden, und neue Bewässerungsanlagen müssen gefunden und erprobt werden.

Wir müssen mit der Ressource Wasser viel effizienter umgehen. Andere Länder sind da weiter - leider.

Aber wir können daraus lernen. Wir können gucken, was andere machen, und das selber umsetzen.

All das packen wir jetzt gemeinsam an. Die Probleme spitzen sich zwar zu. Wir haben aber erkannt, dass wir handeln müssen. Wir werden weiter von Ernteeinbußen hören und über Missernten sprechen. Daher ist das Handeln wirklich wichtig. Hier sind wir aber alle in der Verantwortung, diese zukunftsgerichteten Maßnahmen zu erarbeiten und den Dialog zu suchen.

Damit komme ich zum Ende. Meine Damen und Herren, liebe Kolleg\*innen, die sozial-ökologische Transformation der Landwirtschaft ist eine Mammutaufgabe, die wir alle gemeinsam anpacken müssen. Denn wir sind Verbündete. Das meine ich ausdrücklich so. Ich gucke da bewusst auch in Richtung der CDU. An der Stelle sind wir Verbündete, um diesem Wandel entgegenzutreten. Wir werden das entschlossen tun und reichen allen, die daran mitarbeiten wollen, die Hand, dies mit uns zu tun.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Schroeder. - Für die Fraktion der AfD erteile ich dem Abgeordneten Alfred Dannenberg das Wort.

(Beifall bei der AfD)

# Alfred Dannenberg (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nicht jede Agrarwende ist ein echter Erfolg. Eine Agrarwende, wie sie den Antragstellern vorschwebt, gab es schon mal, in Sri Lanka: 100 % Biolandbau, Pflanzenschutz- und Düngemittel importieren verboten. Am Ende standen Hunger und Inflation - letztes Jahr erst. Sie erdreisten sich, man müsse daraus nichts lernen. Die rot-grüne Agrarwende erinnert mich an Sri Lanka.

Eine Agrarwende, wie wir sie wirklich bräuchten, sähe hingegen wie folgt aus: Keinen höheren Anteil von Biolandwirtschaft erzwingen! Der Kunde bezahlt das nicht mehr. Weichwährung Euro, Inflation, Kaufkraftverlust! Der Ökomarkt ist nahezu komplett zusammengebrochen. Bioware wurde in den letzten Monaten oft sogar billiger vermarktet als konventionelle Erzeugnisse. Ein guter Bekannter von mir im Heidekreis sitzt immer noch auf 110 t Biodinkel, Naturland-A-Ware, und wird ihn nicht los. Liebe Grüne, ich gucke bewusst in Ihre Richtung - Sie verdienen

ja ganz gut. Vielleicht wollen Sie sich an ihn wenden und ihm das abkaufen. Wenn Sie zusammenlegen, wird da vielleicht noch was draus.

(Beifall bei der AfD)

Nächster Punkt: Billigimporte aus dem Ausland, erzeugt zu niedrigeren Standards als hier, sind der K.-o.-Schlag für unsere Betriebe. Solange Sie das zulassen, bringt alles andere nichts. Deswegen: Nur Importe zu hiesigen Standards erlauben, und schon hätten die landwirtschaftlichen Betriebe hierzulande wieder eine faire Chance auf Konkurrenzfähigkeit. Welch eine tolle Agrarwende wäre das, meine Damen und Herren!

Nächster Punkt: Dünger und Pflanzenschutz im bewährten Rahmen guter fachlicher Praxis, keine willkürlichen Reduktionen! Vertrauen Sie unseren hervorragend ausgebildeten Landwirten. Die wissen, wie man auf unseren Gunststandorten nachhaltig hochwertige Lebensmittel anbaut - für unsere Versorgungssicherheit und auch gegen den Hunger in der Welt.

Vierter Punkt - wie passend; da geht es nämlich um die Zahl 4 % -: Diesem Anteil eines jeden Ackers droht die Zwangsstilllegung - dieses Jahr vernünftigerweise noch einmal ausgesetzt. Aber besser als aufgeschoben wäre ganz aufgehoben. Sofort ginge ein Raunen des Aufatmens über die Höfe, sehr geehrte Damen und Herren.

Und dann wäre da noch nach wie vor eine grundsätzliche Frage, nämlich die der "roten Gebiete". Deshalb sind die Landwirte mit ihren Traktoren vor ein paar Jahren massiv auf der Straße gewesen. Ich selbst war bei den LsV-Demos in Berlin und Hannover mit dabei und weiß noch sehr gut, was damals der Aufreger war: Niedersachsen hatte ausschließlich die belasteten Nitratmessstellen nach Brüssel gemeldet und die zahlreichen unproblematischen verschwiegen.

Sehr geehrte Frau Otte-Kinast, ich wende mich einmal ganz höflich bewusst an Sie. Ich meine mich noch gut an ein Video zu erinnern, das Sie mit einer aufgebrachten Menge von Landwirten vor dem ML zeigt. Sie beteuerten gegenüber diesen Landwirten, dass der Fauxpas mit den Brunnen leider vor Ihrer Zeit des Wirkens geschehen sei. Ich glaube Ihnen das gerne. Aber alle hier schon länger Regierenden müssen sich fragen lassen: Warum wird dieses Thema nicht endlich mal geklärt? - Das wäre eine echte Agrarwende für ganz viele Betriebe hier in Niedersachsen.

So, nächster Punkt - kurz und bündig -: Einfach mal das ständige Bauern-Bashing sein lassen! Genau wie die überbordende lähmende Bürokratie aufhören muss! Das wäre doch mal ein echter Wandel! Oder meinen Sie nicht?

Und dann auch endlich wieder den Wolfsbestand aktiv managen, anstatt mit immer neuen Gesprächskreisen - wir hatten das gestern schon - auf Zeit zu spielen! Das wäre eine echte Agrarwende für so manchen Weidetierhalter hier in Niedersachsen

Und dann: Runter von den hohen Energiekosten! Wir brauchen einen breit aufgestellten Energiemix, zu dem auch Kohle und Kernkraft gehören, damit die Energieversorgung sicher und bezahlbar bleibt, auch für unsere Landwirte.

So, und dann kommen wir auch schon zu Punkt 10, einer echten Agrarwende. Ein kleiner Blick in die Zukunft: Überlegen Sie sich das mit der Wiedervernässung der Moorgebiete vielleicht noch einmal! Seit Jahrhunderten haben ganze Generationen für die Urbarmachung der Böden geschuftet. Und jetzt Rollback per Zwang? Eine neue Angst geht um auf den betroffenen Höfen. Wirtschaftlich droht eine Katastrophe. Reet und Moore können wir leider nicht essen.

Ich könnte noch weitere Punkte zu einer echten Agrarwende ausführen. Aber mir ist völlig klar: Sie möchten das alles nicht hören.

Sie gehen die Dinge nicht mit gesundem Menschenverstand an. Auch das hatten wir gestern schon.

(Beifall bei der AfD)

Denn täten Sie das, müsste Ihnen klar sein, dass Ihre Agrarwende - Ihre Agrarwende! - im besten Fall zu einem Fortschreiten des Höfesterbens führt und zur Verlagerung unserer Nahrungsmittelerzeugung ins Ausland. Aber im schlechtesten Fall führt es zu einem Sri Lanka 2.0.

Wissen Sie, was der Unterschied zwischen einem Crashtest und den Grünen ist? - Beim Crashtest fährt man etwas vor die Wand, um für die Zukunft etwas Gutes zu lernen. Und bei den Grünen ist es so: Die meinen, etwas Gutes zu tun, und fahren es doch vor die Wand.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Dannenberg. - Für die Fraktion der SPD erteile ich der Kollegin Karin Logemann das Wort. Bitte!

## Karin Logemann (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es macht mich doch etwas fassungslos, was der Herr Dannenberg hier von sich gegeben hat.

(Widerspruch bei der AfD)

Ich muss sagen: Was man unter Menschenverstand versteht, das ist definierbar. Ihre Auffassung von gesundem Menschenverstand teile ich nicht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Aktuelle Herausforderung ist: Die Agrarwende, den Wandel auf Höfen und Äckern, gemeinsam gestalten! Das ist ein Angebot: gemeinsam. Das ist für mich die Botschaft in nicht gerade leichten Zeiten.

Wir wissen, dass unsere Landwirtschaft vor enormen Herausforderungen steht. Eine zukunftsfeste Landwirtschaft muss die Aspekte des Tier- und Klimaschutzes berücksichtigen, gleichzeitig muss sie Transparenz für Verbraucher und Verbraucherinnen schaffen, und natürlich muss sie wirtschaftliche Perspektiven bieten.

Was es dazu benötigt, das wissen wir alle. Das haben wir in unzähligen Runden diskutiert, in Anträgen formuliert. Wir brauchen ein Förderkonzept für den Umbau der Ställe bzw. Förderungen für alternative Nutzungen, wir brauchen langfristige Perspektiven für die Betriebe, wir brauchen vor allen Dingen Planungssicherheit, bessere Regelungen im Tierschutzrecht, Anpassungen im Bau- und Genehmigungsrecht, und wir brauchen eine verbindliche Tierhaltungskennzeichnung - um einige der Anforderungen zu benennen.

Sehr geehrte Damen und Herren, es geht z. B. - das wissen wir alle - um die Düngeverordnung, um Moorschutz, um Pflanzenschutzmittelreduktion, um Tierwohl, um Boden-, Gewässer- und Artenschutz. Es geht um unsere Ernährungssicherheit.

Die Kernaufgabe ist und bleibt die nachhaltige und gesunde Erzeugung von Lebensmitteln.

Und es geht um unser Klima - die Realität geht an Ihnen irgendwie total vorbei -, um unsere Lebensrealität und Zukunft auf diesem Planeten. Dabei geraten die Produktions- und die Schutzbedingungen in

Zielkonflikte. Bei der Düngeverordnung wie auch bei der Pflanzenschutzmittelreduktion z. B. besteht die Befürchtung, dass die Pflanzen nicht mehr bedarfsgerecht gedüngt werden können und dass damit Ertrag und Einkommen verlorengehen. Gleichzeitig geht es um die Steigerung der Biodiversität, um das Stoppen des Artensterbens, um den Schutz von Boden und Gewässern. Ich sagte es eben bereits. Die Wiedervernässung von Mooren ist im Fokus. In Anlehnung an den "Niedersächsischen Weg" werden wir diese Transformation gemeinsam gestalten, im Dialog mit Kommunen, Naturschutz, Wasserwirtschaft und den Landwirtinnen und Landwirten.

Das Tierwohl ist uns nicht zuletzt durch die Schlachthof-Skandale der vergangenen Jahre ins Buch geschrieben. Ferkelkastration, das Kupieren von Ringelschwänzen, Anbindehaltung, Qualzuchtverbot und viele andere Punkte waren und sind weiterhin Themen. So wollen wir die Umsetzung der bisher zum Tierwohl getroffenen Pläne vorantreiben. Der Tierschutzplan soll evaluiert und weiterentwickelt werden.

Neben all diesen Aufgaben dürfen wir die Menschen nicht vergessen, die in der Landwirtschaft arbeiten. Die Landwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen ist der zweitgrößte Arbeitgeber in Niedersachsen und der größte Arbeitgeber im ländlichen Raum. Mit unserem Antrag zum "Zukunftsprogramm Diversifizierung" wollen wir vor allem dem pandemiebedingten Schlachtstau sowie den durch die ASP entstandenen Disharmonien im Schweinebereich begegnen. Das Landvolk Niedersachsen, die LandTouristik Niedersachsen und weitere loben das Zukunftsprogramm ausdrücklich. Sie sagen, es ist unbedingt zielführend, und bieten gerne ihre Unterstützung und Mitarbeit an.

Einige unserer Landwirt\*innen haben den Schritt in die Direktvermarktung gewagt, und viele Menschen schätzen den direkten Kontakt und die regionale Vermarktung von Lebensmitteln. Hier wollen wir weiter unterstützen, z. B. auch durch die Dezentralisierung von Schlachthöfen und durch den Ausbau weiterer Dezentralisierungs- und Vermarktungsstrukturen.

Ich stimme überein mit Jochen Dettmer, dem Vorstandssprecher von Neuland e. V. Er sagt:

"Kontrovers diskutiert wird die Betrachtung zum Abbau der Tierbestände. Diese sollten nicht ordnungspolitisch oder durch Vorgaben zur veganen Ernährung erzwungen werden. Wir brauchen Tiere in der Landwirtschaft und in der Landschaft zum Erhalt der Biodiversität und zur Ernährungssicherheit. Rinder können Grasaufwuchs sehr effizient in Milch und Fleisch umwandeln. Das kann der Mensch nicht."

# Weiter regt er an:

"Wir benötigen auch wissenschaftliche Expertise, z. B. über vertragliche Lösungen in der Wertschöpfungskette, Mengenregulierung, Kennzeichnungssysteme und eine Ernährungsstrategie, die das Konsumumfeld und die Steigerung von nachhaltigem Konsum beinhaltet."

Ich habe nur ein paar Beispiele für die aktuellen Herausforderungen dargestellt. Schon in der letzten Legislaturperiode hat die SPD-Fraktion einen Sieben-Punkte-Aktionsplan für gute Lebensmittel zu fairen Preisen erarbeitet. Lebensmittelverschwendung, Sozialstandards in der Lebensmittelverarbeitung, klare Grenzen für den Markt, mehr Transparenz und weitere Aussagen haben wir dort thematisiert. Das ist ein großes Rad, das sich dreht, mit großen Auswirkungen in alle Richtungen.

Ich halte es mit dem "Niedersächsischen Weg". Egal wo und welche Maßnahmen wir ergreifen, welche Wege wir beschreiten - alle Beteiligten der gesamten Kette, von den Urproduzent\*innen bis hin zu den Verbrauchern und Verbraucherinnen, müssen in einem Partizipationsprozess beteiligt und mitgenommen werden, sonst wird es uns nicht gelingen.

Und verhandelt - das ist mir ganz besonders wichtig - wird ausdrücklich gemeinsam und auf Augenhöhe.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

# Präsidentin Hanna Naber:

Herzlichen Dank, Kollegin Logemann. - Für die CDU-Fraktion bitte ich Dr. Marco Mohrmann nach vorne ans Redepult.

(Beifall bei der CDU)

# Dr. Marco Mohrmann (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe nun schon wieder dieses Überraschungsmoment ob der Themenwahl für eine Aktuelle Stunde. Um gleich mit der Tür ins Haus zu fallen: Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen

von den Grünen und die von Ihnen getragene Landesregierung, haben agrarpolitisch derzeit wahrlich Besseres zu tun, als mit der sogenannten Agrarwende, mit einer Begrifflichkeit um die Ecke zu kommen, von der wir alle gehofft hatten, dass sie 2017 in der Mottenkiste verschwunden ist.

So sehr Sie sich mühen: Der Begriff der Agrarwende mag hier und da in Ihrer Kernklientel mainstreamig en vogue sein, aber er ist kein Signal für eine progressive Weiterentwicklung einer wettbewerbsfähigen und in jeder Hinsicht nachhaltigen Landwirtschaft - einer Landwirtschaft, bei der es neben den Fragen der gesellschaftlichen Akzeptanz eben auch um Klimaschutz durch Ressourceneffizienz und letztlich auch um die Ernährungssicherung geht, meine Damen und Herren. Denn das ist der Kern.

Es wäre wirklich hilfreich, den Familien im ländlichen Raum endlich mal den Rücken bei dem zu stärken, was sie am allerbesten tun und was sie zu unser aller Wohl jeden Tag aufs Neue leisten,.

(Beifall bei der CDU)

Das Ausrufen einer Agrarwende im parteipolitisch grünen Duktus führt in der Landwirtschaft und insbesondere auch in ihren vor- und nachgelagerten Bereichen schlicht zu weiterem Vertrauensverlust. Ich sage es Ihnen ganz direkt: Das können Sie sich nicht erlauben!

Als Hintergrund will ich Ihnen ein paar Punkte nennen, um die Sie sich dringend kümmern sollten:

In den Moorregionen, meine Damen und Herren, haben Sie den Menschen noch in keiner Art und Weise die Sorge davor, die Heimat zu verlieren, und die Sorge vor drohenden Verlusten an Wertschöpfung genommen, die vor ihnen liegen und durchaus in Milliardenhöhe gehen können.

Den Weidetierhaltern geht die moralische Puste und die Freude an der Tierhaltung aus, weil sie keinerlei Aussicht darauf haben, dass diese Landesregierung sich anschickt, das Wolfsproblem nachhaltig zu lösen.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der AfD)

Hierzu werden wir Ihnen heute Nachmittag in Form eines Entschließungsantrags ein gutes Konzept vorstellen. Denn so, wie es jetzt läuft, verlieren alle: die Menschen, die Weidetiere, die Artenvielfalt und schlussendlich auch der Wolf selber. Am allermeisten allerdings drängt es bei den Perspektiven für die Tierhalter, maßgeblich für die Schweinehalter. Die TRAIN-Studie unter Mitwirkung der Uni Vechta ist allen Agrarpolitikern bekannt. Sie zeigt deutlich, welche heftigen Auswirkungen es für die ländlichen Räume hat, wenn die Tierhaltung in die Knie geht, meine Damen und Herren.

Verehrter Antragsteller, ich lege Ihnen ans Herz, sich nun endlich massiv bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, vollumfänglich die lange auf dem Tisch liegenden Konzepte zur Tierhaltung umzusetzen und entsprechend auch durch das Land Niedersachsen zu flankieren.

Motivieren sollten Sie dabei die Worte prominenter Vertreter der Partei Ihres Koalitionspartners. Nehmen Sie es sich zu Herzen, wenn Mecklenburg-Vorpommerns Agrarminister Backhaus auf der Grünen Woche davon spricht, dass die derzeitige Politik schlicht zu Frust und Perspektivlosigkeit bei den Tierhaltern führt. Und nehmen Sie es ernst, wenn ein ebenso erfahrener Profi wie der ehemalige niedersächsische Landwirtschaftsminister Uwe Bartels am 16. Februar dieses Jahres presseöffentlich in der Zeitung vom Politversagen der Ampel spricht, wenn es um die Tierhaltung geht.

Jochen Borchert - der ist allerdings bei uns; er ist der Namensgeber der Kommission mit der offiziellen Bezeichnung "Kompetenznetzwerk für Nutztierhaltung" - spricht auch nur noch entnervt von der Scheinheiligkeit der Bundesregierung in diesen Fragen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Eines schreibe ich Ihnen auch ins Stammbuch: Wenn Sie in diesen Fragen hier nicht weiterkommen, dann wird es auch nichts mit dem Erreichen der Ausbauziele im Ökolandbau werden; denn die Ökobetriebe leiden exakt genauso darunter, dass es in den Fragen der Tierhaltung einfach nicht vorangeht. Überraschen Sie uns doch im nächsten Plenum mit diesbezüglichen Erkenntnisgewinnen! Das wäre eine Abwechslung.

Ich habe im Übrigen durchaus Ihre ausgestreckte Hand zur Kenntnis genommen. Aber hören Sie bitte auf, mit Begriffen aus der Mottenkiste zu suggerieren, dass sich die Bauern schon wieder wenden müssen! Das wäre wirklich hilfreich.

Als allerletzter Punkt: In der Branche, meinen Damen und Herren, geht insbesondere mit Blick auf die Bundesregierung - da ist das Umweltministerium in grüner Hand, da ist das Landwirtschaftsmi-

nisterium in grüner Hand - ein wenig das Schreckgespenst um, dass wir hier gar nicht über Zukunftsoder Umbauprogramme sprechen, sondern mit Blick auf die Tierhaltung maßgeblich von Abbauprogrammen. Ich sage Ihnen: Wenn das so sein sollte, dann sollten Sie das auch deutlich so benennen. Dann wissen wir, woran wir sind, und dann können wir uns darauf einstellen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der AfD)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Kollege Mohrmann. - Für die Landesregierung erteile ich nun das Wort Ministerin Miriam Staudte.

**Miriam Staudte**, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! In den letzten zwei Tagen hat in den Hallen der Hannover-Messe die bundesweite Wintertagung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft stattgefunden. Das Motto war "Nachhaltigkeit in Krisenzeiten". Das habe ich, als ich dort war, sehr begrüßt. Denn ich glaube, es ist nichts wichtiger, als dass wir gerade jetzt in den Krisen merken, dass wir Nachhaltigkeit nicht vernachlässigen dürfen und dass die Unabhängigkeit gerade von den globalen Lieferketten absolut notwendig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Heute Morgen haben FAZ und Süddeutsche Zeitung berichtet, dass in England Gurken und Tomaten rationiert werden. Man kriegt als Kunde nur noch zwei Gurken und drei Tomaten ausgehändigt. Ursache sind die schlechten Ernten in Marokko und in Spanien aufgrund des großen Wassermangels. Ich fürchte, diese Situation wird sich in den nächsten Jahren nicht verbessern.

Aber auch die Tatsache, dass in den Niederlanden die Gewächshäuser aufgrund der hohen Energiepreise nicht beheizt wurden und häufig leer geblieben sind,

(Ulf Thiele [CDU]: Die haben ihre Gasverträge weiterverkauft, weil das mehr Kohle gebracht hat!)

macht deutlich: Unabhängigkeit auch gerade in Energiefragen ist für die landwirtschaftlichen Betriebe absolut notwendig. Liebe AfD, mit Ihrem Hinweis auf Atomkraft und Kohlekraft fahren Sie wirklich rückwärts.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zuruf von der AfD: Dann hättest du doch mal Tomaten mitbringen können! - Heiterkeit bei der AfD)

Es ist wichtig, dass wir realisieren, welche Dimension diese Transformation in der Landwirtschaft für Niedersachsen hat. Die Bruttowertschöpfung in der niedersächsischen Landwirtschaft beträgt 4,5 Milliarden Euro. Wir sind damit bundesweit auf Platz 1-vor Bayern mit 3,7 Milliarden Euro und NRW mit 3 Milliarden Euro. Das heißt, wir müssen auch bei der Transformation das Agrarland Nummer eins werden.

Es ist wenig hilfreich, Herr Mohrmann, dass wir uns jetzt über Begrifflichkeiten streiten: Agrarwende oder Transformation. Für die Landwirtschaft ist notwendig, dass sich etwas tut.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Marco Mohrmann [CDU]: Vertrauen geben wäre noch besser!)

Es ist auch notwendig, zu realisieren, dass gerade in der Ernährungswirtschaft, in der in Niedersachsen 90 000 Menschen arbeiten, die einen Umsatz von 35 Milliarden Euro hat - Tendenz steigend -, eine Transformation notwendig ist. Die Transformation der Landwirtschaft muss gemeinsam mit der Transformation der Ernährungswirtschaft gedacht werden.

Die Transformationsthemen in Niedersachsen sind so unglaublich vielfältig. Ich war in den letzten Wochen in vielen Regionen Niedersachsens unterwegs. Immer wurde mindestens ein großes Anliegen an mich herangetragen, und es gab auch eine berechtigte Erwartungshaltung, dass diese anstehenden Prozesse aktiv mitgestaltet werden.

Im Nordosten gibt es z. B. die Themen Klimakrise, Trockenheit und Beregnung. Es gab den Wunsch nach Unterstützung beim Wassermanagement und bei der Wasserspeicherung - absolut nachvollziehbar. In den Grünlandregionen gab es das Thema Moorschutz und den Wunsch nach Planungssicherheit, nach einem transparenten Vorgehen, nach Beteiligung und nach finanziellem Ausgleich bei einer veränderten Bewirtschaftung. Es ist klar, dass das eine Generationenaufgabe ist. Wir sind da auch auf die Unterstützung des Bundes angewiesen.

Im Oldenburger Münsterland gab es die Themen Umbau und Alternativen zur Tierhaltung. Wir haben auch schon viel über die Diversifizierung gesprochen, also die Unterstützung beim Aufbau neuer betrieblicher Standbeine. Ich kann Sie nur einladen, an diesem Prozess mitzuwirken. Das ist etwas Neues, dass wir hier Perspektiven eröffnen, anstatt beim Höfesterben zuzuschauen.

# (Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir uns anderen Themen wie der Biodiversität, dem Ausbau des Ökolandbaus und besseren Perspektiven für die Hofnachfolgen widmen, dann erkennen wir, dass diese Bereiche überall in Niedersachsen angesprochen werden und bearbeitet werden müssen. Wir sind mit dem "Niedersächsischen Weg" auf einem guten Pfad. Wir wollen ihn verstetigen. Wir haben in der letzten Woche die Pflanzenmittel-Reduktionsstrategie mit den geeinten Reduktionszielen vorgestellt. Da wurde in der letzten Wahlperiode natürlich - leider - viel Zeit verloren; denn sie sollte ja eigentlich schon im Mai 2021 veröffentlicht werden. Aber ich bin froh, dass wir sie jetzt haben und dass wir loslegen können.

Ein Element ist da der Ausbau des Ökolandbaus. Das haben Sie auch angesprochen, Herr Mohrmann. Wir sind in Niedersachsen mit 5,6 % Schlusslicht. Aber wir wollen diesen Bereich wirklich vorantreiben. Ich glaube, es ist nicht richtig, wenn geunkt wird, der Bio-Boom sei nun vorbei. Ja, es gibt eine Delle, und es gibt auch Verlagerungen weg von den Naturkostläden, den Wochenmärkten und Direktvermarktern hin zu den Discountern. Der Umsatz - vielleicht auch inflationsbedingt - bleibt stabil. Aber wir müssen tatsächlich feststellen, dass der Absatz von frischem Obst und Gemüse - bio wie konventionell - absolut eingebrochen ist. Hier wollen wir mit einer neuen Ernährungsbildung in den Schulen, mit einer Offensive für die Schulmensen und auch mit einer Ausweitung des Schulobstprogramms Perspektiven eröffnen.

Es gibt noch viele weitere Aspekte, z. B. die unsichere Hofnachfolge. Wir müssen feststellen, dass gerade die Zahl der Betriebe mit einer Größe von unter 100 h deutlich abnimmt. Nur noch die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe sind Haupterwerbsbetriebe. Das heißt, wir müssen auch das ganze Thema Nebenerwerbsbetriebe neu denken. Das hat für die zukünftige Politik vielleicht eine neue Relevanz. Es ist absolut notwendig, dass wir die bäuerlich wirtschaftenden Betriebe, die Familienbetriebe z. B. auch mit Mitteln eines Agrarstrukturge-

setzes unterstützen. Das wollen wir gerade überarbeiten. Wir sind dabei. Es wird demnächst eine Verbandsbeteiligung geben.

Es ist wichtig, dass wir diesem Prozess des Wachsens oder Weichens nicht tatenlos zusehen. Ansonsten werden wir in Zukunft eine vertikale Integration haben. Dann werden an den Höfen nicht mehr Namensschilder mit "Familie Meyer" oder "Familie Schulz" hängen, sondern dann werden dort die Namen von bekannten Lebensmitteleinzelhandelsunternehmen stehen. Ich glaube, das will keiner von uns.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich war vor zwei Wochen in Brüssel. Es ist absolut notwendig, dass Land, Bund und EU bei diesen Transformationsprozessen wirklich an einem Strang ziehen. Ich möchte auch, dass Niedersachsen künftig eine stärkere Rolle in Brüssel einnimmt und dass wir dort präsent sind und mitgestalten, wenn es um die großen Weichenstellungen bei der Förderpolitik geht. Die Rückmeldungen auf diesem Antrittsbesuch waren absolut positiv. Wir wurden gerade von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kommission sehr gebeten, eng mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Corona und der Ukraine-Krieg haben gezeigt, dass die Landwirtschaft systemrelevant ist und dass wir an der Resilienz durch Unabhängigkeit arbeiten müssen. Gerade im Bereich der Energiewende ist es notwendig, dass wir schneller werden. Wir haben die Taskforce Energiewende eingerichtet. Das wird auch für die landwirtschaftlichen Betriebe eine große Unterstützung sein.

Wir müssen bei der Freiflächen-PV sinnvoll lenken und auch Synergien mit Agri-PV wirklich nutzen. Die Kuh auf der Weide, die sich über den Schatten freut, die Freilandhühner, die sich vor dem Habicht geschützt fühlen, und die Obstspaliere, die weniger Fungizide benötigen, weil sie regengeschützter sind - das sind unglaublich tolle, positive Synergien.

(Dr. Marco Mohrmann [CDU]: Und das Schaf und der Wolf?)

Ich setze dabei sehr auf die neuen Techniken, die wir vorantreiben wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Marco Mohrmann [CDU]: Und jetzt noch den Wolf!) Bei all dem brauchen wir Rückendeckung aus Berlin. Es ist gerade schon angesprochen worden: Es könnte in der Ampel schneller gehen. Ich teile die Kritik von Herrn Bartels. Ich glaube aber, dass der Adressat in dem Fall eher die FDP war.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich hoffe sehr, dass durch die Wahlergebnisse da auch einmal ein Umdenken stattfinden wird.

Ich kann Sie als demokratische Opposition, als CDU nur weiter einladen, sich in der Agrarpolitik mit uns in einem gemeinsamen Prozess konstruktiv zu bewegen und sich von dem abzugrenzen, was vonseiten der AfD kommt, weil ich glaube, damit ist der Landwirtschaft nicht gedient.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Frau Ministerin Staudte.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass ich den Tagesordnungspunkt 11 b als erledigt feststelle. Damit ist die Aktuelle Stunde für diesen Tagungsabschnitt beendet.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 12: **Dringliche Anfragen** 

(Unruhe)

Ich rufe gleich eine Dringliche Anfrage der AfD auf. Vielleicht interessiert das ja auch den Kollegen Dannenberg.

Es liegen zwei Dringliche Anfragen vor.

Die für die Behandlung Dringlicher Anfragen geltenden Geschäftsordnungsbestimmungen setze ich als allgemein bekannt voraus. Ich weise wie üblich besonders darauf hin, dass einleitende Bemerkungen zu den Zusatzfragen nicht zulässig sind.

Um dem Präsidium den Überblick zu erleichtern, bitte ich, dass Sie sich schriftlich zu Wort melden, wenn Sie eine Zusatzfrage stellen möchten.

Ich rufe auf

a) Sanierungszwang durch EPBD in Verbindung mit dem "Fit for 55"-Paket? - Anfrage der Fraktion der AfD - Drs. 19/593

Die Frage trägt uns der Abgeordnete Dennis Jahn vor. Bitte!

(Beifall bei der AfD)

#### Dennis Jahn (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

"Sanierungszwang durch EPBD in Verbindung mit dem "Fit for 55'-Paket?"

Mit dem "Fit-for-55"-Paket sollen die Emissionen europaweit auf 55 % der Werte von 1990 reduziert werden. Die neuen EU-Richtlinien bezüglich der Gesamtenergieeffizienz für Wohn- und Nichtwohngebäude (EPBD), die laut Verursacherprinzip für 40 % der Emissionen zuständig sind, sollen die Dekarbonisierung bis 2050 in Europa durchsetzen. In den 40 % sind auch die Herstellung der Materialien und der Bau selbst mit einbezogen. Ohne diese wären es 16 %. Diese betreffen den größten Teil des niedersächsischen Gebäudebestands, der aus den neuen Schwellenwerten herausrausfallen wird und somit sanierungsbedürftig ist.

Es soll nach dem aktuellen Text ein Energieeffizienzausweis eingeführt werden, der alle zehn Jahre erneuert werden muss. Die Mitgliedstaaten sollen auf nationaler Ebene Gebäuderenovierungspläne entwickeln und der Kommission vorlegen, die diese wiederum genehmigen muss. Das vorgegebene Ziel ist, den Gebäudebestand bis 2050 in Nullemissionsgebäude umzuwandeln, in Funktion des New Green Deals, der von der Kommission Ende 2019 proklamiert wurde. Hinzu kommt die Einführung eines Renovierungspasses. Alle Neubauten sollen bis 2030 emissionsfrei sein, und die Bauten mit den schlechtesten Energieeffizienzklassen sollen nach und nach abgeschafft werden. Die nächste Etappe dieser Richtlinien wird die Verhandlung zwischen EU-Rat und -Parlament sein.

Um diese Vorschriften dann auch einzuhalten, bedarf es einer angemessenen Vorbereitungszeit. Die Umsetzung ist noch nicht ganz klar, da mehrere Kriterien noch nicht definiert sind. Die Zeitspanne zu ihrer Realisierung wurde schon festgelegt mit Zielvorgaben für 2030 und 2050. Dies bringt die Bürgerschaft unter Zeitdruck, wobei Unsicherheit über

eventuelle Sanktionen besteht, da ein Sanktionspaket noch nicht beschlossen wurde und rein theoretisch alle Sanktionen noch möglich sind. Selbst eine Entziehung des Nutzungsrechts der fraglichen Gebäude wird noch in Erwägung gezogen. In der Initiative wird ausgeführt, dass die Sanktionen die Verhältnismäßigkeit wahren sollen, aber auch abschrecken sollen. Für den betroffenen Bürger sind diese Folgen derzeit nicht absehbar. Die Umsetzung in Deutschland ist ohne neu zu schaffende Bürokratie nicht zu leisten. Dies wird eine umfangreiche Aufgabe für den Staat und also auch für das Land Niedersachsen sein.

Die Landesregierung hat noch keine festen Zahlen zu den betreffenden Gebäuden, die eine schlechtere Energieeffizienz als E haben. Dennoch unterstreicht die Landesregierung ihre Zustimmung zu diesem Paket mit der Begründung, dass dies der richtige, zukunftsorientierte Ansatz in Fragen von Energieeffizienz, Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft und Nachhaltigkeit sei. Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) muss laut Landesregierung den neuen Regelungen angepasst werden. Sie hat allerdings in ihrer Antwort keine eigenen Beiträge erläutert und bisher ausschließlich darauf hingewiesen, dass ein GEG-Gesetzentwurf auf dem Weg sei.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

- 1. Wird die Landesregierung vor der endgültigen Fassung des Gesetzentwurfs eine Inventur der Bestandsgebäude in Auftrag geben in Hinsicht auf ihre Energieeffizienz?
- 2. Wann wird die Landesregierung die Bürger Niedersachsens über notwendige Sanierungsmaßnahmen aufgrund des EPBD durch die Verschärfung des "Fit for 55"-Pakets umfangreich aufklären?
- 3. Was versteht die Landesregierung als wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktion bei Nichteinhaltung der Vorgaben?

Danke.

(Beifall bei der AfD)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Für die Landesregierung erhält das Wort der Minister Olaf Lies.

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines vorweggeschickt, weil wir die Diskussion auch gestern hatten: Das Thema Klimaschutz mit den Herausforderungen, die vor uns liegen, betrifft alle Sektoren. Deswegen stehen wir natürlich auch beim Thema Wohnen vor der großen Herausforderung, herauszufinden, wie wir Klimaschutzziele erreicht bekommen, wie wir Klimaneutralität schaffen - Klimaschutzziele, deren Erreichen wir uns nicht nur im Klimagesetz zur Aufgabe gemacht haben, sondern die als definiertes Staatsziel auch Teil unserer Verfassung sind - und welche Maßnahmen dafür notwendig sind.

# (Vizepräsident Jens Nacke übernimmt den Vorsitz)

Wir diskutieren auch über die aktuelle Situation: Wie müssen wir darauf reagieren? Wie schaffen wir es also in der Situation der gestiegenen Baukosten und der gestiegenen Zinsen, die richtigen Lösungen zu finden?

Ich finde, dass wir in der Vergangenheit mit den Herausforderungen beim Thema Wärme fahrlässig umgegangen sind. Ich führe hierfür ein Beispiel an, das ich schon oft genannt habe:

In meiner Heimatregion Wilhelmshaven sind zwei große Kohlekraftwerke. Die Kohle wird zu 43 % in Strom umgewandelt, und die übrigen 57 % entfallen auf Wärmeanfall. Die Wärme haben wir in die Nordsee abgegeben. Die Wärme, die in der Region für die Industrie und die Bewohner notwendig war, haben wir mit Gas erzeugt, das wir eingekauft haben.

Dieses Beispiel zeigt, dass sich dringend etwas ändern muss. Deswegen gehört zu der Frage, die dort aufgeworfen wurde, nicht nur, das Gebäude in den Blick zu nehmen und energetisch zu betrachten, sondern auch - wie wir es auch im Koalitionsvertrag der Bundesregierung wiederfinden -, die Frage der CO<sub>2</sub>-Bilanz eines Gebäudes zu erörtern und eine Quartiersbetrachtung vorzunehmen. Deswegen haben wir im Klimagesetz auch definiert, dass wir Quartierswärme brauchen - Wärme, die in einer Region anfällt, dort auch zu nutzen. Das ist wichtig, damit die Fokussierung nicht nur auf dem Gebäude liegt, sondern damit ein ganzheitlicher Ansatz gefunden wird, wie es in Berlin diskutiert wird.

Klar ist aber, dass der Klimawandel neben dem Ausbau der Erneuerbaren, über die wir gesprochen haben, Energieeffizienz erfordert. Energieeffizienz ist das Erste, was wir brauchen; denn je weniger Energie wir verbrauchen, desto weniger Energie müssen wir erzeugen. Deswegen ist Energieeffizienz sowohl im Bereich der Wohngebäude als auch im industriellen Bereich natürlich einer der maßgeblichen Faktoren, die uns dabei umtreiben.

Mit der Neufassung der EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden - das ist die EPBD - sollen am Ende Vorschriften über die Gesamteffizienz von Gebäuden mit dem europäischen Green Deal in Einklang gebracht werden. Das Ziel ist, den Gebäudebestand bis 2050 zu dekarbonisieren. Daran führt kein Weg vorbei. Wenn wir wollen, dass wir klimaneutral werden, dann müssen alle Sektoren dekarbonisiert werden. Wir haben vorhin intensiv über die Landwirtschaft gesprochen. Die Veränderungen dort sind eine große Herausforderung. Auch die Veränderungen im Bereich der Wohngebäude sind eine große Herausforderung. Aber wir können nicht das eine machen und das andere sein lassen. Wir müssen natürlich auch im Gebäudebestand entsprechend vorgehen. Darüber hinaus ist das Ziel die Emissionsfreiheit von Neubauten bis 2030. Beim Neubau kann ich anders planen und anders agieren.

Die größte Herausforderung, die ich sehe, betrifft die Frage, wie wir mit dem Gebäudebestand umgehen. Die Mitgliedstaaten haben sich darauf geeinigt, für die bestehenden Gebäude Mindestvorgaben für die Gesamtenergieeffizienz vorzusehen. Das soll und muss am Ende Renovierungen anstoßen, weil wir natürlich Investitionen in Energieeffizienz brauchen. Wir haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten doch erlebt, dass es immer dann Nachdruck gab, in Energieeffizienz zu investieren, wenn die Energiepreise hoch waren. Wir haben deutlich vor dem Krieg erlebt, dass wir sehr niedrige Energiepreise hatten. Was war in der Regel die Antwort? Sie lautete: Die Investition in Sanierung lohnt sich nicht. - Das kann nicht die Antwort sein, wenn wir auf der anderen Seite Energieeffizienz brauchen.

Wir erleben gerade jetzt, in den letzten Monaten der steigenden Energiekosten, dass Leute damit hadern, dass Sanierungen nicht gemacht worden sind. Das gilt vor allen Dingen für die Mieterinnen und Mieter, weil sie darauf angewiesen sind, dass andere für sie entscheiden, ob ihr Wohnraum saniert ist. Ich glaube, es geht weniger nur um den Eigentümer eines Gebäudes, sondern darum, welche Verantwortung wir auch für Mieterinnen und Mieter übernehmen, die sich den Sanierungszustand ihres Gebäudes nicht aussuchen können und denen der Wohnungsmarkt nicht die Chance eröffnet, sich morgen einfach eine neue Wohnung zu suchen.

Das ist die große Herausforderung, vor der wir stehen und mit der wir umgehen müssen.

Der Bund plant, nach Abschluss des Trilog-Verfahrens in Brüssel, aufbauend auf der dortigen Novelle, eine große Novelle des Gebäudeenergiegesetzes, die die Vorgaben berücksichtigt, die aber auch das berücksichtigt, was im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, nämlich eine CO<sub>2</sub>-Bilanz zu machen. Das halte ich für ganz wichtig. Das ist in der Anfrage auch deutlich gemacht worden. Man muss auch die Baumaterialien sehen, man muss auch den Aufwand sehen, den man betreibt, und dann entsprechend nach Lösungen suchen, damit umzugehen.

Es ist also ein zentrales Thema, das uns alle umtreibt, energetische Standards in den Griff zu bekommen und dabei Lösungen zu finden, die machbar und umsetzbar sind.

Ich komme nun zu Ihren Fragen:

Zu Frage 1: Die Landesregierung plant nicht, eine Inventur der Bestandsgebäude im Hinblick auf deren Energieeffizienz in Auftrag zu geben. Dem Bund als Gesetzgeber des Gebäudeenergiegesetzes obliegt die Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Umsetzung.

Wenn man das so sagt, klingt das so, als würden wir nur warten, was kommt. Selbstverständlich sind wir auch jetzt im engen Austausch mit dem Bund, sind auf der Länderministerebene im engen Austausch mit dem Bund und sind auch im engen Austausch zu der Frage: Was ist aus wohnungswirtschaftlichen Gesichtspunkten in dieser schwierigen Phase wichtig und notwendig, und was ist aus Umwelt- und Klimagesichtspunkten in dieser Frage notwendig?

Zu Frage 2: Umfang und Art der geplanten Anforderungen des Gebäudeenergiegesetzes sind natürlich noch nicht bekannt, sondern wir werden das gemeinsam mit dem Bund erörtern und erarbeiten und immer wieder im engen Austausch Zwischenstände beraten, sodass wir nicht nachher einen großen Entwurf haben, über den wir diskutieren, sondern sehr früh dabei sind.

Aber natürlich ist klar, dass wir die Öffentlichkeit im Zuge des Novellierungsverfahrens einbinden. Wir merken schon: Es finden intensive Diskussionen über die Frage statt, wie wir eigentlich die Ziele erreichen wollen. Selbstverständlich gibt es am Ende auch ein Bundesratsverfahren. Ich glaube aber, dass es dringend notwendig ist - und das machen wir als Bauminister auch -, vorher im engen Austausch mit den Beteiligten zu sein.

Zu Frage 3: Auch bei der Umsetzung der dort angesprochenen Sanktionen muss der Bund zu der Novellierung zunächst mal sagen: Was stellt er sich darunter vor? Welche Sanktionen sind das?

Wir wissen aber auch: Wenn wir die Beschleunigung der Sanierung erreichen wollen, müssen wir Vorgaben machen, und diese Vorgaben müssen eingehalten werden. Ich will noch mal daran erinnern - manchmal kommt in der Debatte die Frage auf: Was soll ein Einfamilienhausbesitzer machen? -: Lassen Sie uns bitte auch an die Mieterinnen und Mieter denken, die keine Chance haben, das zu beeinflussen, und am Ende in der schwierigen Situation sind, mit dem Ist-Bestand leben zu müssen. Nicht immer nur auf Hausbesitzer beschränken. Wir müssen beide im Blick haben. Deswegen werden wir uns sehr genau anschauen, was es bedeutet und wie wir damit die Beschleunigung der Sanierung hinbekommen.

Ob diese Sanktionen wirksam sind oder wie sie wirken sollen, müssen wir mit dem Bund diskutieren. Wir haben ein Interesse daran, dass am Ende ein Gebäudeenergiegesetz kommt, das die Länder nicht nur mittragen können, sondern bei dem wir der Überzeugung sind, dass es auch funktioniert.

Tatsache ist - und das zeigen auch das Klimagesetz und das Thema Wärmewende -: Wir reden oft über Wende. Wir haben gestern sehr intensiv über Mobilitätswende gesprochen. Aber auch im Bereich der Wärmewende brauchen wir die Lösung: weniger Energie verwenden, effiziente Gebäude und Energie, die ohnehin da ist - vor allen Dingen geht es hier um Wärme, - nutzen.

Ich komme auf mein Beispiel zurück. Wir haben in der Vergangenheit den Fehler gemacht, dass wir die Wärme der Kohlekraftwerke einfach ins Meer gegeben und neue Wärme durch fossiles Gas erzeugt haben. Wir müssen für die Energiewende, z. B. bei dem Aufbau von Elektrolyse, dafür sorgen, dass die Wärme, die dann ohnehin entsteht, nicht wieder irgendwo abgegeben wird. Gesamteffizienzsteigernd muss Wärme, die ohnehin entsteht, genutzt und damit muss dafür gesorgt werden, dass wir eine klimaneutrale Wärmeversorgung sicherstellen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Minister Lies. - Für die erste Zusatzfrage für die Fraktion der AfD hat sich der Kollege Queckemeyer zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

# Marcel Queckemeyer (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn über eine Sanierungspflicht von sogenannten ineffizienten Gebäuden nachgedacht wird und die Landesregierung keine Kenntnisse über den in Niedersachsen vorhandenen privaten, öffentlichen und gewerblichen Gebäudezustand hat, wie sollen dann mögliche Maßnahmen, die sich aus dem Paket "Fit for 55" ergeben, umgesetzt werden?

(Beifall bei der AfD)

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich haben wir einen Überblick im Sinne des Bedarfs. Wir haben ja eine Feststellung: Wie sehen eigentlich die Wohnungen aus? Wann sind sie gebaut worden? Welchen Sanierungsstand haben sie?

Eine grobe Übersicht, die uns hilft, eine Bewertung vorzunehmen, welche Maßnahmen hilfreich sind oder nicht, haben wir. Wenn ich das mal auf den öffentlichen Gebäudebestand beziehe, z. B. auf die Gebäude, die im Landeseigentum sind, wissen wir sogar sehr genau, in welchen Schritten wir vorgehen müssen und welche Maßnahmen erforderlich sind. Ich brauche sozusagen nicht das Einzelgebäude in der Bewertung, sondern ich brauche eine Übersicht, auf welchem Stand wir sind. Wir wissen genau, welche Mengen an Heizungsanlagen - Gas, Öl oder andere Formen - wir haben.

Insofern liegen die Voraussetzungen, um mit dem Bund an einer vernünftigen Lösung für das Gebäudeenergiegesetz zu arbeiten, vor.

# Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Minister. - Für die erste Zusatzfrage der CDU-Fraktion hat sich Christian Frölich zu Wort gemeldet. Bitte schön!

# Christian Frölich (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister! Vor dem Hintergrund, dass ab 2030 für Neubauten bzw. bereits 2028 für öffentliche Gebäude

der Standard eines Nullemissionsgebäudes gelten soll, frage ich die Landesregierung, welche konkreten Maßnahmen sie plant, um den privaten Wohnungsbau, den kommunalen sowie den öffentlichen Neubau bei der Umsetzung dieser Anforderungen zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die Umsetzung dieser Standards sind wir im engen Austausch - und müssen übrigens auch im engen Austausch mit der Wohnungswirtschaft und der Bauindustrie sein. Wir diskutieren gerade sehr intensiv, wie Lösungen aussehen können - deswegen habe ich das vorhin extra angesprochen -, die auf der einen Seite den Blick auf das Thema "möglichst wenig Energie verbrauchen" richten und die auf der anderen Seite den Blick darauf richten, möglichst effizient Energie einzusetzen und auch Wärme einzusetzen. Wir haben auch im Klimagesetz vorgegeben, dass Wärmekonzepte erarbeitet werden müssen, damit wir eben genau diesen Aspekt aufgreifen

Wir sind zum Zweiten bei der Frage: Wie sehen eigentlich Heizungssysteme, Wärmesysteme aus, die sicherstellen können, dass ich mit der Energieversorgung, die ich habe - wir haben ja Photovoltaik auf dem Dach, das haben wir auch als Grundlage vorgegeben -, und der Nutzung einer Wärmepumpe in der Lage bin, ein Nullenergiehaus zu haben? - Diese Lösungen, die wir mit der Bauwirtschaft und Bauindustrie erarbeiten, die wir aber vor allen Dingen für den öffentlichen Wohnungsbau - das ist ganz wichtig – und auch mit dem Verband der Wohnungswirtschaft erarbeiten, werden wir so vorsehen, dass sie an das Gebäudeenergiegesetz angepasst sind.

Aber auch da bitte ich um Verständnis. Wir brauchen dann auch mal klare Aussagen zu Fragen wie: "Was ist im Gebäudeenergiegesetz am Ende vorgegeben?", damit wir das mit unseren Vorstellungen von dem, was umsetzbar ist, synchronisieren können. Das muss am Ende zusammengreifen. Das Machbare muss sich mit hohem Nachdruck realistisch im Gesetz zur Umsetzung wiederfinden.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Minister. - Für die zweite Zusatzfrage der AfD spricht erneut Herr Kollege Queckemeyer. Bitte schön!

## Marcel Queckemeyer (AfD):

Vielen Dank. - Was bedeutet dieses Paket "Fit for 55" für die niedersächsische Bauwirtschaft gerade im Hinblick auf den aktuellen Rohstoffmangel, Lieferkettenprobleme und den Fachkräftemangel?

(Beifall bei der AfD)

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das bedeutet am Ende das Gleiche wie für alle Sektoren auch. Wir stehen nicht vor der Herausforderung: Schaffen wir es, klimaneutral zu werden? Diese Frage stellt sich nicht, sondern wir müssen klimaneutral werden.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Deswegen heißt das für alle Sektoren - so haben wir es gestern zur Mobilität diskutiert, so diskutieren wir es zur Energiewende und so diskutieren wir es auch beim Thema Wärme -, dass wir die Lösung finden. Das bedeutet es selbstverständlich.

Wir haben allerdings - und jetzt kommen, glaube ich, ein paar Faktoren zusammen - natürlich aktuell hohe Energiepreise, weil wir auch hohe Energiebedarfe haben. Deswegen haben wir die erheblichen Einsparmengen, die ein Stück weit wieder dafür sorgen, dass eine Entlastung entsteht.

Wir haben hohe Baupreise, die dadurch entstehen. Wir haben in den vergangenen Jahren eine schlechte Verfügbarkeit von Handwerksunternehmen gehabt, weil sie eine hohe Auftragslage hatten. Die sorgen sich, glaube ich, im Moment eher um die Zukunft. Da müssen wir sie mitnehmen. Mit denen gemeinsam sorgen wir dafür, dass erstens das Ziel erreicht wird, ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu generieren.

Die größte Aufgabe wird zweitens sein, in größerem Maße zu sanieren und mit der Bauwirtschaft gemeinsam zu entwickeln: "Wie kann serielles Sanieren aussehen? Wie kann serielles Bauen aussehen?", damit wir in der Lage sind, Kosteneffizienz zu nutzen.

Das ist eine Mammutaufgabe für den gesamten Bereich des Bauhandwerks, der Bauwirtschaft, der Bauindustrie und auch im Bereich der Baustoffe.

Wir brauchen an dieser Stelle - und dafür werbe ich noch mal - ein starkes Handwerk als Partner. All diejenigen, die zu Recht sagen: "Wir setzen uns für Klimaschutz ein", all diejenigen jungen Leute, die sich damit identifizieren, sind ideal, wenn wir sie morgen fürs Handwerk gewinnen können, damit wir Klimaschutz im Wohnungs- und Baubereich umsetzen können.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die zweite Zusatzfrage für die CDU-Fraktion stellt Herr Kollege Frölich. Bitte schön!

#### Christian Frölich (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, vor dem Hintergrund, dass im Richtlinienvorschlag auf erforderliche Qualifikationen zur Ausstellung von sehr komplexen, aufwendigen Energieausweisen verwiesen wird, frage ich die Landesregierung: Wie will sie das bewährte System der ganzheitlichen Ausbildung und der qualifizierten Beratung der Gebäudeenergieberater des Handwerks in diesem Kontext schützen bzw. sicherstellen?

(Beifall bei der CDU)

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Frölich, genau das ist der für uns wichtige Aspekt. Wir merken gerade in dieser schwierigen Zeit, in der wir uns befinden, in der es gilt, möglichst hohe Gasmengen einzusparen, und Berater dazu unterwegs sind, welche Energieeffizienzpotenziale auch ohne große Veränderungen da sind. Wir greifen in ganz starkem Maße auf die Partner zurück: auf die Innung der Schornsteinfegerinnen und Schornsteinfeger, die eine hohe Kompetenz haben und sozusagen im Bereich Feststellung unterwegs sind, aber auch auf die hohe Kompetenz der Gebäudeenergieberater und des Handwerks, die am Ende die Umsetzung erbringen.

Es muss also erstens klar sein, dass mit all diesen Zeitsetzungen einhergeht, dass unser hervorragend entwickeltes Konzept der Energieberatung nicht durch neue Maßgaben sozusagen über den Haufen geworfen wird. Das ist es, was wir im Rahmen der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes einbringen, wo es um die nationale Umsetzung geht.

Zweitens müssen wir auch feststellen, dass wir noch mehr informieren und schulen müssen. Das wissen Sie, wie ich glaube, gerade im Hinblick auf ihre Kompetenz sehr gut. Wie sieht eigentlich die Zukunft aus, gerade wenn es um die Beratung geht? Wie steige ich von einem heutigen Gassystem auf ein Wärmepumpensystem um? Da werden noch viele Informationen und Qualifikationen gebraucht.

Das heißt, wir brauchen ein intensives, starkes Schulungs- und Qualifizierungsprogramm, um auf der hohen Kompetenz, die es in vielen Bereichen gibt, aufzubauen. Meines Erachtens sorgt sich das Handwerk zu Recht, das sagt: Wir haben hohe Kompetenz und Erfahrung z. B. beim Einbau von Gasbrennwertthermen oder Ölheizungen. Wir wissen, dass das morgen nicht mehr relevant ist. Wir müssen und werden durch eine intensive Maßnahme dafür sorgen, dass eine mindestens ebenso hohe Qualifikation, wie es sie in diesem Bereich gibt, in personeller Hinsicht auch für die Veränderung vorhanden ist.

Ohne Handwerk, ohne Qualifikation wird es nicht gehen. Deswegen muss in der Diskussion mit dem Bund klar sein: Wir können keine Lösung finden, wenn wir sie am Ende nicht mit einem gut aufgestellten Handwerk umsetzen können, sondern es geht nur gemeinsam mit Blick auf die Kompetenz. Aber ich bin mir sicher, dass gerade die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes uns als Landesbauministern, aber auch dem Bundesministerium die Chance eröffnet, das mit dem Handwerk sachlich zu diskutieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die dritte Zusatzfrage für die AfD stellt der Kollege Queckemeyer. Bitte schön!

#### Marcel Queckemeyer (AfD):

Vielen Dank. - Herr Minister Lies, wie wird denn mit den sogenannten ineffizienten Gebäuden, die sich nicht mehr sanieren lassen, umgegangen? Werden diese dann abgerissen, sodass der ohnehin schon bestehende Wohnraummangel dadurch noch verschärft wird?

(Beifall bei der AfD)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Kollege Queckemeyer, ich darf Sie darauf hinweisen, vor Beginn eines Redebeitrags das Präsidium zu adressieren. - Bitte schön, Herr Minister!

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

Sehr geehrter Herr Präsident!

(Heiterkeit - Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Genau so meinte ich das, vielen Dank.

(Heiterkeit)

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bleiben wir mal bei der Ist-Situation im Wohnungsbereich, die das ganz gut beschreibt. Wir führen eine intensive Diskussion darüber, wie wir mit dem Thema Neubau umgehen. Das ist allerdings - das muss uns klar sein - der geringere Teil dessen, was wir zukünftig an Wohnraum, um mal dieses Segment zu nennen, schaffen werden. Der Hauptbestandteil liegt im Bereich der Sanierung.

Deswegen brauchen wir Sanierungskonzepte, die dafür sorgen, dass wir nicht Gebäude abreißen und neu bauen, weil es da um graue Energie geht. Das darf man nicht unterschätzen. Klimaschutz ist nicht, ein altes Gebäude abzureißen und dafür das effizienteste neu zu bauen, sondern der beste Klimaschutz ist, dafür zu sorgen, bestehende Gebäude mit der grauen Energie, die darin steckt, effizient zu sanieren.

Ich bin mir ganz sicher - wir sehen das auch -, dass es gute und kluge Sanierungskonzepte gibt, die aber in der Vergangenheit oft nicht wirtschaftlich darstellbar waren. Das wird sich verändern, weil es einen Nachdruck gibt, entsprechende Gebäude zu sanieren.

Aber es wird nicht so sein, dass die Umsetzung des Gebäudeenergiegesetzes darin besteht, dass Gebäude in Massen abgerissen und neue Gebäude gebaut werden. Vielmehr ist die Aufgabe, die wir haben, gemeinsam mit Handwerk und Bauwirtschaft kluge Sanierungskonzepte zu entwickeln, sodass Bestandsgebäude morgen sanierte Bestandsgebäude sind.

Das ist der beste Weg, den wir zusammen für den Klimaschutz gehen können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die dritte Zusatzfrage für die CDU stellt der Kollege Dorendorf. Bitte schön!

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

#### **Uwe Dorendorf** (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebes Präsidium!

(Heiterkeit bei der AfD)

Da der vorgelegte Richtlinienvorschlag der EU die Spielräume der Mitgliedstaaten an verschiedenen Stellen bis hin zur Festlegung von Fahrradstellplätzen bei Neubauten erheblich einschränkt, frage ich die Landesregierung, was sie zum Erhalt der eigenen, nationalen, Handlungsspielräume plant.

(Beifall bei der CDU - Jörn Schepelmann [CDU]: Gute Frage!)

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Dorendorf, erstens stellen wir mit Blick auf die EU fest, dass das nicht nur für Deutschland eine ziemliche Herausforderung ist. Vielmehr glauben wir, dass wir für die gefühlt schlimmen und harten Vorgaben, die kommen werden, in einer Industrienation wie Deutschland noch die besten Lösungen finden werden. Insofern bin ich mir sicher, dass man - der EU-Rat hat ja auch eine andere Vorstellung als das Parlament geäußert - zusammen dazu kommen wird, was in vernünftigen Zeithorizonten wirklich umsetzbar ist.

Zweitens wird, ausgehend vom Ergebnis des Trilogs, am Ende die Umsetzung in nationales Recht erfolgen. Die Spielräume, die wir haben, haben wir in der Vergangenheit genutzt und werden wir auch jetzt nutzen. Was wir allerdings brauchen, ist eine Zukunft.

Sie haben es gerade angesprochen: Wenn heute im innerstädtischen Bereich - ich will jetzt gar nicht auf den ländlichen Bereich eingehen - neu gebaut wird, gibt es häufig das Problem, dass Parkraum geschaffen werden muss. Und Parkraum schaffen wir, indem wir Tiefgaragen und Stellplätze bauen, die einen unheimlichen Kostenaufwand mit sich bringen

und mit Blick auf die zukünftige Mobilität - darüber, wie sich die Fahrradmobilität entwickeln wird, haben wir gestern diskutiert - eigentlich gar nicht notwendig sind.

Deswegen macht es schon Sinn - um bei diesem Beispiel zu bleiben -, darüber nachzudenken, ob es nicht viel sinnvoller wäre, in Zukunft auf alternative Mobilitätsformen zu setzen. Mit einem E-Bike gehe ich nicht mehr die Treppe hoch, das stelle ich nicht mehr oben hin, dafür brauche ich gesicherte Abstellmöglichkeiten. Aber braucht man wirklich eine Tiefgarage für Autos, die Einzelne morgen vielleicht nicht mehr haben werden?

Insofern finde ich, dass in den Ideen, die von der EU-Kommission entwickelt wurden, kluge Ansätze stecken. Jetzt müssen wir in der nationalen Umsetzung dafür sorgen - und das werden wir auch tun -, dass sie am Ende kein Hindernis für die Realisierung sein wird, sondern dass sich das Sinnvolle, das ohnehin in unserem Zukunftskonzept steckt - wie stellen wir uns unser Land, unsere Gesellschaft in 20 Jahren vor? -, auch in der Umsetzung des Gebäudeenergiegesetzes wiederfindet.

Ich glaube aber, wie gesagt, dass da kluge Ansätze enthalten sind. Das Thema Fahrradstellplatz ist eigentlich eine kluge Lösung und, wie ich finde, gar kein Kritikpunkt.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die vierte Zusatzfrage für die AfD-Fraktion stellt der Kollege Jahn. Bitte schön!

#### Dennis Jahn (AfD):

Herr Vorsitzender! Herr Lies, können Sie sicher ausschließen, dass es in Niedersachsen zur Entziehung der Nutzungsrechte in Bezug auf Wohngebäude kommen wird?

(Beifall bei der AfD)

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das wäre ja Enteignung. Wer sich unser Recht ansieht, wird feststellen, dass das ein extrem schwerwiegender Eingriff ist.

Ihre Frage suggeriert ein Stück weit, dass der Staat dazu neigt und dass es, wenn die Kommission Vorgaben macht und wir sie dann umsetzen, am Ende darum geht: Wenn die Menschen nicht so wollen, wie wir wollen, dann nehmen wir ihnen ihr Eigentum weg. - Das wird in unserem Land nicht passieren! Wir werden mit den Menschen in unserem Land Lösungen und Modelle für Klimaschutz erarbeiten und nicht gegen die Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die vierte Zusatzfrage für die CDU-Fraktion stellt der Kollege Frölich. Bitte schön!

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

# Christian Frölich (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, mit Blick auf die geplanten Zertifizierungsmöglichkeiten für klar definierte Arbeiten wie beispielsweise die Installation einer Heizungsanlage zum Ausgleich des Fachkräftemangels frage ich die Landesregierung, wie sie sicherstellen will, dass unsere bewährte ganzheitliche, umfassende, duale Ausbildung in Deutschland trotzdem erhalten bleibt.

(Beifall bei der CDU - Jörn Schepelmann [CDU]: Sehr gut!)

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

Sehr geehrter Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Frölich, eine solche Form der Zertifizierung lehne ich ab. Ich halte es für völlig falsch, zu glauben, man könne einzelne Aufgaben - das ist ja die Idee dahinter - wie den Austausch einer Heizungsanlage sozusagen selektieren, sie als einzelne Aufgabe wahrnehmen und damit mehr Geschwindigkeit erreichen.

Wir brauchen immer den ganzheitlichen Ansatz einer kompetenten Ausbildung, die ja unser duales Ausbildungssystem auszeichnet, weil - und das zeigt sich gerade - es keinen Sinn macht, nur eine Anlage auszutauschen. Man muss die gesamte Gebäudesituation betrachten, man muss beispielsweise auch die Heizkörper betrachten. Da ist es allein mit einer Zertifizierung nicht getan. Aus meiner Sicht ist das vielleicht der Versuch der Industrie, die Aufgaben zu übernehmen, die ins Handwerk gehören. Ich kann dazu nur sagen: Wir stehen ja nicht nur an der Seite des Handwerks - wir gehen hier gemeinsam mit dem Handwerk voran.

Die Qualifikation bedarf einer qualifizierten Ausbildung. Diese hat man im Handwerk, und das muss Voraussetzung für diese Arbeiten sein.

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Minister. - Für eine fünfte Zusatzfrage für die CDU-Fraktion hat sich ebenfalls Herr Kollege Frölich gemeldet. Bitte schön!

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

# Christian Frölich (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, mit welchen Vorschlägen will sich die Landesregierung an der Erstellung des Gebäuderenovierungsplanes mit nationalen Zielen - vorzulegen bis zum 30. Juni 2026 - beim Bund einbringen? Wir warten ja anscheinend auf den Bund - so haben Sie es gesagt -: Wie bringen Sie sich da ein?

(Beifall bei der CDU)

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Frölich, wir warten nicht auf den Bund, aber wir bewerten auch keine Vorschläge, die der Bund uns noch nicht vorgelegt hat. Das macht, glaube ich, keinen Sinn. Es findet eine Debatte auf europäischer Ebene statt. Nach dem Trilog erfolgt die Umsetzung im Gebäudeenergiegesetz. Wir diskutieren darüber, was hier auf uns zukommt. Nichtsdestoweniger diskutieren wir schon jetzt mit dem Bund darüber, wie Lösungen aussehen können.

Durchaus kritisch ist in diesem Zusammenhang die Frage, wie schnell man bestimmte Maßnahmen ergreifen kann. Ich finde, daran merkt man, wie schwierig es ist. Das Ziel, dass man morgen keine Heizungsanlagen mehr einbaut, die ausschließlich auf fossiler Energie basieren, ist doch absolut richtig. Insofern ist auch die Entscheidung der Bundesregierung nachvollziehbar, zu sagen: Wir brauchen schon ab dem 1. Januar 2024 eine solche Lösung mit einer 65 %-Vorgabe.

Zweitens gehört zur Wahrheit aber auch die Frage: Gibt es das Material und die Voraussetzungen dafür, oder sorgt man nicht für das Gegenteil? Gerade, weil die Energiepreise wieder sinken - das darf man nicht unterschätzen -, warten viele, die sich überlegt haben, umzurüsten, nun vielleicht lieber noch ein bisschen. Betreiben sie nicht möglicherweise ihre alte Heizungsanlage länger, als sie es sonst machen würden, oder stellen sie kurzfristig noch

schnell auf eine neue fossile Heizung um? Dies gilt es, in der Zukunft zu diskutieren. Welche Maßnahmen entsprechen dem Ziel, Gebäudeenergieeffizienz auf den richtigen Weg zu bringen?

Ein weiterer Aspekt, den wir dabei diskutieren müssen: Wie kann man über den CO<sub>2</sub>-Ansatz dazu kommen, dass man nicht nur das Gebäude, die Gebäudehülle und den Energiebedarf betrachtet, sondern auch fragt, wo zukünftig die Wärmemengen herkommen? Deshalb steht nun im Klimagesetz: Wir brauchen kommunale Wärmepläne, damit die Wärme ins System integriert werden kann.

Ich glaube, wir machen einen Fehler, wenn wir feststellen, dass es nur eine Lösung gibt. Ich bin vielmehr überzeugt davon, dass wir für die Energieeffizienz von Gebäuden - hinsichtlich der Wärmeversorgung, für den Rest kennen wir die Diskussion - unterschiedliche Lösungen, je nachdem, wie sich die regionale Situation darstellt, finden können.

Vor allen Dingen müssen wir wegkommen von dieser Betrachtung einzelner Wohnungen und Gebäude, hin zu einer viel stärkeren Quartiersbetrachtung. Dies bringen wir in das Konzept mit ein. Ich hoffe, dass wir am Ende gemeinsam mit den Ländern und dem Bund Lösungen finden, die wirklich praktikabel und umsetzbar sind, die vom Handwerk zu realisieren sind und die die Menschen in unserem Land vielleicht fordern, aber nicht überfordern. Das muss unser Anspruch sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Minister.

Weitere Wortmeldungen für Zusatzfragen zu dem Tagesordnungspunkt 12a liegen mir nicht vor, den ich damit schließe.

Ich rufe auf

b) Aus- und Fortbildungslehrgänge an den Akademiestandorten des Niedersächsischen Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz - Anfrage der Fraktion der CDU - <u>Drs. 19/595</u>

Die Anfrage wird eingebracht durch den Kollegen Alexander Wille von der CDU-Fraktion. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

# Alexander Wille (CDU):

Sehr verehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Das Niedersächsische Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz – kurz: NLBK - ist die zentrale Aus- und Fortbildungseinrichtung für die gesamte Feuerwehr sowie für den Katastrophenschutz in Niedersachsen. Lehrgänge werden an den Standorten Celle, Celle-Scheuen sowie Loy angeboten.

Im Bericht des Ministeriums für Inneres und Sport für den Brand- und Katastrophenschutz 2021 lobt der damalige Innenminister Pistorius im Vorwort die Gründung des NLBK: "Damit sind bundesweit einzigartig die Aufsichts- und Verwaltungsaufgaben mit der Aus- und Fortbildung im Brand- und Katastrophenschutz in einer Behörde zusammengeführt."

Auf Seite 33 des Jahresberichts wird weiter ausgeführt, dass vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie das digitale Lehrangebot deutlich ausgeweitet wurde. Im Jahr 2021 wurden demnach insgesamt 116 digitale Lehrveranstaltungen angeboten mit einer geplanten Teilnehmerzahl von 1 986. Tatsächlich nahmen an den Veranstaltungen 1 580 Personen teil.

Wir fragen die Landesregierung:

- 1. Wie viele digitale Lehrveranstaltungen hat das NLBK im Jahr 2022 an welchen Standorten und mit welchen Teilnehmerzahlen geplante und reale Teilnehmerzahlen angeboten?
- 2. Wie viele Lehrveranstaltungen in Präsenz hat das NLBK in den Jahren 2021 und 2022 an welchen Standorten mit welchen Teilnehmerzahlen geplante und reale Teilnehmerzahlen angeboten?
- 3. Sind nach Einschätzung der Innenministerin die Aus- und Fortbildungsangebote des NLBK für die mehr als 132 000 größtenteils ehrenamtlichen Feuerwehrmitglieder und für die über 15 000 Helferinnen und Helfer aus den verschiedenen Hilfsorganisationen ausreichend?

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Wille. - Für die Landesregierung antwortet Frau Ministerin Behrens. Bitte schön!

**Daniela Behrens**, Ministerin für Inneres und Sport: Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Errichtung des Niedersächsischen Landesamtes für Brandund Katastrophenschutz – kurz: NLBK - ist eine Erfolgsgeschichte, auch wenn dieses junge Amt erst zwei Jahre alt ist. Es war eine notwendige Maßnahme, um die haupt- und ehrenamtlichen Strukturen im Brand- und Katastrophenschutz zu unterstützen und zu professionalisieren. Wir nehmen im Bundesländervergleich dort eine Vorbildrolle ein; das wissen Sie. Andere Bundesländer nehmen sich inzwischen an uns ein Beispiel und entwickeln ihre Strukturen in ähnlicher Weise weiter. Ich finde, es ist ein gutes Zeichen für ein solches Landesamt, wenn man in einen solchen Reformprozess eingestiegen ist.

Wie dringend wir unsere haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräfte im Rettungsdienst, in den Feuerwehren und im Katastrophen- und Zivilschutz brauchen, haben uns die Ereignisse der vergangenen Jahre deutlich vor Augen geführt. Der Moorbrand in Meppen, das Hochwasser in Südniedersachsen, die katastrophalen Hochwasserereignisse in NRW und Rheinland-Pfalz, der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Putins auf die Ukraine und ganz aktuell das furchtbare Erdbeben in der Türkei mit Zehntausenden von Toten zeigen, dass das sehr wichtig war.

Dazu kommen noch die Herausforderungen des Alltages im Brand- und Katastrophenschutz. Deshalb ist es wichtig, dass wir dort gut aufgestellt sind, um Haupt- und Ehrenamt gut zu unterstützen. Dank des großen Engagements unserer Rettungsdienstdienste, unserer Hilfsorganisationen und unserer Feuerwehrfrauen und -männer sind wir in der Lage, als Land in solchen Krisen- und Katastrophenfällen schnell und wirksam Hilfe zu leisten - und das auch, weil wir professionell aufgestellt sind. Wir haben aus den Katastrophen der vergangenen Jahre gelernt und, wie gesagt, die Strukturen im Brand- und Katastrophenschutz entsprechend angepasst.

Das NLBK ist in Niedersachsen der operative Drehund Angelpunkt für die Vorbereitung und Ausbildung in Bezug auf Schadensereignisse und Katastrophen jeglicher Art. Zentrale Aufgabe des NLBK ist die Aus- und Fortbildung für Feuerwehrfrauen und -männer und für Einsatzkräfte des Katastrophenschutzes, insbesondere die Qualifizierung der Führungskräfte. Hier hat sich insbesondere aufgrund der Beschränkungen durch die Corona-Pandemie in den vergangenen Jahren ein Stau bei den Lehrgängen gebildet. Gleichzeitig ist der Ausbildungsbedarf in der Fläche Niedersachsens weiter gestiegen, sodass die aktuellen Kapazitäten vor dem Hintergrund der bestehenden Anforderungen nicht ausreichend sind. Mit der Koalitionsvereinbarung vom Herbst 2022 wird diesem Umstand Rechnung getragen. Die Landesregierung hat darin vereinbart, den Ausbau des Technik- und Trainingszentrums an den Standorten in Celle und Loy konsequent fortzusetzen, die notwendigen Investitionsmittel und das erforderliche Personal zur Verfügung zu stellen und damit die Ausbildungskapazitäten weiter zu erhöhen. Das werden wir auch realisieren; wir haben es prioritär auf der Agenda.

Um kurzfristig Abhilfe zu schaffen, werden wir das digitale Lehrangebot ausweiten und zusätzliches Lehrpersonal einstellen. Darüber hinaus führen wir Gespräche mit dem Landesfeuerwehrverband und den kommunalen Spitzenverbänden, ob einzelne Lehrgänge aus dem Angebot des NLBK entnommen und anderweitig angeboten werden können. Dies betrifft z. B. den Truppführer-Lehrgang, der bei allen Beteiligten erhebliche Kapazitäten bindet.

Diese Lehrgänge stellen derzeit ca. 30 % des jährlichen Lehrgangsbedarfs der niedersächsischen Feuerwehren dar und werden mehrheitlich derzeit am NLBK durchgeführt.

Unser Ziel ist hier, eine einvernehmliche Lösung mit dem Landesfeuerwehrverband und den kommunalen Spitzenverbänden zu erzielen, wie wir die Truppführerqualifikation zukünftig auf kommunaler Ebene umsetzen können. Auch zu weiteren Ansätzen, um den Ausbildungsbedarfen gerecht zu werden und die Ausbildung insgesamt ehrenamtsfreundlicher und digitaler auszurichten, führen wir Gespräche mit den Verbänden und den Kommunen. Ich nehme diese Gespräche als sehr intensiv, sehr konstruktiv und sehr an der Sache orientiert wahr.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu 1: In den vergangenen Jahren haben wir massive Anstrengungen in die Bereitstellung und Etablierung digitaler Ausbildungsformate gelegt. Im Ausbildungsjahr 2022 wurden insgesamt 38 digitale Lehrgänge mit geplant 650 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch das NLBK angeboten. An diesen Lehrgängen haben insgesamt 599 Feuerwehrfrauen und -männer sowie Einsatzkräfte des Katastrophenschutzes teilgenommen.

Die Standorte können hier nicht angegeben werden, da es sich um digitale Lehrgänge handelt und die Teilnehmenden frei in der Wahl des Lernortes sind. Die Lernbegleitung, also das Lehrpersonal

und die dahinterliegenden digitalen Lehrgänge, erfolgten dabei in der Regel aus Celle.

Insgesamt wurden im Jahr 2022 56 000 Lehrgangsteilnehmendentage (LTT) angeboten und wahrgenommen. Digital wurden im Jahr 2022 2 660 LTT geleistet, in Präsenz fanden 53 340 LTT am NLBK statt.

Zu 2: Das NLBK hat in seinem Gründungsjahr 2021 unter Berücksichtigung der Vorgaben der jeweils geltenden Corona-Verordnung 172 Präsenzveranstaltungen zur Ausbildung durchgeführt. Davon entfielen 84 Präsenzveranstaltungen auf den Standort in Celle und 88 auf den Standort Loy. Damit standen geplant für insgesamt 3 397 Teilnehmende Plätze zur Verfügung. Von diesem Angebot wurden tatsächlich 3 343 Plätze wahrgenommen.

Insgesamt haben im Jahr 2021 aufgrund der Corona-Einschränkungen 43 000 LTT stattgefunden. Das entspricht ungefähr einer Bedarfsabdeckung von 37 %.

2022 konnte der Ausbildungsbetrieb nach der Corona-bedingten Pause wieder regulär aufgenommen werden. Im Ausbildungsjahr 2022 wurden insgesamt 567 Veranstaltungen zur Aus- und Fortbildung von Feuerwehrfrauen und -männern sowie von Einsatzkräften des Katastrophenschutzes in Präsenz durchgeführt. Davon entfielen 344 Präsenzveranstaltungen auf den Standort in Celle und 185 auf den Standort Loy. Zusätzlich wurden 38 digitale Veranstaltungen angeboten. Damit standen ungefähr für 13 392 Teilnehmende Plätze zur Verfügung. Von diesem Angebot wurden 10 423 Plätze wahrgenommen. Daneben wurden in vertraglicher Kooperation mit dem NLBK durch die niedersächsischen Kommunen an über 20 Ausbildungsstandorten sogenannte dezentrale Lernorte betrieben, die im Ausbildungsjahr 2022 über 6 000 LTT angeboten haben.

Insgesamt wurden im Jahr 2022 also 56 000 LTT verzeichnet, und damit 13 000 LTT mehr als im Vorjahr.

Zu 3: Die Kapazitätsauslegung für den Lehrgangsbetrieb des heutigen NLBK erfolgt in Abstimmung mit den Verbänden und unter Zugrundelegung der Bedarfszahlen aus dem Jahr 2015. Damit ging auch die Ausrichtung des mehrjährigen Bauprojektes für den Lehrgangsbetrieb am NLBK mit dem Perspektivprogramm 2025 einher. Gut 70 000 LTT waren daraufhin das Ziel.

Wie eingangs erwähnt, hat sich durch die Pandemie das Leben in den vergangenen Jahren sehr verändert und viele Abläufe zunächst unmöglich gemacht. Dadurch gibt es nachvollziehbarerweise - das wird Sie nicht überraschen - einen erheblichen Stau in der Ausbildung. Wir arbeiten sehr intensiv, um ihn schnellstmöglich abzubauen, aber da werden wir Geduld brauchen.

Wir bauen, um dem Fort- und Ausbildungsbedarf gerecht zu werden, die digitalen Angebote aus, stellen zusätzliches Personal ein und führen Gespräche, um insbesondere die Truppführerlehrgänge in die Fläche zu verlagern. Wir nutzen die Situation des Staus auch, um noch einmal zu überlegen, ob wir in den Ausbildungsangeboten modern und innovativ aufgestellt sind und ob wir an der einen oder anderen Stelle nacharbeiten müssen. Das machen wir in sehr enger und guter Abstimmung mit dem Landesfeuerwehrverband; denn, wenn wir Not haben, was gerade das Thema Ausbildungskapazitäten betrifft, dann ist es auch gut zu prüfen, ob wir zu den Themen ausbilden, die Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner in der Fläche auch brauchen.

Derzeit, meine Damen und Herren, können Sie davon ausgehen, dass wir alle Möglichkeiten nutzen, um mehr Kapazität zu schaffen und die vorhandenen Kapazitäten sinnvoll für alle Beteiligten einzusetzen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Es ist hier im Saal ein leichtes Grundmurmeln zu hören. Wenn Sie den Wunsch nach einem Gespräch verspüren, würde ich Sie bitten, das entweder einzustellen oder nach draußen zu verlagern.

Für die erste Zusatzfrage hat sich der Kollege Wille für die CDU-Fraktion gemeldet.

## Alexander Wille (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Ministerin, ganz herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Zunächst einmal meine Zusatzfrage. Nach Gesprächen mit dem Landesfeuerwehrverband soll es im Jahr 2022 mit insgesamt rund 60 000 Teilnehmertagen im NLBK ein historisches Tief im Gesamtangebot der Ausbildung gegeben haben. Ich frage: Teilt die Landesregierung diese

Einschätzung, und wie will die Landesregierung dafür sorgen, wieder eine ausreichende Anzahl an Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten anzubieten?

(Beifall bei der CDU)

Daniela Behrens, Ministerin für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Lieber Abgeordneter! Die klugen Menschen, die mich im Hintergrund beraten, sagen, das Tief, was wir hatten, war nicht 2022, sondern 2021. 2022 waren wir schon wieder im Aufstieg der Ausbildungszahlen. Ich habe Ihnen auch eben die Zahlen vorgetragen. Wir haben einen Stau - ich denke, das ist völlig unstrittig -, und wir arbeiten sehr hart daran, ihn abzubauen. 2022 hatten wir schon wieder mehr Ausbildungskapazitäten als 2021, aber haben erst 47 % der Bedarfe abgedeckt. Daran sehen Sie, welche Lücke wir haben. Wir werden nach der Corona-Pandemie ein wenig Zeit brauchen, um diese Lücken zu schließen, und deswegen benötigen wir auch digitale und moderne Ausbildungskapazitäten, und vor allem Kapazitäten in den Kommunen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die erste Zusatzfrage für die Fraktion der AfD stellt der Kollege Bothe. Bitte schön!

# Stephan Bothe (AfD):

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin! In der NWZ kritisierte der Kreisbrandmeister aus Cuxhaven das Land und sagte, dass dieses zu wenig für die Ausbildung von Feuerwehrleuten tue. Er sprach davon, dass nur 30 % der angeforderten Lehrgänge überhaupt stattfänden oder von den Kreisfeuerwehren angeboten würden. Die Problematik sei, dass es zu wenig Ausbilder gebe.

Vor diesem Hintergrund frage ich Sie, Frau Ministerin: Wie möchten Sie kurzfristig das Ausbilderproblem an den niedersächsischen Feuerwehrschulen lösen, und welche Pläne haben Sie hier?

(Beifall bei der AfD)

Daniela Behrens, Ministerin für Inneres und Sport: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wie ich Ihnen eben dargestellt habe, sind wir bereits dabei, die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen. Wir werden vor allen Dingen im Zusammenspiel mit dem Landesfeuerwehrverband, mit dem wir uns sowohl auf Fach- als auch auf Ministerebene regelmäßig austauschen, und den Kommunen mehr Angebote in den Kommunen vor Ort unterbreiten. Wir werden digitale Lehrgänge anbieten, wir werden uns in diesem Jahr noch weiter mit Personal verstärken, und wir werden auch den Kommunen anbieten, Lehrgänge durchzuführen, für die wir die Kosten tragen.

Wir haben bereits ein großes Maßnahmenprogramm aufgelegt.

(Ulrich Watermann [SPD]: Herr Hilbers war da der Bremser!)

Das machen wir in enger Zusammenarbeit mit den Feuerwehren.

Dass wir in den zwei Jahren mit den Corona-bedingten Möglichkeiten nicht so viel ausbilden konnten, wie wir wollten, liegt doch angesichts der Hygieneund Abstandsmaßnahmen auf der Hand. Aber wir sind in guten Gesprächen mit der Feuerwehr und haben viele Maßnahmen bereits in die Wege geleitet, um den Stau abzubauen. Ich bin, wenn ich mir die Zahlen anschaue, ganz optimistisch, dass uns das gelingt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die zweite Zusatzfrage für die CDU-Fraktion stellt der Kollege Wille. Bitte schön!

#### Alexander Wille (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, vor dem Hintergrund des deutlichen Mangels an Ausbildungskapazitäten stelle ich die Frage: Wie werden die Bedarfsmeldungen der Kommunen ausgewertet? Nach welchen Kriterien werden die Lehrgänge auf die Kommunen, die Bedarf angemeldet haben, verteilt?

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Bitte schön, Frau Ministerin!

**Daniela Behrens**, Ministerin für Inneres und Sport: Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrter Herr Abgeordneter, die Landkreise und kreisfreien

Städte melden ihre Bedarfe bei uns an. Das geht in

die Planung des NLBK und auch in die weitere Fortbildungsplanung ein. Dann werden die zur Verfügung stehenden Ressourcen und Kapazitäten nach einem feststehenden Schlüssel, der sowohl mit den Kommunen als auch mit dem Landesfeuerwehrverband vereinbart ist, verteilt, sodass wir den Feuerwehren in allen Landkreisen die Möglichkeit geben, an unseren Ausbildungs- und Fortbildungskapazitäten zu partizipieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die zweite Zusatzfrage für die AfD-Fraktion stellt der Kollege Moriße. Bitte schön!

# Thorsten Moriße (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Vorab, Frau Ministerpräsidentin - - -

(Zuruf von der AfD: So weit ist sie noch nicht! - Carina Hermann [CDU]: So schnell geht das, Herr Weil!)

- Oh, Entschuldigung! Frau Ministerin Behrens, sorry!

(Heiterkeit und Unruhe)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Kollege Moriße, einen ganz kleinen Moment bitte! Ich möchte Ihnen zumindest den Hinweis geben, dass eine Einleitung mit dem Wort "vorab" den Schluss zulassen könnte, dass Sie eine Vorabbemerkung machen wollen, die nach unserer Geschäftsordnung nicht zulässig ist. Vielleicht könnten Sie mit der Formulierung "vor dem Hintergrund" einleiten.

(Heiterkeit bei der CDU)

# Thorsten Moriße (AfD):

Ja. - Als ehemaliges langjähriges Feuerwehrmitglied der freiwilligen Feuerwehr rate ich von digitalen Ausbildungen ab. Die Praxis ist die beste Ausbildung.

Aber nun die Frage: Wird am Ausbildungsstandort Loy mittlerweile eine Spezialausbildung zur Bekämpfung von Bränden an LNG-Terminals angeboten?

(Beifall bei der AfD)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Frau Ministerin!

Daniela Behrens, Ministerin für Inneres und Sport: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter, das ist in der Tat eine wichtige Frage. Wir planen, die Ausbildung in einer eigenen Einrichtung in Wilhelmshaven anzubieten.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die dritte Zusatzfrage für die CDU-Fraktion stellt der Kollege Wille.

#### Alexander Wille (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Frau Ministerin, in der jüngeren Vergangenheit sollen etliche Ausbilderinnen und Ausbilder den Arbeitgeber NLBK verlassen haben. Ist diese Tatsache der Landesregierung bekannt? Wenn ja, mit welchen konkreten Maßnahmen und zu welchem Zeitpunkt will die Landesregierung dem Abgang von Ausbilderinnen und Ausbildern entgegenwirken, um den Ausbildungsbetrieb wieder verlässlich und bedarfsgerecht sicherstellen zu können?

(Beifall bei der CDU)

**Daniela Behrens**, Ministerin für Inneres und Sport: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter, erst einmal können Sie davon ausgehen, dass - - -

# Vizepräsident Jens Nacke:

Einen kleinen Moment, Frau Präsidentin!

(Zuruf von der SPD: "Frau Präsidentin"?)

- Entschuldigung, Frau Ministerin! - Wir haben uns hier Zeit für eine kurze Beratung aufgrund des Hinweises genommen, dass es zwei Fragen gewesen sein könnten; denn vorab wurde eine Ja-Nein-Frage gestellt. Wir wollen aber großzügig sein und betrachten das als eine Frage, die Sie jetzt bitte beantworten.

Bitte schön, Frau Ministerin!

**Daniela Behrens**, Ministerin für Inneres und Sport: Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrter Herr Abgeordneter, Sie können davon ausgehen, dass wir im Innenministerium natürlich wissen, was beim NLBK los ist, da wir ein großes Interesse an ihm haben und wissen, wie bedeutsam und wie wichtig die Aus- und Fortbildung unserer Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner ist. Deswegen wissen wir um die Situation der personellen Ressourcen.

In der Tat haben uns in den vergangenen Monaten Ausbilder und Ausbilderinnen verlassen. Wir haben aber auch neue dazubekommen. Wir bilden auch selber aus. Wir sind wie alle anderen Einrichtungen und Organisationen mit der Fachkräfte- und Arbeitskräfteproblematik befasst, die Sie aus anderen Bereichen kennen. Aber wir wissen natürlich, dass die Qualität und die Kapazität der Ausbildung davon abhängen, dass wir gute Menschen in der Lehre haben. Daher haben wir darauf ein großes Augenmerk.

(Beifall bei der SPD)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die dritte Zusatzfrage für die AfD-Fraktion stellt der Kollege Bothe. Bitte schön!

#### Stephan Bothe (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin, vor dem Hintergrund, dass Sie eben darüber sprachen, dass Ausbildungskapazitäten aufgrund der Corona-Verordnung des Landes Niedersachsen reduziert wurden - aufgrund der Hygieneverordnung -, frage ich Sie, warum Sie als zuständige Gesundheitsministerin hier keine Sondergenehmigungen erteilt haben - wie Sie sie den Parteien im Wahlkampf gegeben haben -, um den Brandschutz und die Ausbildung in Niedersachsen zu gewährleisten.

(Beifall bei der AfD)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Bitte schön, Frau Ministerin!

Daniela Behrens, Ministerin für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich habe die Hoffnung aufgegeben, sehr geehrter Herr Abgeordneter Bothe, dass Sie die Bedeutung der Corona-Pandemie verstehen

(Starker Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der CDU)

und dass Sie verstehen, wie eine Infektion und eine Pandemie funktionieren.

Lassen Sie es sich noch einmal von mir gesagt sein: Ein Virus unterscheidet nicht zwischen Feuerwehrfrauen/Feuerwehrmännern und anderen Menschen. Um Menschen zu schützen, waren Hygiene und Abstand gerade in der Phase wichtig, in der wir wenig Impfstoff hatten und noch nicht alle geimpft waren.

(Zuruf von Stephan Bothe [AfD])

Die Abstandsregelungen, Herr Bothe, brachten es mit sich, dass sich weniger Menschen in einem Raum aufhalten durften; das ist eigentlich ziemlich logisch.

(Stephan Bothe [AfD]: Warum haben Sie es dann den Parteien erlaubt?)

Und das führte dazu, dass wir weniger Ausbildungskapazitäten in Präsenz hatten. Deswegen setzten wir im Bereich der Aus- und Fortbildung von Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmännern verstärkt auf die Digitalisierung - wie übrigens überall, wo es um Bildung ging.

(Zurufe von der AfD)

- Aber Sie wollen das nicht verstehen. Sie wollen das nicht sehen. Und ich glaube, ich kann das nicht mehr verändern.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Ministerin.

Ich darf darum bitten, während der Beantwortung möglichst keine Diskussionen zwischen den Fraktionen zu führen.

Die vierte Frage für die CDU-Fraktion stellt der Kollege Wille. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

# Alexander Wille (CDU):

Herr Präsident, zunächst bedanke ich mich sehr herzlich für den Hinweis zur Geschäftsordnung und für die mir entgegengebrachte Großzügigkeit. Ich will das zukünftig besser machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Frau Ministerin, von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Ausbildungslehrgängen im NLBK wird wiederholt berichtet, dass Gerätschaften in der Ausbildung eingesetzt werden, die nicht einer fortlaufenden sicherheitstechnischen Überprüfung unterzogen wurden.

Mit welchen Maßnahmen und zu welchem Zeitpunkt will die Landesregierung diesen Missstand beseitigen?

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsident Jens Nacke:

Bitte schön, Frau Ministerin!

Daniela Behrens, Ministerin für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter, aus berufenem Munde habe ich vernommen, dass in bestimmten Bereichen keine TÜV-Plaketten notwendig waren und in anderen Bereichen die Überprüfung inzwischen nachgeholt wurde. Die Gerätschaften und die Technik, mit denen wir arbeiten, sind natürlich mit den notwendigen Zertifizierungen ausgestattet. Es gab da wohl eine Lücke, aber das ist jetzt abgestellt.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die fünfte Zusatzfrage für die CDU-Fraktion stellt der Kollege Uhlen. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

# Thomas Uhlen (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund, dass beispielsweise in meiner Heimatgemeinde Bad Essen bei 27 Anmeldungen zu Truppführerlehrgängen drei zugeteilt worden sind, frage ich die Landesregierung: Wie hat das NLBK den Lehrgangsbedarf für das Jahr 2023 bei den Kommunen ermittelt - Bedarfsabfrage -, und wenn nicht, warum nicht?

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Das war jetzt etwas gemein, Herr Kollege.

(Heiterkeit - Jörn Schepelmann [CDU]: Nein, das war gut!)

Ich bitte, darauf zu achten, dass nicht zwei Fragen gestellt werden. In diesem Fall wäre auch eine weitere Zusatzfrage nicht möglich gewesen.

Bitte schön, Frau Ministerin! Sie haben das Wort.

Daniela Behrens, Ministerin für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Abgeordneter, ich kann Sie gut verstehen. Das, was Sie bewegt, bewegt uns alle.

Wir brauchen gute Kapazitäten für die Ausbildung unserer Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner, und wir haben eine Bugwelle vor uns, die uns die letzten beiden Jahre beschert haben. Deswegen müssen wir viele Anstrengungen unternehmen, um diese Bugwelle abzuarbeiten, und wir müssen auch in der Fläche um Geduld bitten, da wir derzeit nur die Kapazitäten organisieren können, für die wir genügend Ausbildungskapazitäten haben. Aber wir haben gute Konzepte. Diese habe ich Ihnen vorgetragen.

Das Verfahren - das war ja die Frage - ist für das Jahr 2023 so wie in den Vorjahren auch durchgeführt worden. Wir fragen die Bedarfe in der Fläche ab. Sie werden zusammengetragen, und dann wird anhand der Kapazitäten, die zur Verfügung stehen, und der Möglichkeiten, die wir vor Ort haben, über das quotierte System verteilt. Wenn es an der einen oder anderen Stelle oder bis zum letzten Ort zu wenig war, können wir gern im Nachgang noch einmal darüber sprechen. Aber wir haben keine Veränderungen am System vorgenommen, sondern wir sammeln die Bedarfe, preisen sie ein und versuchen, sie so weit wie möglich zu decken.

Sie haben den Zahlen, die ich Ihnen vorgetragen habe, entnommen, dass wir aufgrund der bestehenden Situation z. B. im Jahr 2022 nur 47 % des Bedarfs decken konnten. Das baut sich natürlich noch ein bisschen auf. Aber wir sind in wirklich guten Gesprächen mit dem Landesfeuerwehrverband und auch mit den kommunalen Spitzenverbänden.

Ich kann nur alle um Geduld bitten. Sie können mir abnehmen, dass das für uns eine hohe Priorität hat und dass wir intensiv daran arbeiten, den Bedarf durch innovative, moderne Konzepte schnell zu decken. Denn wir haben ein großes Interesse daran, dass die Feuerwehr vor Ort gut arbeiten kann. Wir wissen um die Bedeutung der Feuerwehr.

Ich bin passives Fördermitglied. Auch meine Feuerwehrleute sprechen mit mir. Sie können sich also darauf verlassen, dass mein Haus ein Auge darauf hat.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Ministerin.

Weitere Wortmeldungen zu Zusatzfragen liegen mir nicht vor. Ich schließe den Tagesordnungspunkt. Die Behandlung der Dringlichen Anfragen ist damit beendet.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 13:

Erste Beratung:

Illegale Migration eindämmen - Rückführungszentren einrichten, Rechts- und Sozialstaat schützen! - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/531

Der Antrag wird für die AfD-Fraktion vom Kollegen Bothe eingebracht. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

### Stephan Bothe (AfD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Kollegen! Ibrahim A., der Messermörder von Brokstedt, kam im Jahr 2015 als angeblicher Flüchtling nach Deutschland. Kaum hier, beging er Diebstähle, handelte mit Drogen, war gewalttätig und wurde in 20 Ermittlungsverfahren als Beschuldigter geführt, u. a. wegen gefährlicher Körperverletzung und wegen des Verdachts auf Vergewaltigung mithilfe von K.-o.-Tropfen. Bis wenige Tage vor den Morden in Brokstedt saß er in Untersuchungshaft, weil er mit einem Messer mehrfach auf einen Mann eingestochen hatte.

Der Staat zeigte sich von alldem unbeeindruckt und tat nichts. Die Toten und Verletzten von Brokstedt sind daher Zeichen eines verheerenden Staatsversagens, wie es deutlicher kaum zum Ausdruck gebracht werden kann.

Dabei kann man sich auch nicht herausreden, wie es die Frau Ministerin im Ausschuss tat, indem sie als Begründung für das Gewähren-Lassen solcher tickenden Zeitbomben auf Recht und Gesetz verwies. Nein, Frau Ministerin, solche Menschen haben hier in diesem Land nichts verloren und gehören abgeschoben. Dass dies nicht passiert, zeigt die ganze Misere.

(Beifall bei der AfD)

Hinzu kommt, dass die Asylproblematik die Kommunen aktuell dramatisch überfordert. Sie besitzen

strukturell keine Aufnahmekapazität mehr. Die Haltungs- und Infrastrukturkosten sind nicht mehr zu stemmen und lassen sie in hohe Verschuldungen rutschen. Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, sagte dazu, viele Städte und Gemeinden seien bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Vertriebenen längst an ihrer Leistungsgrenze. Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager, schlug in dieselbe Kerbe. Er sagte, die Situation vor Ort sei nicht einfach; dies stelle auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt infrage. - Von den soziologischen Folgen gar nicht zu sprechen!

Das Land steht hier in der Pflicht; denn es gibt schlichtweg keinen Wohnraum mehr. Speziell junge Familien finde keine bezahlbaren Wohnungen, weil fortlaufend Asylbewerber unterzubringen sind. Nicht ohne Grund haben Kommunalpolitiker - verantwortungsbewusste Kommunalpolitiker - Kanzler Scholz in einem Brandbrief aufgefordert, in der Migrationsund Flüchtlingspolitik tätig zu werden.

Und selbst die EU-Migrationsagenda empfiehlt Maßnahmen zur verstärkten Abschiebung von nicht Schutzberechtigten, um die Glaubwürdigkeit der europäischen Asyl- und Migrationspolitik in den Augen der EU-Bürger nicht weiter zu beschädigen. Also fordert selbst die EU, dass Personen ohne Bleibeperspektive endlich schnellstmöglich abgeschoben werden.

Entsprechende Forderungen werden auch von Regierungsmitgliedern in Bund und Land immer wieder in den Raum geworfen, Arbeitsgruppen werden gebildet; aber am Ende passiert außer wohlfeilen Lippenbekenntnissen nichts.

Werfen wir einmal einen Blick auf die Abschiebungen in Niedersachsen. Hier halten sich derzeit knapp 28 000 Ausländer auf, deren Asylantrag abgelehnt wurde. Nach Abzug der sogenannten Duldungen, welche nicht selten eine massenhafte Scheinlegalisierung von illegalen Aufenthalten ist, gibt es derzeit noch 4 700 vollziehbar Ausreisepflichtige im Land. Diese blockieren Unterbringungsplätze für tatsächlich hilfsbedürftige Menschen. Von den 2 350 im letzten Jahr geplanten Abschiebungen fanden gerade einmal 778 statt. 1 500 Abschiebungen konnten nicht durchgeführt werden, 705-mal wurde die Abschiebung bereits im Vorfeld storniert, sodass sie erst gar nicht versucht wurde. Das ist ein Armutszeugnis, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Warum ist das so? - Es ist so, weil schlicht und ergreifend der politische Wille fehlt, den Rechtsstaat an dieser Stelle durchzusetzen. Dass diese Leute auch weiter voll alimentiert werden, ist kein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern, sondern eine Verhohnepipelung des arbeitenden Teils der Bevölkerung.

Verehrte Kollegen, der Unwille der Bundes- und der Landesregierung, die Migration von nicht bleibeberechtigten Menschen nach Deutschland einzudämmen und nicht bleibeberechtigte Personen abzuschieben, ist nicht länger hinnehmbar. Die Landesregierung darf sich bei dem Thema Abschiebung auch nicht länger hinter den ohnehin schon überforderten Kommunen verstecken, wie es die Ministerin gern tut. Nein, das Land muss aktiv werden und in eigenen Rückführungszentren die Abschiebung von nicht bleibeberechtigten Personen in die Hand nehmen.

Zudem gilt es, vollziehbar Ausreisepflichtige aufzufordern, das Land zu verlassen, und hierbei auch das Druckmittel der Abschiebehaft wieder einzusetzen. Auch gilt es, sämtliche Zuständigkeiten auf das Land zu konzentrieren und mit einer BAO - Abschiebungen - die bürokratischen Hürden bei Rückführungen abzubauen.

Unser Antrag ist wegweisend für eine kluge, zukünftige Asylpolitik in Niedersachsen im Sinne des Rechtsstaats.

Klar ist aber auch, dass sich der unkontrollierte Zustrom ohne das Abschalten von zentralen Pull-Faktoren wie den in Deutschland üppigen Sozialleistungen für angebliche oder tatsächliche Asylbewerber oder der massenhaften Legalisierung illegaler Einreisen bei gleichzeitiger Beibehaltung der politisch gewollten Abschiebeverweigerung nicht aufhalten lässt

Die Duldung abgelehnter Asylbewerber muss daher wieder die Ausnahme werden und darf nicht die Vorstufe zu einer in immer kürzerer Zeit zu ersitzenden Einbürgerung sein. Das zu diesem Zweck immer weiter ausgehöhlte deutsche Staatsbürgerschaftsrecht und die Verschleuderung der deutschen Staatsangehörigkeit nach nunmehr bereits drei Jahren an illegal Eingereiste sind der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung, die als Politik gegen die eigene Nation und als Politik der Entwurzelung der eigenen Kultur in der Geschichte ohne Beispiel ist.

Eine Migrationspolitik, die auf Förderung von illegaler Migration setzt, wie es die Bundesregierung und die Landesregierung betreiben, kann nicht funktionieren. Sie wird scheitern.

Verehrte Kollegen, sehr geehrte Kollegen der CDU, wenn Sie es ernst damit meinen, die prekäre Situation in den Kommunen auf dem Wohnungsmarkt entschärfen zu wollen, wenn Ihnen die Sicherheit der Bürger am Herzen liegt, und wenn Sie zur Abwechslung mal Politik für die eigene Bevölkerung machen wollen, dann unterstützen Sie unseren Antrag, und lassen Sie uns hier gemeinsame Wege zum Wohle der Bürger in Niedersachsen gehen!

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Bothe. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass die Bezeichnung eines Agierens als "Verhohnepipelung" nicht parlamentarisch ist.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich Frau Kollegin Diallo-Hartmann zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

### Djenabou Diallo-Hartmann (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Die aktuelle kriegs- und erdbebenbedingte Situation zeigt uns wieder einmal, wie eng die Menschen und Staaten auf dieser Erde miteinander verbunden sind. In guten Zeiten wird das leider schnell vergessen. Leicht erliegt man dann der Illusion, der eigene Wohlstand sei ausschließlich Ergebnis eigener harter Arbeit. Faktoren wie ungleiche Verteilung von Ressourcen, geschichtliche - insbesondere kolonialgeschichtliche -

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Begebenheiten, Kriege, Unterdrückung, Übervorteilung in Handelsbeziehungen, staatliche Subventionen oder einfach nur Glück geraten als Wohlstandsursachen aus dem Blickfeld.

Katastrophen und Kriege zeigen uns dann wieder die gegenseitigen Abhängigkeiten und Verknüpfungen auf, ohne die unsere moderne Welt nicht denkbar wäre.

Die AfD lebt aber in einer parallelen Welt - leider.

(Widerspruch bei der AfD)

Niemand kann sich auf Dauer isolieren und ohne Handel, Austausch oder menschliche Nähe bestehen. Ein afrikanisches Sprichwort besagt: "Willst du schnell gehen, dann geh' allein. Willst du weit gehen, dann geh' gemeinsam mit anderen."

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Auch Deutschland wurde in den letzten Jahren daran erinnert, wie zerbrechlich unsere Gesundheit, unser Frieden, unsere Energieversorgung und unser Wohlstand sind und wie schwierig es wäre, auf sich allein gestellt auskommen zu müssen. Deshalb wollen wir Grüne die Menschen, die zu uns kommen, willkommen heißen, Rahmenbedingungen für sie schaffen und verhindern, dass sie mit Ablehnung und Vorurteilen vor den Kopf gestoßen werden, und auf schnelle Unterstützung anstatt auf bürokratische Hürden setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Deswegen muss ein Augenmerk dem Arbeitsmarkt gelten. Der Vorstand der Bundesagentur für Arbeit sagte am 19. Februar, dass gut ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine die Geflüchteten den deutschen Arbeitsmarkt spürbar entlastet haben. Man habe auch aus der vergangenen Geflüchtetenpolitik in den Jahren 2014 und 2016 gelernt. Es sei gelungen, rund die Hälfte der Menschen nach sechs Jahren in Beschäftigung zu haben.

(Zuruf von der AfD: Die Hälfte!)

Jetzt können wir durch verbesserte Verfahren und zielgenauere Vermittlungen einen noch höheren Anteil in Jobs bringen.

### Vizepräsident Jens Nacke:

Frau Kollegin Diallo-Hartmann, ich muss Sie leider kurz unterbrechen. Der Kollege Wichmann bittet, eine Zwischenfrage stellen zu dürfen. Wollen Sie die zulassen?

## Djenabou Diallo-Hartmann (GRÜNE):

Nein, mache ich nicht. Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Lachen bei der AfD)

### Vizepräsident Jens Nacke:

Dann setzen Sie bitte fort. Bitte schön!

### Djenabou Diallo-Hartmann (GRÜNE):

Deshalb gilt es nun, das auf Bundesebene beschlossene Chancen-Aufenthaltsrecht zur Geltung zu bringen. Mehr Bleiberechte sowie längere Fristen bei Duldungen und Aufenthaltserlaubnissen würden nicht nur den Betroffenen auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch überlasteten Ausländerbehörden helfen. Unsere rot-grüne Koalition wird deshalb das Projekt "Wege ins Bleiberecht" zur landesweiten Praxis machen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Um Teilhabe und Integration voranzubringen, wollen wir ein Teilhabegesetz für Niedersachsen. Denn wer partizipiert, identifiziert sich viel stärker mit der Gemeinschaft und bringt sich auch besser und engagierter ein. Die weiteren Bausteine, die wir noch angehen wollen, sind ein Landesantidiskriminierungsgesetz und ein Landesaktionsplan gegen Rassismus. Beides werden wir zeitnah angehen und damit unser Land vielfältiger aufstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft leisten auch die Migrationsberatungen in Niedersachsen. Die Finanzierung der Migrationsstrukturen wollen wir deshalb unbedingt verstetigen und dauerhaft absichern.

(Zuruf von Dennis Jahn [AfD])

Abschließend bitte ich Sie herzlich: Bedenken Sie, dass Aufnahme und Solidarität auf Gegenseitigkeit beruhen. Wer heute stark ist, ist das manchmal nur, weil einem gestern geholfen wurde,

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

und kann schon morgen wieder auf Hilfe angewiesen sein. Schnell können wir auch in Deutschland und in Niedersachsen einmal hilfebedürftig werden. Es wäre nicht das erste Mal. Die Geschichte hat es uns gezeigt, und aktuell hat es uns der Krieg in der Ukraine gelehrt.

Und vergessen wir bitte nicht: Wohlstand hinter Mauern ist wenig wert und wird auf Dauer nicht bestehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Niedersachsen ist ein Einwanderungsland. Liebe AfD, finden Sie sich endlich damit ab!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zuruf von der AfD: Niemals!)

Menschen, die zu uns nach Niedersachsen kommen, können sich darauf verlassen, dass diese rotgrüne Koalition sich um ihre gleichberechtigte Teilhabe kümmern wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zuruf von der AfD: Ich glaube nicht!)

Dafür haben wir in unserem Koalitionsvertrag eine Grundlage geschaffen. Ihrer menschenverachtenden und ausgrenzenden Politik

(Zurufe von der AfD: Oh!)

werden wir entschieden entgegentreten - hier im Parlament und auch woanders.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

## Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Diallo-Hartmann. Ich darf auch Sie darauf hinweisen, dass die Formulierung und Bezeichnung anderer Positionen als "menschenverachtend" nicht parlamentarisch ist.

(Beifall bei der AfD)

Zu einer Kurzintervention hat sich der Kollege Wichmann zu Wort gemeldet. Bitte schön!

## Klaus Wichmann (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin, ich bin ein großer Freund von Sprichworten. Es gibt ein deutsches Sprichwort, das sagt: "Was Recht ist, muss Recht bleiben". Ich habe bei diesem Thema "Illegale Migration eindämmen" von Ihnen leider Gottes kein Wort zum Rechtsstaat gehört. Ich habe kein Wort darüber gehört, was mit vollziehbar ausreisepflichtigen Menschen, die ja nun mal den gesamten Rechtsweg durchlaufen haben und bei denen endgültig festgestellt wurde, dass sie kein Bleiberecht haben, geschehen soll. Dazu haben Sie kein Wort gesagt. Ich entnehme Ihrem Vortrag, dass Sie möchten, dass diese Menschen pauschal hierbleiben. Ich glaube, das ist mit dem deutschen Rechtsstaat nicht vereinbar.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Wichmann. - Gibt es aus der Fraktion der Grünen den Wunsch auf Erwiderung? - Das sehe ich nicht.

(Djenabou Diallo-Hartmann [GRÜNE]: Das habe ich nicht nötig! - Lachen bei der AfD)

Jetzt hat sich für die CDU-Fraktion der Kollege Bock zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

### André Bock (CDU):

Herr Präsident! Verehrtes Präsidium! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesen Tagen vor dem Hintergrund der Jährung des Angriffskriegs auf die Ukraine wird uns allen noch einmal ganz deutlich bewusst, in welch herausfordernden, ja gar schrecklichen Zeiten wir leben -

(Dennis Jahn [AfD]: Thema!)

schreckliche Zeiten vor allem für die Menschen, die aus vielen Teilen der Erde, aber eben auch aus der Ukraine zu uns gekommen sind und kommen, um all dem zu entgehen.

Aktuell machen sich viele Menschen aus allen anderen Erdteilen zu uns nach Europa und nach Deutschland auf den Weg, die sogenannten Weltflüchtlinge. Diese Zahlen nehmen auch wieder zu. Wir befinden uns quasi in einer ähnlichen Situation wie 2015 und 2016, und die täglichen Berichte in der Presse, wo nachzulesen ist, mit welchen Herausforderungen die Kommunen in Niedersachsen und deutschlandweit zu kämpfen haben, mit welchen Belastungen sie umzugehen haben und dass sie an die Grenzen des Machbaren kommen, machen noch einmal deutlich, wie groß der Handlungsbedarf bundes-, aber auch landesweit ist. Der erhoffte Befreiungsschlag im Rahmen des sogenannten Flüchtlingsgipfels ist ja offensichtlich nicht erfolgt im Gegenteil. Ein Gipfel ist ja immer der höchste Punkt eines Berges. Wenn das Ergebnis dieses Gipfels wirklich der höchste Punkt gewesen sein soll, dann, befürchte ich, stehen uns noch ganz schlimme Zeiten bevor.

Meine Damen und Herren, gerade in dieser Lage braucht es aber nüchterne, analytische Debatten zu Migration, Zuwanderung und auch Rückführung. Es braucht vor allem Ergebnisse, klare Zielvorstellungen und Handlungen auch dieser Landesregierung. Politik muss sich an der Stelle auch mal ehrlich machen. Wir als Union sind dazu bereit.

(Beifall bei der CDU)

Heute liegt uns der Antrag der AfD-Fraktion vor. Meine Damen und Herren der AfD, es ist in der Äußerung des Kollegen Bothe eben deutlich geworden: Sie betreiben Migrationspolitik mit der Brechstange. Es geht nur noch um krude Parolen, die Sie auch hier in den Raum stellen. Aber es geht nicht um Lösungen und klare Wege für die Problematiken, wie wir sie hier gerade beschreiben.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie interessieren sich nicht einen Deut für das Schicksal der Menschen, die zu uns kommen. Es geht nur darum, daraus politisches Kapital für Ihre Partei zu schlagen. Das ist Ihr Stil. Das ist aber nicht unser Stil! Darin unterscheiden wir uns ganz grundsätzlich.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Bothe, meine Damen und Herren der AfD, Ihre Agitation ist durch die Einleitung von Herrn Bothe in seine Rede gerade noch einmal deutlich geworden, wird aber auch durch die Einleitung Ihres Antrags deutlich. Sie greifen die Morde von Brokstedt auf und stellen das in direkten Zusammenhang mit der Migration und den Flüchtlingen. Ich finde diesen Politikstil nicht nur verwerflich; ich finde ihn einfach widerlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der AfD)

Diffamieren, unwahre Zusammenhänge und Hintergründe darstellen, vor allem aber auch sozusagen Verschwörungstheorien zeichnen: Das ist Ihr Politikstil - das ist nicht unser Stil! Deswegen unterscheiden wir uns da ganz gravierend.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

### Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Kollege Bock, ich darf Sie kurz unterbrechen: Der Kollege Moriße bittet, eine Zwischenfrage stellen zu können. Lassen Sie die zu?

André Bock (CDU):

Bitte!

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Bitte schön, Herr Kollege!

### Thorsten Moriße (AfD):

Herr Kollege, haben Sie den Antrag gelesen? Es geht hier um vollziehbare Ausweisungen.

(Stephan Bothe [AfD]: Das hat Herr Lechner selber gesagt! - Gegenruf von Ulrich Watermann [SPD]: Wir haben die Rede gehört!)

### André Bock (CDU):

Das war jetzt die Frage? - Herr Kollege, wenn Sie mich fragen, ob ich den Antrag gelesen habe, dann stelle ich mir noch mehr die Frage, warum Herr Bothe diese Morde in Zusammenhang mit der gesamten Flüchtlings- und Migrationspolitik in Deutschland, aber auch in Niedersachsen bringt. Ich finde es nach wie vor widerlich, welchen Politikstil Sie an den Tag legen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Klaus Wichmann [AfD]: "Widerlich" ist aber auch nicht parlamentarisch!)

Meine Damen und Herren, wer sich mit dem Thema "Migration, Zuwanderung, Rückführung" beschäftigt, wird feststellen, dass dieser Themenkomplex sehr breit gefächert ist. Allein die über 70 Aufenthaltstitel, die wir in Deutschland haben, machen das deutlich.

Wer sich näher damit beschäftigt, wird Folgendes sehen: Kommunen, die finanziell und personell an der Grenze sind, falsche Zahlen bei der Zuteilung von Geflüchteten nach Niedersachsen, Kommunen, die teils horrende Vorhaltekosten zu stemmen haben. Ich denke da beispielsweise an das Ammerland mit einem Containerdorf für 4,5 Millionen Euro oder an Jesteburg bei uns im Landkreis Harburg; in dieser kleinen Samtgemeinde sind 4,5 Millionen Euro für Container gezahlt worden, die jetzt leer stehen.

Anzusprechen ist aber auch die Thematik, dass in unserem Land 830 000 Menschen leben, deren Asylantrag abgelehnt worden ist, wobei zur Wahrheit auch dazugehört, dass 75 % von ihnen einen Aufenthaltstitel haben. Parallel wird in diesem Zusammenhang - das ist hier auch schon angerissen worden - immer auch die Debatte über den Fachkräftebedarf unseres Landes geführt. Wir haben 1,9 Millionen offene Stellen. Gleichzeitig leben hier

viele Menschen, die nicht arbeiten können - aus unterschiedlichsten rechtlichen Gründen oder auch, weil die Voraussetzungen einfach nicht vorhanden sind. Ich denke da an die vielen Ukrainerinnen, denen die Betreuungsmöglichkeiten fehlen; arbeiten könnten sie längst.

Das alles ist insgesamt ein relativ schräges Bild. Deswegen braucht es dringend sachliche, vernünftige Debatten, um diese Problematiken aufzugreifen und Lösungswege zu finden. An der Stelle braucht es aber mit Sicherheit nicht die stumpfen Methoden à la AfD, wo es nur um Abschottung geht.

Meine Damen und Herren, wir brauchen Ordnung im System, Klarheit in den politischen Zielsetzungen und vor allem auch problemorientierte Lösungsansätze. Wir als Union sind zu diesen Ansätzen bereit - unter der Leitlinie "Herz und Konsequenz". Menschen, die zu uns kommen, sich einbringen wollen, neue Lebenschancen suchen und bereit sind, sich bei uns zu integrieren, rufen wir ein herzliches Willkommen zu.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen - - -

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Kollege Bock, ich muss Sie noch einmal unterbrechen. Der Kollege Marzischewski-Drewes bittet um die Gelegenheit, eine Zwischenfrage zu stellen. Wollen Sie die zulassen?

### André Bock (CDU):

Wenn es denn hilft, bitte!

### Vizepräsident Jens Nacke:

Bitte schön!

#### Stefan Marzischewski-Drewes (AfD):

Vielen Dank, Herr Kollege. - Ich habe eine Frage: Sind Sie für die Streichung von freiwilligen Leistungen für nachweislich ausreisepflichtige, abgelehnte Asylbewerber?

# André Bock (CDU):

Hören Sie mir einen Augenblick zu! Dann werden Sie auch dazu Antworten bekommen.

Wir müssen uns um alle Menschen kümmern und auch die Potenziale anschauen, die möglicherweise da sind. Es geht nicht - zumindest werden wir da nie zusammenkommen - nach dem Motto: Einfach alles raus, und damit sind die Probleme gelöst.

Wir gucken uns die Menschen und deren Schicksale genau an.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Denn, meine Damen und Herren, wir wollen gemeinsam unseren sozialen Wohlstand erhalten und weiterentwickeln. Jede und jeder, die und der daran aktiv mitwirken kann und mag, ist herzlich eingeladen und hat in diesem unserem Land jede Chance verdient.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Das ist Migrationspolitik mit Herz.

Aber - und jetzt kommt das Aber - Menschen, die straffällig geworden sind, und Menschen, die gar keine Gründe vorbringen können, hier dauerhaft aufgenommen zu werden, werden gehen müssen.

(Zurufe von der AfD: Aha!)

Konsequent müssen dann die Maßstäbe unseres Rechtsstaats hier auch angewendet werden. Aber man kann das eine tun, ohne das andere zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Eines ist in der Debatte, finde ich, auch deutlich geworden: Die Migrationspolitik der Ampel in Berlin mit dem sogenannten Paradigmenwechsel, den Sie ja auch in Niedersachsen mit der rot-grünen Landesregierung vollziehen wollen, ist der falsche Weg und ist auch gescheitert.

Das wird daran deutlich, dass mittlerweile vor allem auch bei den Grünen bundesweit dieser Irrweg offensichtlich erkannt worden ist - Stichwort "Memorandum für eine andere Migrationspolitik in Deutschland". Grüne deutschlandweit haben dieses Memorandum auf den Weg gebracht - u. a. die ExFraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament, Rebecca Harms -, weil man erkannt hat: So wie bisher kann es nicht weitergehen; wir müssen hier klare, deutliche Worte finden.

Die Grünen machen sich offensichtlich nicht nur dort, sondern auch in Bayern - im Landkreis Miltenberg; Landrat Scherf hat es neulich bei "Markus Lanz" deutlich gesagt - auf den Weg, hier eine andere Debatte führen zu wollen. Der Landrat aus Bayern hat die Frage gestellt, warum man nicht offen darüber sprechen dürfen sollte, ob es gewisse Ankunftszentren an den Grenzen Europas geben sollte. Er kann sich sogar - was ich ein bisschen schwierig finde - Zäune an den Grenzen Europas

vorstellen. Aber es macht deutlich, wie wir die Debatten jetzt führen müssen: unabhängig von parteipolitischer Ideologie, sachlich, nüchtern und mit vernünftigen Lösungsansätzen.

(Beifall bei der CDU)

Wir als Union sind dazu auch bereit. Das werden Sie in den nächsten Wochen und Monaten hier im Landtag erleben. Wir werden verschiedenste Anträge dazu einbringen - zum Gesamtthema Migration, aber auch zu einzelnen Themenfeldern, ob zur Zuwanderung in den Arbeitsmarkt oder der konsequenten Rückführung.

Wir sind dazu bereit, hier Lösungsansätze zu liefern. Diskutieren Sie dann sachlich und vernünftig mit uns! Dann können wir gemeinsam Wege finden, zumindest mit den demokratischen Fraktionen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Bock.

Ich darf noch einmal den Hinweis geben, dass ein engagiertes Parlamentsleben natürlich gewünscht ist, aber auch Gesten, wenn sie denn die Position anderer herabsetzen, mit einem Ordnungsruf belegt werden können. Ich kann mich erinnern, dass mir das in einem früheren Leben mal passiert ist.

(Heiterkeit bei der SPD und bei der CDU)

Auf Ihre Rede, Herr Kollege Bock, hat sich der Kollege Bothe zu einer Kurzintervention gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

# Stephan Bothe (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. Die Probleme kenne ich selber auch.

Herr Kollege Bock, ich finde das, was Sie hier hingelegt haben, schon spannend. Sie sprachen davon, dass unsere Vorschläge widerlich sind. Da wundere ich mich. Ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Lechner, hat am Freitag auf der Pressekonferenz unsere Vorschläge aus dem Antrag fast 1:1 wiedergegeben und sie nur leicht umbenannt.

(Carina Hermann [CDU]: Eben! Da müssen Sie ganz genau zuhören!)

Insofern finde ich es ganz spektakulär, dass Sie diese Vorschläge jetzt als widerlich bezeichnet haben.

(Christian Fühner [CDU]: Stimmt überhaupt nicht!)

Das ist, muss man sagen, eine recht perfide Politik, die Sie betreiben.

Aber ich muss sagen, dass ich das, was Sie machen, auch widerlich finde, Herr Bock. Ich finde es widerlich, wenn die CDU-Fraktion, die sich ja als bürgerliche Fraktion sieht, den Zusammenhang zwischen den Morden in Brokstedt und einer völlig gescheiterten Migrationspolitik nicht wahrhaben will. Das ist widerlich den Opfern gegenüber, Herr Kollege.

Ich finde auch widerlich, wenn die CDU-Fraktion

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Jetzt reicht es mit "widerlich"!)

sich mit ihrer Migrationspolitik immer weiter bei den Grünen anbiedert. Das hat Ihr letzter Entschließungsantrag auch deutlich gezeigt.

Sie haben keine Lösungen. Sie sind auch nicht in der Lage, eine offene Debatte zu führen, weil bei Ihnen die Political Correctness mittlerweile den Alltag und das Wording bestimmt.

Wir haben in diesem Antrag Recht und Gesetz umgesetzt. Das ist deutsches Recht und Gesetz, dessen Durchführung wir verlangen. Das ist absolut auf dem Boden des Gesetzes. Vollziehbar Ausreisepflichtige müssen abgeschoben werden, so wie es das Gesetz verlangt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Jawohl!)

### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Bothe. - Der Kollege Bock möchte antworten. Bitte schön!

# André Bock (CDU):

Herr Präsident! Verehrtes Präsidium! Meine Damen und Herren! Nur Beleidigungen und Beschimpfungen von der AfD!

(Beifall bei der CDU - Widerspruch von Klaus Wichmann [AfD])

Keine Lösungsansätze! Kein klares Aufzeigen, wo es langgehen soll! Und wieder der Zusammenhang

der Migrationspolitik deutschlandweit und in Niedersachsen mit den Morden in Brokstedt! Das ist Ihr Stil. Das entlarvt Sie. Vielen Dank, Herr Bothe, dass Sie das hier noch einmal so deutlich vorgetragen haben, damit die Menschen da draußen sehen, wie Sie politisch unterwegs sind.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der AfD: Mein Kollege hat Ihre Worte genutzt!)

Ich habe ja deutlich gemacht, dass zum einen dazugehört - das ist zumindest unsere Linie -, dass wir die Verfahren der Menschen, die hier schon leben, noch einmal genauer anschauen und dass wir auch darüber sprechen, wie Verfahren verschlankt, beschleunigt, verbessert werden können. Aber es gilt auf der anderen Seite auch, zu schauen, ob es bei den Leuten mit einem abgelehnten Asylantrag und einem Aufenthaltstitel noch Potenziale gibt oder ob diese Menschen womöglich doch zurückzuführen sind. Vor allem gilt auch: Wer straffällig wird, wer sozusagen das Gastrecht missbraucht, der muss am Ende gehen. Das gilt für jedermann und jedefrau, und das werden wir auch durchsetzen. Das haben wir deutlich gemacht.

(Beifall bei der AfD - Klaus Wichmann [AfD]: Genau richtig!)

Aber das ist nicht das Ende der Fahnenstange. Wir müssen insgesamt über das Thema Zuwanderung in den Arbeitsmarkt sprechen; ich habe das kurz angerissen. Wir müssen auch über das Thema Rückführungen sprechen. Wir müssen die Migrationspolitik insgesamt besprechen. Denn - noch einmal - der Paradigmenwechsel von Rot-Grün ist aus unserer und meiner Sicht an dieser Stelle gescheitert. Hier müssen wir zu neuen Lösungen kommen - gerne mit den demokratischen Fraktionen, gerne auch mit den Grünen, bei denen offensichtlich ja ein Sinneswandel einsetzt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Bock. - Zu Wort hat sich für die SPD-Fraktion der Kollege Watermann gemeldet. Bitte schön!

### Ulrich Watermann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich rede zum Tagesordnungspunkt 13. Das ist ein Omen für diesen Antrag. Ich habe heute durch Reden gelernt, dass es gesunden und wohl auch ungesunden Menschenverstand gibt. Und ich habe erlebt, dass wir hier im Landtag gestern wie heute aufgestanden sind, weil wir der Menschen gedacht haben, die durch Erdbeben und Krieg um ihr Leben gekommen sind.

Man kann auf die Dinge dieser Welt so sehen, wie es die tun, die für mich ausgeschlossen für Deutschland und auch für die Demokratie sind, nämlich immer nur auf die schlimmsten Seiten von ihnen. Ich gucke auf eine andere schlimme Seite von ihnen: Ich gucke darauf, dass Menschen flüchten, dass Menschen zu uns kommen, weil sie in Not sind, weil sie Hilfe brauchen. Dann wende ich mich an sie und gucke, wie ich ihnen helfen kann. Das ist eine echte Herausforderung.

Ich kann allerdings auch auf die Kriminellen und das Elend gucken. Rechtsstaat ist Rechtsstaat, Herr Wichmann, richtig. Das stimmt.

(Klaus Wichmann [AfD]: Wunderbar!)

Menschlichkeit ist nicht verboten.

(Klaus Wichmann [AfD]: Nein, das gehört zusammen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man einen Antrag schreibt, dessen Text schon problematisch ist, und in der Rede dazu nur Vorurteile bedient und nur auf das Elend ausgerichtet ist, dann ist das - jedenfalls für mich als Demokrat - die falsche Sichtweise.

Ich würde mir, wenn Menschen hierherkommen, weil sie in Not sind und nicht, weil sie einfach nur Wohlstand wollen, immer diese Not angucken.

(Stefan Marzischewski-Drewes [AfD]: Das war aber nicht das Thema des Antrags)

- Ja, das ist nicht Ihr Thema, das weiß ich.

Das Problem, an dem, was Sie beschreiben, ist, dass Sie eine Welle, eine Show machen wollen und es Ihnen nicht um die Sache geht.

(Stefan Marzischewski-Drewes [AfD]: Nein, das ist eine Unterstellung!)

- Nein, das ist keine Unterstellung. Das ist eine pragmatische Tatsachenfeststellung mit Blick auf Ihre Rednerinnen und Redner. Hören Sie mal genau hin, dann hören Sie das auch raus!

(Stefan Marzischewski-Drewes [AfD]: Nein!)

Deshalb sage ich Ihnen ganz deutlich: Dies ist für uns als Sozialdemokraten der falsche Ansatz.

Herr Kollege Bock, ich bin ja begeistert - der Kollege Lechner sitzt da hinten auch -, wie Sie aus dem Würgegriff der AfD - der war ansatzweise sehr interessant - rausgekommen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage auch ganz deutlich: Wir werden da, wo rechtsstaatliche Mittel zu erfolgen haben, diese auch umsetzen -

(Zuruf von der AfD: Warten Sie mal ab!)

weniger aufgeregt, mit weniger Schaum vorm Mund, mit weniger Wellen und mit weniger Emotionen, die im Prinzip eigentlich nur Primitivität bedienen, sondern mit sachlichen Argumenten und indem wir genau darauf gucken, warum Menschen hier sind, warum sie z. B. ein Bleiberecht haben, ob sie unserem Arbeitsmarkt helfen können oder nicht.

Wenn sie kriminell geworden sind und sich nicht an unsere Regeln halten, dann ist es eben so, dass sie wieder dahin zurückmüssen, wo sie hergekommen sind.

(Zurufe von der AfD: Aha!)

Allerdings - das sage ich Ihnen; und das gilt für Sie ganz speziell und ganz scharf -: Wer sich außerhalb des Regelwerks unserer Demokratie bewegt, steht außerhalb. Und Sie sind immer mit einem Fuß dabei, leicht außerhalb zu stehen. Ich sage Ihnen auch ganz deutlich: Wer sich nicht an die demokratischen Regeln hält und solche Reden hält, wie es Herr Bothe hier getan hat, ist für mich schon lange außerhalb dieses Regelwerks.

(Widerspruch von Stephan Bothe [AfD])

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN sowie Zustimmung bei der CDU -Widerspruch bei der AfD)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Watermann.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir nicht vor. Wir kommen also zur Ausschussüberweisung. Vorgeschlagen ist der Ausschuss für Inneres und Sport.

(Ulrich Watermann [SPD]: Das habe ich befürchtet!)

- Herr Kollege Watermann, soll das bedeuten, dass Sie einen anderen Antrag stellen wollen?

(Ulrich Watermann [SPD]: Nein, nein!)

Dann wollen wir so verfahren. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen worden.

Bevor wir im Sitzungsvorstand einen Wechsel vornehmen, rufe ich noch auf den

Tagesordnungspunkt 14:

Erste Beratung:

Bevölkerungs- und Katastrophenschutz in Niedersachsen zukunftsfähig gestalten - Behörden und Hilfsorganisationen auf hybride Bedrohungslagen kontinuierlich vorbereiten - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/534

Der Antrag wird vom Kollegen Kauroff von der SPD-Fraktion eingebracht.

(Vizepräsident Marcus Bosse übernimmt den Vorsitz)

### Vizepräsident Marcus Bosse:

Bitte schön, Herr Kauroff! Sie haben das Wort.

### Rüdiger Kauroff (SPD):

Danke schön. - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr dankbar dafür, dass unsere Präsidentin heute Morgen der Erdbebenopfer in der Türkei und in Syrien gedacht hat.

Das Ausmaß dieser großen Katastrophe ist für uns schier unvorstellbar, wenn man bedenkt, welche Herausforderungen und Probleme die Flutkatastrophe im Ahrtal 2021 bei uns ausgelöst hat. Damals sind rund 9 000 Häuser zerstört bzw. stark beschädigt worden. Wir reden heute von über 900 000 beschädigten Häusern allein in der Türkei. Rund 120 000 Gebäude sind entweder schon eingestürzt oder müssen abgerissen werden.

In ein paar Tagen jährt sich zum dritten Mal der erste Corona-Fall in Niedersachsen. Wir alle wissen, was diese Pandemie mit uns und mit unserem Land gemacht hat.

Auch der morgige Jahrestag der russischen Invasion in die Ukraine macht deutlich, dass die Katastrophen in der Welt nicht abnehmen werden, sondern wir werden uns zu Beginn des 21. Jahrhunderts in einem Zeitalter multipler Krisen und Katastrophenlagen befinden.

Was alle Krisen deutlich zeigen, ist doch, dass sie unabhängig davon, wie nah oder fern der Ursprung der Katastrophe liegt, uns selbst jederzeit treffen können bzw. wir als Land reagieren müssen. Dass wir oftmals reagieren können, verdanken wir in Niedersachsen unserem gut aufgestellten Katastrophenschutz, unseren Feuerwehren und den vielen ehrenamtlichen Hilfsorganisationen.

Das Prinzip Ehrenamt ist und bleibt hierbei das Rückgrat für die Sicherheit unseres Landes. Aber auch die Entscheidung zum Aufbau des NLBK zu Beginn des Jahres 2021 oder die dauerhafte Etablierung eines Zentrallagers zeigt doch, dass unsere Politik seit Jahren auf dem richtigen Weg ist. Nur so konnten wir u. a. unverzüglich auf das internationale Hilfeersuchen der Türkei reagieren, unbürokratisch Unterstützung in Form von Hilfs- und Rettungsgütern leisten und - auch das will ich nicht unerwähnt lassen - als eines der ersten Bundesländer umfangreich in die Krisenregion liefern.

Für die Sicherheit aller Menschen in Niedersachsen bleibt es daher zentral, dass wir unseren Katastrophenschutz weiter stärken und die richtigen Konsequenzen aus den Krisen fortlaufend und gemeinsam mit allen Akteuren ziehen. Denn, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Wahrheit ist doch, dass sich viele von uns viel zu lange in Sicherheit gewogen haben. Durch den Klimawandel werden wir in Zukunft auch in Deutschland immer wieder Naturkatastrophen wie Überflutungen oder Waldbrände erleben. Die Dichte der Großschadensereignisse wird laut Experten weiter zunehmen.

Damit wir uns viel besser gegen die Folgen des Klimawandels und gegen andere Krisen wappnen können, brauchen wir hier im Parlament, aber insbesondere in der Bevölkerung mehr Bewusstsein für die Risiken und die Gefahren unserer Zeit. Genau hier setzt dieser Antrag an. An dieser Stelle möchte ich auf sechs Forderungen des Entschließungsantrages explizit eingehen.

Erstens. Wir wollen, dass die Landesregierung in Zusammenarbeit - sozusagen kollegial - mit dem Landesbeirat Katastrophenschutz weitere Optimierungspotenziale in organisatorischer, struktureller und rechtlicher Hinsicht hebt und uns zeitnah darüber berichtet, damit wir unserer Verantwortung als Parlament auch zeitnah gerecht werden können.

Zweitens wollen wir, dass die Maßnahmen und Ziele des Ad-hoc-Pakets in Höhe von 40 Millionen Euro weiterhin umgesetzt werden. Auch hier muss es perspektivisch darum gehen, finanzielle Spielräume für notwendige Investitionen und zur Erfüllung einer agilen Gesamtstrategie zu schaffen.

Drittens wollen wir die Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes strukturell weiter stärken. Die Verbände brauchen auch hier unsere politische Unterstützung.

Viertens - und das ist mir besonders wichtig -: Wir müssen unseren Fokus weiterhin auf das Ehrenamt legen und die systematische Fortentwicklung und Unterstützung der ehrenamtlichen Strukturen durch Maßnahmen in den Bereichen Anerkennung, Ausstattung und Ausbildung sowie Nachwuchsgewinnung stärken.

Fünftens wollen wir, dass Niedersachsen für ein besseres risiko-, gefahren- und lagebezogenes Informations- und Koordinationsmanagement ein Krisenreaktionszentrum dauerhaft etabliert.

Sechstens. Um weiterhin gut im Brand- und Katastrophenschutz aufgestellt zu sein, brauchen wir ausreichend gut qualifizierte und motivierte Nachwuchskräfte. Aus diesem Grund müssen wir sowohl die Ausbildungskapazitäten als auch den Ausbildungsstandard an den Standorten des Niedersächsischen Landesamts für Brand- und Katastrophenschutz in Celle, Celle-Scheuen und Loy prüfen und durch geeignete Maßnahmen erhöhen.

Abschließend und zusammenfassend möchte ich sagen: Katastrophen- und Krisenfälle treten immer häufiger auf mit direkten oder indirekten Folgen für unser Bundesland. Wir müssen dafür sorgen, dass wir in Zukunft den zunehmenden Anforderungen des Katastrophenschutzes begegnen können. Genau das, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist verantwortungsvolle Sicherheitspolitik.

Die im Entschließungsantrag genannten Forderungen gehen uns alle an. Deswegen freue ich mich über die konstruktiven Beratungen mit Ihnen gemeinsam im Fachausschuss.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

# Vizepräsident Marcus Bosse:

Vielen Dank, Kollege Kauroff. - Eine weitere Wortmeldung liegt vor aus der CDU-Fraktion von der Kollegin Lara Evers. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

# Lara Evers (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auf der Tagesordnung steht heute der Bevölkerungs- und Katastrophenschutz in Niedersachsen - und da gehört er auch hin; denn das Thema drängt. Es ist in der jüngeren Vergangenheit zu Recht in den Fokus gerückt worden, weil es bundesweit lange vernachlässigt wurde und sich gleichzeitig die Rahmenbedingungen verändert haben.

Wir lesen im Antrag der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen davon, dass der engagierte Einsatz der vielen Tausend ehrenamtlichen Kräfte zu einem gut aufgestellten Katastrophenschutz beiträgt. Dies wird der Sache aber keinesfalls gerecht, sondern unterstreicht die unzureichende Wertschätzung des Ehrenamtes. Es geht hier nicht um einen "netten" Beitrag - nein! -, ohne unser Ehrenamt ist Katastrophenschutz schlichtweg unmöglich.

(Beifall bei der CDU)

Insofern danke ich ausdrücklich den vielen engagierten Menschen, die ihre Freizeit für unser aller Schutz opfern.

Unabhängig davon hat die Bedrohungslage mit dem Beginn des Krieges in Europa heute vor einem Jahr einen eklatanten Wandel erfahren, der uns alle aufrüttelt. Wir denken heute anders über Strom und Gas, über Versorgungslücken, über Terror und über Blackout-Szenarien. Gleichzeitig haben wir die schrecklichen Bilder aus Ahrweiler noch im Kopf und müssen uns darüber im Klaren sein, dass in Niedersachsen Naturkatastrophen genauso denkbar sind.

(Beifall bei der CDU)

Anfang dieser Woche hat ein australisches Analyseunternehmen eine Risikobewertung zu Sachschäden infolge der Klimakrise veröffentlicht und eine Art globales Ranking der am stärksten bedrohten Gebiete erstellt. Niedersachsen gehört in dieser Hinsicht leider zu den europaweiten Spitzenreitern. Ohne dass wetterbedingte Aspekte und zunehmende Sturmfluten überhaupt berücksichtigt werden, sagt die Studie, dass in wenigen Jahrzehnten zahlreiche Wohn- und Industriegebiete bei uns regelmäßig unter Wasser stehen könnten. Auch ohne diese Studie, die ich zum jetzigen Zeitpunkt gar nicht zu hoch hängen will und nicht im Detail bewerten kann, besteht überhaupt kein Grund, dass wir uns in Sicherheit wiegen.

Nein, wir müssen uns wappnen und besser aufstellen, wenn wir einen schlagkräftigen Katastrophenund Bevölkerungsschutz wollen, der im Falle der Fälle vor Ort eben auch gut funktioniert. Als CDU und SPD gemeinsam Regierungsverantwortung getragen haben, konnten wir den Grundstein für einen neuen Katastrophenschutz legen und haben den Kommunen beispielsweise mehr Rechts- und Finanzsicherheit gegeben.

Wir Christdemokraten haben in einer weiteren Novelle etwa Regelungen zur Erfassung und zum Schutz kritischer Infrastrukturen getroffen sowie zentrale Landeseinheiten mit klar definierten Schwerpunkten auf den Weg gebracht. Damit sind wichtige Strukturen geschaffen, aber natürlich ist vor Ort nicht alles eitel Sonnenschein.

Ich tausche mich in meinem Wahlkreis im Emsland oft mit dem Ehrenamt, mit Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmännern, mit Verantwortlichen des DRK oder der Malteser, aber insbesondere natürlich mit den Vertretern der Verwaltung aus. Da ist der Unmut schon deutlich spürbar; denn es reicht nicht, den Kommunen ab und zu Mittel zur Verfügung zu stellen und ihnen zu sagen: Bestellt mal, was ihr braucht!

(Beifall bei der CDU)

Da sind andere Bundesländer bessere Ansprechpartner, sie kümmern sich und agieren bis hin zur zentralen Beschaffung.

Die geforderte Überarbeitung der Katastrophenschutzpläne ist ein weiteres Beispiel. Hier fühlen sich die Kommunen alleingelassen, da aus dem Ministerium wenig Unterstützung kommt. Jeder Landkreis muss jede Frage für sich beantworten; jeder macht die Arbeit aufs Neue, obwohl viele Antworten

für alle gleich sind. Von Synergieeffekten keine Spur!

(Beifall bei der CDU)

An anderer Stelle ärgert man sich, dass Erlasse - etwa zu den Kreisfeuerwehrbereitschaften - nicht mit Leben gefüllt werden und auch die vielen Vorschläge aus der Strukturkommission nicht zur Umsetzung kommen.

Die Anschlussförderung der Sirenenförderung ist ebenfalls nicht in Sicht. Und genauso bleibt eine landesweite Stabsoftware weiterhin nicht mehr als eine Ankündigung.

Über die Aus- und Fortbildung beim Niedersächsischen Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz gibt es keine zwei Meinungen. Es ist faktisch ein Desaster, insbesondere wegen viel zu geringer Kapazitäten.

(Beifall bei der CDU)

Es kann nicht sein, dass ein Katastrophenschutzstab, der ohnehin mit Fluktuation zu kämpfen hat, nur alle Jubeljahre bei Seminaren zum Zuge kommt. Zu Recht wird an vielen Punkten deutlich, dass sich Kommunen und Ehrenamtliche mehr und bessere Unterstützung vom Land wünschen.

Es ist insofern gut und richtig, dass viele Aspekte mit dem Antrag erneut auf den Tisch kommen und die Diskussion wieder Fahrt aufnimmt. Die Landesregierung darf und muss klar vor Augen geführt bekommen, wo Handlungsbedarf besteht, wenngleich dies noch weit über den Antrag hinausgeht.

Eines darf bei allen berechtigten Forderungen jedoch nicht passieren: dass man sich wieder in organisierter Verantwortungslosigkeit vor Taten und vor Resultaten drückt.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es im Antrag heißt "Optimierungspotenziale ... zu prüfen" oder Strategien und Konzepte zu entwickeln, dann darf es nicht bei diesen schwammigen Worthülsen bleiben. Wir wollen Ergebnisse. Wir müssen gut vorbereitet sein auf die verschiedenen, teils neuen Bedrohungen. Dafür brauchen wir einen handlungsfähigen Katastrophen- und Bevölkerungsschutz auf allen Ebenen. Das sind wir den Menschen in unserem Land schuldig. Dafür werden wir uns als CDU im Rahmen der anstehenden Ausschussberatungen einsetzen.

Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung liegt vor aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Kollegin Nadja Weippert, bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

# Nadja Weippert (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland im Juli 2021: Heftige Regenfälle führen binnen weniger Stunden zu einem plötzlichen und verheerenden Hochwasser im Ahrtal und in umliegenden Gebieten in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Wir alle erinnern uns an diese schrecklichen Bilder. Unbändige Wassermassen, wegschwimmende Häuser, zerstörte Brücken und Straßen, ertrinkende Menschen und Tiere. Zahlreiche Ortschaften waren damals nur noch aus der Luft zu erreichen. Rettungskräfte aus der ganzen Bundesrepublik waren überwältigt von der Situation und kämpften unermüdlich, um Menschen zu evakuieren und Leben zu retten.

Die Folgen dieser Katastrophe sind auch heute, knapp anderthalb Jahre später, noch immer sichtund spürbar. Die Menschen in der Region sind immer noch dabei, sich von den Auswirkungen des Hochwassers zu erholen und mit den schweren Verlusten von Angehörigen, Freunden und Eigentum umzugehen.

Die Flut im Ahrtal wird uns allen als eine der bisher schlimmsten Naturkatastrophen in der Geschichte der Bundesrepublik in Erinnerung bleiben. Ich betone: bisher. Eines ist klar: Das ist erst der Anfang. Denn diese Katastrophe führte uns schmerzlich vor Augen, dass die Klimakrise nicht nur weit weg in Kalifornien oder Australien stattfindet, sondern auch hier bei uns vor unserer Haustür.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Laut dem Deutschen Wetterdienst nehmen Starkregenereignisse in den letzten 20 Jahren stetig zu. Der Meeresspiegel steigt, und wir haben in Niedersachsen eine Deichlinie von über 1 100 km, die wir bei einem Hochwasser verteidigen müssen. Von den Gefahren durch Wald- und Moorbrände möchte ich hier gar nicht erst anfangen zu reden. Die Gefahrenlage ist also sehr vielfältig.

Auch uns in Niedersachsen kann zu jeder Zeit eine Katastrophe ereilen, mit der wir nicht gerechnet haben. Cyberangriffe, flächendeckende Stromausfälle und, ja, selbst ein Zivilschutzfall ist seit Beginn des

Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine vor einem Jahr wieder denkbar.

Wir müssen unseren Katastrophenschutz schnellstens wieder zukunftsfest aufstellen und uns auf hybride Bedrohungslagen vorbereiten. Dafür möchte ich zwei Punkte aus unserem Antrag speziell hervorheben

Die Ausbildung von Einsatzkräften ist die tragende Säule für ein resilientes Niedersachsen. Wir brauchen daher dringend genügend Lehrgänge u. a. für die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren, die ehrenamtlich in Einsätzen oftmals auch ihr eigenes Leben für andere aufs Spiel setzen. Dafür an dieser Stelle meinen größten Respekt und herzlichen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wie wir schon gehört haben, sind während der Corona-Pandemie leider viele Lehrgänge ausgefallen. Es ist ein Stau entstanden, den man nur schwer wieder auflösen kann. Sicher gibt es jetzt die Möglichkeit, mehr Lehrkräfte einzustellen und die Unterkünfte auszubauen. Das sind auch sinnvolle und notwendige Maßnahmen, aber vor allem Letzteres würde wahrscheinlich Jahre dauern. Diese Zeit haben wir aber nicht mehr, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Katastrophen werden unangekündigt kommen. Deswegen streben wir kurzfristige Lösungen an. Das machen wir aber in einem gemeinsamen Prozess, in dem wir alle Beteiligten, u. a. den Landesfeuerwehrverband und die Kommunen, mitnehmen und nach den besten Möglichkeiten suchen.

Ein weiterer Punkt ist das engere Zusammenrücken in Europa. Wir wollen uns aktiv an der Beschaffung im Rahmen des rescEU-Programms von Löschflugzeugen beteiligen. Aus den vergangenen Katastrophen haben wir gelernt, dass wir diese nicht allein aus Niedersachsen oder Deutschland heraus bekämpfen können. Wir brauchen europäische Solidarität und Unterstützung. Das verheerende Erdbeben in der Türkei und in Syrien hat uns genau das gerade wieder deutlich gezeigt. Wir unterstützen aus Niedersachsen aktuell die Erdbebenregion u. a. mit Hilfsgütern. Damit helfen wir unmittelbar den vielen betroffenen Menschen vor Ort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Katastrophenschutz ist kein Nice-to-have, sondern eine Kernaufgabe unseres Handelns. Im Falle einer Katastrophe kann uns Geld alleine auch nicht retten. Das können nur Menschen. Lassen Sie uns also in die Zukunft

schauen und den Katastrophenschutz in Niedersachsen auf ein breites, festes Fundament stellen! Jedes Engagement und jeder Cent sind hier bestens angelegt; denn wir schützen damit nicht nur Güter im Milliardenbereich, sondern vor allem Menschenleben. Dieser Antrag ebnet den Weg dafür. Daher bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

## Vizepräsident Marcus Bosse:

Die nächste Wortmeldung liegt vor aus der Fraktion der AfD. Herr Marzischewski-Drewes, bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

## Stefan Marzischewski-Drewes (AfD):

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrtes Präsidium! Liebe Kollegen! Einer für alle, alle für einen. Gott zur Ehr, dem nächsten zur Wehr. - Leitspruch der Feuerwehr. Katastrophenschutz zukunftsfähig gestalten - niemand in diesem Hohen Haus wird dem widersprechen.

Rot-Grün legt hier gleich 15 Anträge vor. Das Wichtigste haben Sie aber vergessen: Blackout und Brownout. Dabei wäre es so einfach, diese Gefahr sofort hier für Niedersachsen zu minimieren. Beenden Sie die Koalition mit den Grünen, der gefährlichsten Partei für die innere Sicherheit Deutschlands und für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands!

(Beifall bei der AfD)

Das Versagen der Grünen im Ahrtal ist unvergessen.

Liebe SPD, Sie sprechen in Ihrem Antrag sogar von den Folgen der Migration. Respekt! Sie haben es erkannt!

Herr Weil hat gestern hier verkündet, er würde für eine ausreichende finanzielle Unterstützung der Kommunen - Vorhaltekosten für die ukrainischen Flüchtlinge - sorgen. Es muss hier angeblich zwei Wahrheiten der SPD geben. Denn vor zwei Tagen berichtete SPD-Landrat Heil im Kreistag öffentlich, dass von diesen Summen, die kommen sollen, exakt 1 Million Euro beim Landkreis Gifhorn ankommt.

(Veronika Bode [CDU]: Heilmann heißt der Landrat!)

Das ist also eine winzigste finanzielle Unterstützung der Millionenaufwendungen, die meine Kommunen in meinem Wahlkreis zu schultern haben. (Zuruf von Philipp Raulfs [SPD])

- Herr Raulfs, Sie waren auch da.

Aber wir wissen doch: Die SPD gestaltet sich die Welt so, wie sie ihr gefällt, wie es schon Frau Nahles gesagt hat. Ich hoffe, dass hier tatsächlich den Ankündigungen endlich mal Taten folgen werden.

Rückgrat des Katastrophenschutzes sind die Freiwilligen Feuerwehren in den Kommunen. Zusätzliche Bürokratie erschwert hier seit Jahren die Tätigkeit. Deswegen wird jetzt überlegt, hauptamtliche Stellen für Gerätewarte der Feuerwehr zu schaffen. Ich sehe in Ihrem Antrag nirgendwo, dass Sie die Kosten dafür übernehmen wollen.

Herr Weil versprach bei seinem Antritt Bürokratieabbau. Auch hierzu sehe ich nichts in Ihrem Antrag, dass es zu einem Bürokratieabbau kommt. Die AfD hofft hier auf einen Sinneswandel der SPD-Abgeordneten bei den Beratungen im Ausschuss.

Liebe Regierungspartei SPD, stärken Sie die finanzielle Ausstattung der Kommunen! Beenden Sie den Bürokratiewahn! Aber nein, Sie wollen ja die Gender-Gaga-Sprache verpflichtend einführen. Das schafft nicht einen einzigen Schutzraum, das schafft kein einziges Rettungsfahrzeug und auch keine Steigerung der Attraktivität des Ehrenamtes.

Beenden Sie rot-grüne Ideologieprojekte und stärken lieber die Finanzkraft der Kommunen! Damit leisten Sie den effektivsten Schutz für unsere Menschen hier in Niedersachsen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

# Vizepräsident Marcus Bosse:

Vielen Dank.

Weitere Wortmeldungen liegen zu dem Punkt nicht vor. Wir kommen nun zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Ausschuss für Inneres und Sport und mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen sein. Ich bitte um Ihr Votum. Wer dafür ist, die Ausschussüberweisung so zu beschließen, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Herzlichen Dank.

Wir kommen nun zum

Tagesordnungspunkt 15:

Erste Beratung:

Stillstand beenden - moderne Gleichstellungspolitik verwirklichen und als Land vorangehen - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/533

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüße ich Frau Barbara Hartung sowie die Vorsitzende des Vereins Gleichberechtigung und Vernetzung, Frau Silke Gardlo. Sie haben in der Loge der SPD Platz genommen. Ich begrüße Sie recht herzlich.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Ich heiße Sie herzlich willkommen und wünsche Ihnen einen informativen Aufenthalt hier in unserem Haus.

Zur Einbringung hat sich die Kollegin Dr. Thela Wernstedt gemeldet. Bitte schön!

### Dr. Thela Wernstedt (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man könnte sagen, wir haben lange Anlauf für diesen Antrag genommen bzw. für das, was er bewirken soll, nämlich eine zügige Erstellung eines Referentenentwurfs für ein Niedersächsisches Gleichstellungsgesetz. Deswegen haben wir hier mal ein paar Leitplanken aufgeschrieben, die für die Landesregierung als Orientierung dienen sollen.

Manche werden sich noch erinnern: Wir haben das schon einmal in der 17. Wahlperiode unternommen. Es war eine sehr intensive Beratungstätigkeit, die 2017 auch in einen guten Entwurf gemündet ist, den wir aber nicht mehr verabschieden konnten, weil uns durch den Übertritt einer Abgeordneten die Mehrheit verloren ging und vorgezogene Neuwahlen folgten. Das wissen viele sicherlich noch. Mit unserem neuen Koalitionspartner in der 18. Wahlperiode ließ sich einiges von dem, was wir gerne verwirklichen wollten, nicht verwirklichen, sodass wir diese Dinge lieber in die neue Wahlperiode übernommen haben. Jetzt wollen wir das aber gleich zu Beginn der Wahlperiode unserer Landesregierung ins Heft schreiben, damit wir zügig mit dem neuen Niedersächsischen Gleichstellungsgesetz in die Strümpfe kommen und uns bald ein entsprechender Entwurf vorgelegt wird.

Wichtig ist uns dabei die Stärkung der Stellung der Gleichstellungsbeauftragten im öffentlichen Dienst. Sie sollen u. a. erweiterte Klagerechte bei Verletzung ihrer Rechte bekommen. Sie sollen auch Sanktionsmöglichkeiten an die Hand bekommen, und sie sollen auch eine strategisch-planerische Aufgabe in den Behörden erhalten, weil Gleichstellung eben an jeder Stelle mitgedacht werden soll.

Es geht uns auch darum, dass die Vorgesetzten, die Leitungen der Behörden, noch sehr viel stärker in die Verantwortung zur Umsetzung der Gleichstellungsziele genommen werden. Sie sind dann berichtspflichtig, wenn Ziele nicht erreicht werden, die sich die Behörde gesetzt hat. An der Stelle soll stärker darauf geachtet werden, dass Dinge auch kontrolliert werden und nicht einfach so im freundlichen Nirwana hängen bleiben. Auch an der Stelle soll gearbeitet werden.

Ich habe mit einer gewissen Verwunderung in den letzten Tagen die Presseberichterstattung, die schon im Vorfeld zu diesem Antrag erschienen ist, gelesen. Sie will die vielen Punkte in unserem Antrag auf sprachliche Fragen reduzieren. Ich erinnere noch einmal daran, dass wir über gendergerechte oder gleichstellungsgerechte Sprache schon seit 50 Jahren miteinander diskutieren. Inzwischen ist das Ansprechen von Männern und Frauen guter Brauch. Also das ist überhaupt nichts Neues mehr.

Weil wir denken, dass sich Menschen, die sich nicht als Mann oder Frau verorten - wie auch immer man das dann individuell nennt -, auch angesprochen fühlen sollen, ist hier eine Aufforderung an die Landesregierung enthalten, dafür adäquate Formen zu finden. Das bedeutet nicht, dass der Schalter umgelegt wird und übermorgen irgendwelche wilden Sprachregelungen die deutsche Sprache sehr verändern, sondern es geht darum, dass wir weiter aktiv in einen Prozess miteinander gehen. Sprache verändert sich sowieso und überhaupt immer. Das gehört zum Wesen der Sprache dazu. An der Stelle hilft es dabei, zu reflektieren, dass Menschen sich nicht zwangsläufig immer als Männer und Frauen verorten. Das ist gerade uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehr wichtig. Dieser Antrag bezieht sich auf Frauen und auf die Gleichstellung von Frauen und Männern. Diese sprachlichen Neuerungen sind ein weiterer Teil von Gleichstellung. Aber die Hauptsache liegt darin, dass Frauen gleichberechtigt in dieser Gesellschaft leben können sollen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Meine Kollegin Karin Emken wird für unsere Fraktion noch weitere Ausführungen machen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

## Vizepräsident Marcus Bosse:

Vielen Dank. - Frau Dr. Wernstedt hat es schon angekündigt. Die nächste Wortmeldung liegt ebenfalls

aus der SPD-Fraktion vor. Die Kollegin Karin Emken hat noch eine Restredezeit von 7:35 Minuten. Bitte schön!

### Karin Emken (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit 1949 ist es in Artikel 3 des Grundgesetzes festgeschrieben: Männer und Frauen sind gleichberechtigt. - Daran sind die Erwartung und die Verheißung geknüpft, dass dies auf allen Ebenen des Lebens Wirklichkeit werde: Geschlechtergerechtigkeit. Das Ende von Benachteiligung und Diskriminierung. - Seit 74 Jahren besteht dieses Versprechen. Es ist Gesetz, und es ist nicht Wirklichkeit. Wir leben mit einer Nichtumsetzung der Verfassung in Permanenz.

Die Novellierung des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes (NGG), die wir als SPD- und Grünen-Fraktion mit diesem Entschließungsantrag anstoßen, ist ein weiterer Schritt, ein Puzzlestein, wichtig und notwendig auf dem Weg zur Umsetzung der Gleichberechtigung und der Geschlechtergerechtigkeit; denn darum geht es: um Gerechtigkeit.

Das NGG hat seit Inkrafttreten im Jahr 2011 den Anspruch, die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Sorgearbeit weiter zu verbessern, den Anspruch, die Unterrepräsentanz aufgrund des Geschlechtes, d. h. die strukturelle Benachteiligung von Frauen in Führungspositionen, zu beseitigen und den Anspruch, eine paritätische Vertretung von Frauen und Männern zu verwirklichen. Die Strukturen und Mechanismen, die diesen Ansprüchen entgegenstehen und Ungleichheiten bis heute aufrechterhalten, sind bekannt und zu ändern. Deshalb umfasst unser Entschließungsantrag zwölf Punkte zur Umsetzung. Im Folgenden werde ich drei dieser zwölf erläutern.

Erstens. Gleichstellungsaspekte und die Auswirkungen von Entscheidungen des täglichen Handelns auf die jeweiligen Geschlechter sind zu erkennen und zu berücksichtigen. Gleichberechtigung kann nur entstehen, wenn man den Blick auf unterschiedliche Lebenswelten und Perspektiven weitet. Die Gleichstellungsbeauftragten, deren Rechte wir stärken wollen, können und sollen deren Umsetzung nicht allein verantworten; denn es muss der gemeinsame Handlungsauftrag aller Beteiligten sein, für Geschlechtergerechtigkeit Sorge zu tragen.

Deshalb müssen Dienststellenleitungen in die Verantwortung genommen, Gremien paritätisch besetzt und Sanktionen bei Nichteinhaltung erlassen werden.

Zweitens. Um die strukturelle Benachteiligung besonders von Frauen in Führungspositionen abbauen zu können, müssen alle Stellen teilzeitgeeignet sein. Hier besteht aktuell ein Verhältnis 70:30-30% Frauen, obwohl der Frauenanteil insgesamt überwiegt.

Damit werden sich die Voraussetzungen für die Besetzung einer Führungsposition ändern. Zukünftig werden mit einem Führungsamt nicht mehr die Erwartung einer ununterbrochenen Erwerbstätigkeit in Vollzeit und ein allumfassender Verfügbarkeitsanspruch verknüpft sein, so wie es heutzutage oftmals noch der Fall ist.

Es wird dadurch eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Sorgearbeit entstehen. Männer *und* Frauen werden sich diese zukünftig teilen können, ohne eine Benachteiligung in ihren Karrierebemühungen befürchten zu müssen. Damit kommen wir dem Wunsch vieler Männer und Frauen nach.

Drittens. Sexualisierte Belästigung, Diskriminierung und Gewalt am Arbeitsplatz sind unter keinen Umständen zu akzeptieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Deshalb ist eine Atmosphäre, eine Führungskultur zu schaffen, die diesem Verhalten keinerlei Raum bietet, die einen respektvollen Umgang, unabhängig von Machtunterschieden und/oder dem Geschlecht, sicherstellt. Hierzu sollen klare Normen vorgegeben, Maßnahmen und Prozesse zur Prävention und Intervention aktiv entwickelt und umgesetzt werden. Missachtung soll konsequent und streng nachgegangen und geahndet werden.

Im Grunde spreche ich hier über Selbstverständlichkeiten im Umgang miteinander. Umso beschämender, dass es in der Praxis nicht so ist. Deshalb sind
festgeschriebene Regeln mit Handlungskontrollen,
Quoten und Sanktionen bei Nichteinhaltung erforderlich und notwendig auf dem Weg zur Gleichberechtigung. Dabei bleibt die Hoffnung, dass die Erkenntnis über die Bereicherung aller durch gelebte
Geschlechtergerechtigkeit irgendwann so selbstverständlich im Denken und Handeln der Gesellschaft verankert sein wird, dass diese Maßnahmen
überflüssig werden.

Wir leben im Jahr 2023, 74 Jahre nach Inkrafttreten des Artikels 3 des Grundgesetzes, welches unsere freiheitliche demokratische Grundordnung, die Regeln unseres Zusammenlebens, festlegt. Es ist endlich Zeit, diesen Artikel 3 umzusetzen und Gleichberechtigung und Gerechtigkeit der Geschlechter zu leben.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich freue mich auf die weiteren Beratungen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

### Vizepräsident Marcus Bosse:

Vielen Dank, Frau Kollegin Emken. - Eine weitere Wortmeldung kommt aus der Fraktion der AfD, von der Kollegin Jessica Schülke. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD - Doris Schröder-Köpf [SPD]: Jetzt kommt's!)

### Jessica Schülke (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Wehrte Damen und Herren! Die Novellierung des Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes, kurz: NGG - das wurde bereits gesagt -, ist der Versuch, eine Frauenquote in der Verwaltung des öffentlichen Dienstes voranzutreiben.

Machen wir uns nichts vor! Ihre Priorität ist: mehr Regulierung, mehr Bürokratie, mehr Planwirtschaft, noch mehr neue Stellen in Form von Gleichstellungsbeauftragten und auch noch deren Vertreterinnen, außerdem mehr Ideologie für den ohnehin schon aufgeblasenen und kostenintensiven Verwaltungsapparat des öffentlichen Dienstes. Ehrliches Interesse für die tatsächlichen Belange der Bürger, insbesondere der Frauen in unserer Gesellschaft -Fehlanzeige! Wie beispielsweise der Notstand in der Gesundheitsversorgung, fehlende Sicherheit, Inflation usw. Aber vielleicht wissen Sie schlichtweg nicht, dass es da draußen, außerhalb Ihrer Multikulti-Welt, Frauen und Männer gibt, die in einer Wertschöpfungskette unseren Staat am Laufen halten.

In Ihrem Antrag fordern Sie: "Entsendung von Mitgliedern in Aufsichtsräte durch das Land muss paritätisch erfolgen." Geschieht dies nicht, bleibt das Mandat unbesetzt. - Welch eine Arroganz! Bedeutet das etwa: Findet sich keine Quotenfrau, dann soll auch kein Mann den Posten erhalten?

Weiter fordern Sie: "Geschlechtergerechte Sprache muss ... in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes angewendet werden." - Bedeutet das also, die Ideologie des Gender-Mainstreamings soll unbedingt durchgesetzt werden, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung dagegen ist?

Auch fordern Sie mehr Macht für die Gleichstellungsbeauftragten - wohlgemerkt: für die Gleichstellungsbeauftragte. Ich frage Sie: Wo ist hier die Gleichstellung, wenn dieser Posten nur von Frauen besetzt ist? Das ist inkonsequent, das ist diskriminierend.

(Beifall bei der AfD - Stephan Bothe [AfD]: So ist es!)

Abschließend fordern Sie ein verpflichtendes Dokumentieren und Evaluieren durch die Dienststellen hinsichtlich der Durchsetzung der Gleichstellung. Und wer die Zielsetzung des Gleichstellungsgesetzes nicht erfüllt, erhält keine Zuwendungen vom Land. - Regulieren, überwachen, bestrafen - das ist Staatsdirigismus nach sozialistischer Manier.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, Sie heben in Ihrem Antrag für den öffentlichen Dienst hervor, dass die Gleichstellung der Geschlechter eine zentrale Aufgabe unserer Zeit ist. Damit machen Sie Politik vorbei an der Lebenswirklichkeit der arbeitenden Bevölkerung. Unsinnig, unproduktiv, mittelstands- und frauenfeindlich!

(Zurufe von der SPD und von der CDU: Ach!)

Wir, die AfD, die einzige Partei der Freiheit,

(Lachen bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN - Sebastian Zinke [SPD]: Immer die einzige Partei; das ist erstaunlich!)

erteilen links-grüner Ideologie eine klare Absage.

(Beifall bei der AfD - Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Sie nehmen sich ja selber nicht ernst!)

Wir setzen uns konsequent gegen eine wachsende Gesetzesflut ein

(Sebastian Zinke [SPD]: Sie werden noch die einzige Partei der Gleichstellung werden!)

und fordern - im Gegenteil - den Abbau von Bürokratie. Für uns bedeutet Gleichstellung, den Frauen auch in der Verwaltung des öffentlichen Dienstes die Möglichkeit zu bieten, frei zu entscheiden und nicht als Lückenfüller verheizt zu werden, weil Ihre hochumjubelte Fachkräfteeinwanderung krachend gescheitert ist.

(Beifall bei der AfD)

Auch müssen Privilegien in der Arbeitswelt Frauen und Männern gleichermaßen zukommen. Eine konsequente Gleichstellung wäre hier z. B., die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten, wo sie nun schon mal da sind, paritätisch zu besetzen.

Einen Gedanken muss ich an dieser Stelle einfach loswerden: Der von SPD und Grünen hier gestellte Antrag erinnert fatal an das am 1. Januar 2023 in Kraft getretene Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, kurz: LkSG. Dieses Bürokratiemonster trägt eine ganz ähnliche Handschrift der sozialistischen Marktwirtschaftsabschaffer.

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN - Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Wo sind wir hier eigentlich?)

Ihr Antrag geht an der Realpolitik, die Niedersachsen so dringend braucht, wieder einmal meilenweit vorbei.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

#### **Vizepräsident Marcus Bosse**:

Die nächste Wortmeldung kommt aus der CDU-Fraktion, von der Kollegin Sophie Ramdor. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

### Sophie Ramdor (CDU):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

"Alle Menschen müssen unabhängig vom Geschlecht auf dem gesamten Lebensweg die gleichen Chancen haben. … Der öffentliche Dienst in Niedersachsen muss … seine verfassungsmäßige Verpflichtung zur Gleichstellung von Männern und Frauen erfüllen."

Bei diesen generellen Sätzen aus dem uns vorliegenden Antrag gebe ich Ihnen recht. Aber leider komme ich bei den anschließenden Forderungen nicht bei allen Aspekten auf das gleiche Ergebnis wie Sie.

Der öffentliche Dienst soll mit Blick auf seine Vorbildfunktion die Gleichstellung voranbringen. Sie schreiben davon, dass das Geschlecht keinen Einfluss auf den Lebensweg haben darf. Mit Ihrem Antrag tun Sie aber genau das Gegenteil. Wenn ein junger Mann sich jetzt für einen Beruf entscheidet, zu dem sich aus verschiedenen Gründen bereits mehrere Männer - aus Ihrer Sicht vielleicht zu viele Männer - entschlossen haben, ist es ihm aus Ihrer Sicht nicht mehr möglich, diesen Beruf anzustreben, weil laut Ausschreibung eine Frau auf den Posten kommen muss. Der Mann erhält die Stelle also aufgrund seines Geschlechts nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dies ist leider genau das Gegenteil von Gleichstellung. Es bevorzugt ein Geschlecht gegenüber dem anderen, entscheidet nicht nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung und widerspricht damit der eigentlichen Kernaussage Ihrer einführenden Worte und damit auch der Niedersächsischen Verfassung.

Ihre Idee zum Gender-Mainstreaming macht die ohnehin schon überlastete Verwaltung nur noch langsamer. Schon heute wird auf einen guten Ausgleich zwischen Männern und Frauen geachtet - nach dem Grundsatz der Leistung und Befähigung.

In Ihrem dritten Punkt zur sexualisierten Gewalt unterstellen Sie den in der Verwaltung handelnden Menschen, sie würden sexualisierter Gewalt bisher nicht nachgehen. Dabei gibt es dort doch schon aktuell eine hohe Sensibilität für dieses Thema, weil die Verstöße konsequent geahndet werden.

Sie wollen zudem eine Prozessstandschaft für Gleichstellungsbeauftragte ohne juristische Ausbildung, die juristisch nicht einschätzen können, ob es sich tatsächlich um einen Verstoß gegen das Niedersächsische Gleichstellungsgesetz handelt oder nicht. Wir als CDU wollen kein inflationäres Klagerecht für jedermann, sondern Rechtssicherheit für die Betroffenen.

### (Beifall bei der CDU)

Laut dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend haben Frauen 2019 im Durchschnitt pro Tag 52,4 % mehr Zeit für den Haushalt aufgewendet als Männer. Und in dem Alter der 34-Jährigen lag dieser Prozentsatz sogar bei 110,6 %; also in dem Alter, in dem oftmals entscheidende Lebensereignisse anstehen. Das heißt, dass die Entscheidung für ein Kind und die oftmals ungleiche Aufgabenverteilung in der Partnerschaft und in der Ehe für die Frauen eine Benachteiligung sind; die

familienbedingte Erwerbsunterbrechung und die anschließende Teilzeit.

Dieser Benachteiligung können Sie aber nicht entgegenwirken, indem wir starre Quoten an bereits oftmals überforderte Verwaltung einbauen oder die Pflicht zum Gendern, sondern indem wir die Krippen und Kindertagesstätten so ausbauen, dass alle Eltern, die es möchten, ihre Kinder gut betreut wissen.

### (Beifall bei der CDU)

Schauen wir einmal auf unsere Nachbarn! In den Niederlanden ist es ganz normal, sein Kind ab dem dritten Monat in eine Krippe zu geben. Die Eltern teilen sich an den anderen Tagen die Betreuung auf. Solche Modelle verhindern die Teilzeitfallen, in der sich viele Mütter sehen, wenn sie zu lange zu Hause bleiben. Wir als Politik müssen zudem den rechtlichen Rahmen setzen, sodass die Arbeit durch flexible Arbeitszeiten und Home-Office-Modelle gut mit der Kinderbetreuung kombiniert werden kann.

# (Beifall bei der CDU)

Da wir diesen Antrag noch im Sozialausschuss beraten, möchte ich nur noch einen weiteren Punkt ansprechen.

Sprache ändert sich, seit es Sprache gibt, und Sprache wird sich auch immer ändern. Sprache ändert sich aber aus der Gesellschaft heraus. Das ist ein langer gesellschaftlich kultureller Prozess, der nicht von der Landesregierung verordnet werden kann. Nach einer dimap-Umfrage, die im Jahr 2021 für die Welt am Sonntag erschien, lehnen 65 % der Bevölkerung es ab, unterschiedliche Geschlechter sprachlich gesondert zu betonen. Im Jahr davor haben dies nur 56 % getan. Eine WDR-Studie vom Februar dieses Jahres zeigt auch, dass 41 % der Menschen in Deutschland das Gendern gar nicht wichtig ist. Diese Zahl hat sich in den letzten drei Jahren sogar um elf Prozentpunkte gesteigert.

Das heißt, die große Mehrheit der Menschen in diesem Land lehnt die geschlechtergetrennte Sprache ab. Und je mehr das Thema in die Öffentlichkeit kommt, desto mehr Menschen werden es.

# (Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Nach den vielen Vorgaben der Politik in den letzten Jahren durch Corona, die sich in der Arbeitswelt und im Privaten ergeben haben, sollten wir die Menschen nicht weiter gegen ihren Willen bevormunden. Zwingen wir jetzt diese Menschen, am Arbeitsplatz zu gendern, schaden wir der Gleichstellung und der Akzeptanz dem Thema gegenüber. Jeder

Mensch sollte sowohl im Privaten als auch bei der Arbeit selber darüber bestimmen können, wie er sprechen möchte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, dass ein Mann nicht mehr Respekt vor dem weiblichen Geschlecht erhält, weil er bei der Arbeit dazu gezwungen wird, zu gendern. Ich glaube sogar, das Gegenteil wird der Fall sein.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Und auch zum Erlernen einer Sprache sind die Lesefähigkeit und die Aussprache entscheidend, weshalb Sie mit dem Gendern den Erwerb der deutschen Sprache zusätzlich erschweren. Das ist gerade für die vielen Menschen mit Migrationshintergrund eine echte Hürde bei der Integration.

Über die Probleme der fehlenden Gleichstellung müssen wir ehrlich miteinander sprechen. Die Probleme liegen auch darin, sich die Frauen meistens für den Haushalt und die Kinderbetreuung zuständig fühlen und fast immer freiwillig in Teilzeit gehen, um alles unter einen Hut zu bekommen.

Wir müssen dafür sorgen, dass junge Mädchen das Selbstbewusstsein erhalten, dass sie für sich einstehen und berufliche Herausforderungen annehmen können. Das kann aber nie mit Zwang über eine Quote oder über die Vorgabe des Sprechens geschehen, sondern über einen guten Betreuungsrahmen, den der Staat bieten muss, und die Möglichkeit der Eltern, sich gemeinschaftlich um die Betreuung ihres Kindes zu kümmern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der AfD)

### Vizepräsident Marcus Bosse:

Vielen Dank, Frau Kollegin Ramdor. - Die nächste Wortmeldung kommt aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und zwar von Frau Tanja Meyer. Bitte schön!

### Dr.in Tanja Meyer (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleg\*innen! Ich hätte sehr viel Diskussionswillen, aber leider habe ich nur fünf Minuten Zeit. Deshalb bringe ich jetzt hier meine Punkte, damit wir die Diskussion dann im Ausschuss fortsetzen können.

Wir haben schon gehört: Wir können mit unserer Verfassung beginnen oder mit unseren Grundrechten. Ich möchte aber mit unserer Haltung beginnen, für die wir in Niedersachsen stehen - wir als demokratische Parlamentarier\*innen, als Land, als Gesellschaft. Eine gelebte Gleichstellung sowie eine Chancengleichheit unabhängig von dem Geschlecht und eine beständige Arbeit daran und dafür müssen für uns alle selbstverständlich sein. Und ich hoffe wirklich sehr, dass niemand in diesem Parlament das in Frage stellt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Und auch wenn wir diese Haltung haben, wenn wir das alles für richtig und wichtig halten, ist es leider auch in unseren Reihen sichtbar, dass Exklusion und Barrieren eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, am Arbeitsleben und in politischen Ämtern verhindern. In unseren Verwaltungen - das haben wir eben gehört - sind Frauen in den Führungspositionen nach wie vor unterrepräsentiert. Teilzeit an der Spitze ist die Ausnahme. Beispielsweise arbeiten nur etwa 16 % der Frauen in Spitzenpositionen in Teilzeit und nur 2 % der Männer.

Startchancen sind nicht gleich. Machterhalt ist ein wichtiger Faktor bei Entscheidungen. Women of Color, Frauen mit Behinderung, junge oder alte Frauen erleben, wie sich Exklusionsmechanismen potenzieren. Das gilt genauso für viele weitere Kombinationen von Diversitätsdimensionen. All das wissen wir. Niedersachsen muss hier Verantwortung übernehmen. Ein modernes Landesgleichstellungsgesetz ist längst überfällig. Deswegen legen wir heute diesen Antrag vor.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD

Wichtig dabei ist: Gleichstellung ist Aufgabe von uns allen. Den Dienststellen im Land kommt dabei für ihren Bereich eine besondere Verantwortung zu. Und das ist entscheidend: Es ist *nicht* die Aufgabe der Gleichstellungsbeauftragten, Gleichstellung umzusetzen. Es ist und bleibt die Aufgabe der Dienststellen, insbesondere von deren Leitungen.

(Zustimmung von Dr. Thela Wernstedt [SPD])

Gleichstellungsbeauftragte sind Fachpersonen, die hier unterstützen, beraten und Prozesse gestalten und voranbringen. Sie sind aber auch diejenigen, die kritisch sein müssen, die Unbequemes ansprechen, die sich in den Wind stellen, die den Finger in die Wunde legen und die gegen bestehende verfestigte Strukturen wirken. Deswegen sind der Schutz

und die Unabhängigkeit ihrer Arbeit besonders wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD - Unruhe)

#### Vizepräsident Marcus Bosse:

Frau Meyer, einen kleinen Moment!

Ich möchte darum bitten, dass der Rednerin zugehört wird. Hier ist ein permanentes Grundrauschen, speziell auf der rechten Seite des Saals. Bitte widmen Sie der Rednerin ein bisschen mehr Aufmerksamkeit, oder gehen Sie raus, wenn Sie nicht zuhören möchten. - Danke schön.

Bitte, Frau Meyer!

# Dr.in Tanja Meyer (GRÜNE):

Vielen Dank.

Die Dienststellen müssen dafür sorgen, dass Gleichstellungspläne erstellt bzw. dass spezifische Gleichstellungsziele formuliert und auch umgesetzt werden, dass durch Personal- und Organisationsentwicklung paritätische Vertretungen in Gremien möglich sind, dass Strukturen die Vereinbarkeit mit der Sorgearbeit, aber insbesondere auch einen beruflichen Aufstieg, ermöglichen.

Es geht hier also um die Etablierung einer Kultur, die Sorgearbeit anerkennt, Vielfalt lebt, Diskriminierung entgegenwirkt und gerechte Chancen schafft. Es geht nicht um Ideologien von Gender-Mainstreaming. Ich bin wirklich entsetzt über dieses Wording, Frau Schülke.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Jede Form der sexualisierten Diskriminierung ist inakzeptabel und zu ahnden. Es ist leider nicht so - aus meiner gelebten Praxis als Gleichstellungsbeauftragte kann ich Ihnen das sagen -, dass das in den Dienststellen wirklich passiert - in einer Art und Weise, wie es sein müsste. Das ist meines Erachtens aber selbsterklärend - wie Sie es auch sagen -, und deshalb gehe ich hier nicht weiter darauf ein.

Wir haben es heute schon gemerkt: Das Thema "geschlechtergerechte Sprache" bekommt mehr Aufmerksamkeit als die anderen Inhalte, über die wir gesprochen haben. Aber seien wir doch mal ehrlich: Sprache exkludiert, und Verwaltung hat die Aufgabe, dem entgegenzuwirken.

Das heißt nicht, dass wir Menschen zwingen, wie Sie zu sprechen haben.

(Zuruf von der AfD: Doch!)

Es geht um Rechtssprache, es geht um Sprache, die die Vielfalt der Geschlechter in einem Rechtstext abbildet. Dieser Antrag ist definitiv kein Antrag für einen Genderstern, irgendeine Schreibweise oder Schreiben auf irgendeine Art und Weise. Es ist ein Auftrag, den wir geben, eine inklusive und einer Vielfalt gerecht werdende Sprache zu verwenden. Alles andere wäre in einem solchen Gesetz auch widersinnig.

Es ist verbunden mit dem Auftrag an die Expert\*innen, hier aktiv in die Entwicklungsarbeit zu gehen und nicht ein "Es geht nicht!" oder gar ein "Du darfst nicht!".

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Liebe Kolleg\*innen, Gleichstellung ist in unserer Gesellschaft noch nicht umfassend gelebt. Arbeiten wir zusammen daran, dass dies geschieht, unterstützen wir die, die sich dafür einsetzen, und fangen wir vor allen Dingen damit bei uns an, hierfür umfassend Verantwortung zu tragen.

Deswegen freue ich mich auf den gemeinsamen Gestaltungsprozess mit Ihnen und bitte um Zustimmung.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

# Vizepräsident Marcus Bosse:

Vielen Dank, Frau Kollegin Meyer.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Beratung abgeschlossen.

Wir kommen nun zur Ausschussüberweisung. Vorgeschlagen wird, den Antrag an den Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung weiterzuleiten. Wer dafür ist, den bitte ich ums Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltung? - Danke schön.

Im Ältestenrat wurde sich darauf verständigt, dass die Mittagspause anderthalb Stunden dauern soll. Daher schlage ich vor, dass wir uns um 14.30 Uhr wiedertreffen und jetzt in die Mittagspause einsteigen. Ich wünsche Ihnen guten Appetit.

(Unterbrechung von 12.51 Uhr bis 14.30 Uhr)

### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Verehrte Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Wir treten in unsere Nachmittagsberatungen ein mit dem

Tagesordnungspunkt 16:

2. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - <u>Drs.</u> 19/545 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - <u>Drs.</u> 19/596

Da sich die Fraktionen darüber verständigt haben, die unter Nr. 9 der genannten Eingabenübersicht aufgeführte Eingabe 03251 zunächst erneut im Petitionsausschuss zu behandeln, erübrigt sich die Abstimmung über diese Eingabe.

Wir kommen zur Behandlung der unstrittigen Eingaben.

Ich rufe zunächst die Eingaben aus der 2. Eingabenübersicht in der Drucksache 19/545 auf, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer zu diesen Eingaben den Ausschussempfehlungen zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Den Empfehlungen wurde einstimmig gefolgt.

Wir kommen zur Behandlung der strittigen Eingabe.

Ich rufe die Eingabe 3407 zum Thema "Justizvollzug; Maßnahmen zur Optimierung des Justizvollzuges in Niedersachsen" auf. Das ist die laufende Nr. 36 der 2. Eingabenübersicht, zu der der erwähnte Änderungsantrag vorliegt.

Wir kommen zur Beratung. Uns liegt ein Redebeitragswunsch von Saskia Buschmann aus der CDU vor. Bitte schön! Sie haben das Wort.

(Beifall bei der CDU)

### Saskia Buschmann (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In Artikel 17 des Grundgesetzes steht das Petitionsrecht. Hier heißt es:

"Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden."

Wir als Politiker und als Parlament sollten mit diesen Ideen, Bitten, Vorschlägen und Beschwerden gewissenhaft umgehen, und wir sollten diesem Recht der Bürgerinnen und Bürger mit Respekt begegnen.

In der hier strittigen Petition "Justizvollzug; Maßnahmen zur Optimierung des Justizvollzugs in Niedersachsen" mit der Eingabennummer 03407/11/18 geht es um Vorschläge für eine Optimierung des Justizvollzugs in Niedersachsen. Aus unserer Sicht werden Punkte angesprochen, die einer weiteren Optimierung durch die Landesregierung bedürfen.

Dabei geht es u. a. um Verbesserungen der derzeitigen Ausstattung und Sicherheitslage in unseren Justizvollzugsanstalten.

Es geht um die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz. Hier sei angemerkt: Aus meiner praktischen Erfahrung im niedersächsischen Polizeidienst weiß ich, dass gerade standardisierte Handlungs- und Meldewege einer dauerhaften und fortwährenden Überprüfung sowie Aktualisierung bedürfen.

Es geht in der Petition letztlich aber auch darum, wie wir zukünftig aus der Haft zu entlassende Personen weiterhin gut auf das Leben in Freiheit vorbereiten können.

Gerade die Resozialisierung ist eine zentrale Aufgabe der niedersächsischen Justizvollzugsanstalten. Aus unserer Sicht müssen die Präventionsarbeit und Deradikalisierungsprogramme in den Justizvollzugsanstalten weiter kontinuierlich ausgebaut und gefördert werden.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte stellt klar, dass die Bestrafung weiterhin einer der Hauptzwecke des Strafvollzuges ist. Aber der Schwerpunkt im europäischen Strafverfahren liegt aus seiner Sicht jetzt in der Rehabilitation. Die Rehabilitation, die gezielte Förderung von prosozialem Verhalten der Insassen, muss fortwährend in den Vordergrund gerückt werden und mit geeigneten Instrumenten und Interventionen gefördert werden.

Hierbei geht es nicht darum, den Häftlingen ein Leben im "Hotel Gefängnis" zu ermöglichen, sondern um das Ziel des Strafvollzuges, die Gefangenen dazu zu befähigen, ihr künftiges Leben in sozialer und gesellschaftlicher Verantwortung ohne Begehung von Straftaten zu führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es kann doch nun wirklich niemand in diesem Haus etwas dagegen einwenden, dass die hier vorliegenden Ideen aufgenommen und ihre Ziele verfolgt werden.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Holger Kühnlenz [AfD])

Genau aus diesem Grund beantragen wir, diese Petition der Landesregierung zur Erwägung zu überweisen, die Angelegenheiten nochmals zu prüfen und gegebenenfalls bisher nicht berücksichtigte Tatsachen und Gesichtspunkte in erneute Überlegungen einzubeziehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank. - Der nächste Redner in dieser Beratung ist Herr Kauroff von der Fraktion der SPD. Bitte schön!

### Rüdiger Kauroff (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Frau Buschmann, nachdem wir gehört haben, dass Sie diese Petition strittig gestellt haben, habe ich sie mir natürlich noch einmal ganz genau angesehen. Ich habe mir noch einmal die Punkte angeschaut, die der Petent eingereicht hat.

Ich habe allerdings auch gelesen, was das Justizministerium dazu gesagt hat. Das Justizministerium hat ganz klar darauf hingewiesen, dass die Resozialisierungsmaßnahmen im Strafvollzug dazu dienen, dass sich die Strafgefangenen, wenn sie aus der Haft entlassen werden, nahtlos in die Gemeinschaft einfügen können. In seiner Stellungnahme weist das Justizministerium ganz deutlich darauf hin, dass das in Niedersachsen gemäß den rechtlichen Bestimmungen gehandhabt wird.

Die Stellungnahme stammt aus dem August vergangenen Jahres. Ich fühle mich an die Voten gebunden, die die SPD-Fraktion in der Großen Koalition abgegeben hat. Justizministerin war im August vergangenen Jahres Frau Havliza, also Ihre eigene Ministerin.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Hört, hört! - Carina Hermann [CDU]: Es geht doch um die jetzige Petition!)

Deswegen möchten wir bei dem Votum "Sach- und Rechtslage" bleiben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Carina Hermann [CDU]: Wo ist da der Inhalt?)

### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank. - Der nächste Redner ist Herr Bajus von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön, Herr Bajus!

# Volker Bajus (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Buschmann, ich danke Ihnen ganz herzlich dafür, dass Sie das Thema Resozialisierung hier noch einmal als wichtigstes Ziel des Justizvollzuges angesprochen haben. Zweifelsohne ist da eine Menge zu tun.

Vieles, was in der Petition steht, ist richtig und könnte insofern hier beschlossen werden. Aber wir haben - das haben auch Sie betont - den Auftrag, mit jeder Petition gründlich und angemessen umzugehen. Und in der Petition werden viele allgemeine Punkte gefordert, die in Niedersachsen schon Gesetzeslage sind. Unser Justizvollzug ist bereits genau dazu verpflichtet.

Frau Buschmann, es gibt Optimierungsmöglichkeiten im Justizvollzug. Eine Möglichkeit sind aus unserer Sicht Vollzugslockerungen.

(Carina Hermann [CDU]: Wir haben gerade eine Entweichung, Herr Bajus!)

Eine der ersten Maßnahmen von Frau Havliza war aber die Rücknahme eines Erlasses ihrer Vorgängerin in Bezug auf Vollzugslockerungen, die übrigens ausdrücklich nur einem Ziel dienen sollten: der Resozialisierung.

Insofern bitte ich Sie, noch einmal zu überlegen, ob es redlich ist, hier irgendwelche Sonntagsreden zu halten - nachdem Sie drei Monate nicht mehr in Verantwortung stehen. Das hat der Petent nicht verdient.

Es ist völlig richtig, hier auf die Sach- und Rechtslage, nämlich auf die Gesetzeslage, zu verweisen. Und das tun wir heute.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank.

Weitere Wortmeldungen zur Beratung liegen nicht vor.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Änderungsantrag auf "Erwägung". Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer lehnt diesen Änderungsantrag ab? - Die Mehrheit ist dafür, dass der Änderungsantrag abgelehnt wird.

Nun kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses. Sie lautet auf "Sach- und Rechtslage". Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Das Erste ist ein eindeutiges Ergebnis.

(Unruhe)

- Ich bitte um etwas mehr Ruhe im Plenarsaal. Wir haben ja nur noch ein paar Punkte zu beraten.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 17:

Erste Beratung:

Ein aktives Wolfsmanagement in Niedersachsen etablieren - für ein gutes Zusammenleben von Menschen, Weidetieren und Wölfen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/527

Die Einbringung wird Dr. Frank Schmädeke übernehmen.

(Beifall bei der CDU)

### Dr. Frank Schmädeke (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte zu entschuldigen, dass ich heute etwas verschnupft bin: sowohl physisch - deswegen ist meine Stimme heute nicht so gut - als auch mental, weil ich hier schon wieder zum aktiven Wolfsmanagement sprechen muss, bei dem wir schon einmal viel weiter waren.

Als Niedersächsischer Landtag hatten wir unsere Hausaufgaben in Sachen Wolf eigentlich schon gemacht. Zur vollständigen Umsetzung fehlte nur noch die Feststellung des guten Erhaltungszustandes der Wolfspopulation durch das Bundesministerium als Grundlage eines aktiven und effizienten Managements unserer Wölfe. Nun, Herr Minister Meyer - Sie sind gerade gekommen - kommen Sie

daher und torpedieren unser Werkzeug der artenschutzrechtlichen Ausnahmegenehmigung zur rechtmäßigen Entnahme von Problemwölfen, indem Sie diese jeweils eine Woche vor Ihrem Erlass öffentlich machen.

Herr Meyer, damit gefährden Sie die Sicherheit unserer Jägerinnen und Jäger. Ich hoffe, Ihnen ist das klar.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der AfD)

Es stellt sich die Frage: Wer wird denn jetzt noch bereit sein, auf diese Problemwölfe zu schießen? Wissen Sie eigentlich, Herr Meyer, was draußen im Land los ist, unter welchem Druck unsere Jägerinnen und Jäger schon stehen, weil sie zur Jagdausübung und damit auch zum genehmigten Abschuss von Wölfen berechtigt sind, wie hilflos und wütend unsere von Wolfsrissen betroffenen Weidetierhalter sind, wie sich Eltern im Revier verhaltensauffälliger Wölfe fühlen? - Wahrscheinlich nicht; denn; Herr Meyer, sonst hätten Sie Ihren Turbo gegen ein vernünftiges Miteinander von Menschen, Weidetierhaltung und Wölfen nicht gezündet. Ihr Turbo läuft zurzeit rückwärts.

Meine Damen und Herren, als ich im Dezember 2020 den letzten Entschließungsantrag zum Wolfsmanagement eingebracht hatte, gab es in Niedersachsen 23 Rudel, 14 Paare und 4 Einzeltiere. Heute bringe ich aus gegebenem Anlass wieder einen Entschließungsantrag ein, um auf die Umsetzung eines jetzt endlich wirkungsvollen und aktiven Wolfsmanagements zu drängen. Inzwischen, meine Damen und Herren, sprechen wir über 44 Rudel, zahlreiche Paare und Einzeltiere, die in Niedersachsen in 48 Wolfsterritorien leben. Die Zahl hat sich also seitdem verdoppelt.

Im Mai 2022 hatte dieses Parlament den Wolf auf unseren Antrag hin zum Glück ins Jagdrecht überführt. Was immer noch aussteht, ist die Attestierung des guten Erhaltungszustandes der nationalen oder auch der niedersächsischen Wolfspopulation. Diese zu erwirken, ist die neue Landesregierung gefordert. Sie muss beim Bundesumweltministerium aktiv auf diese Attestierung hinwirken.

(Beifall bei der CDU)

Kürzlich, meine Damen und Herren, hat die deutsche Umweltministerin Steffi Lemke die Europäische Kommission in einem Brief aufgefordert, den Wolf trotz steigender Population und Risszahlen weiterhin unter besonderen Schutz zu stellen. Herr Minister, das lässt vermuten, dass Sie dort Ihren

Einfluss noch nicht geltend gemacht haben oder nicht geltend machen wollten. Ich weiß es nicht. Mit dieser Aufforderung stellt sich die Bundesministerin gegen eine Entschließung des Europäischen Parlaments. Zur Erinnerung: Die EU-Kommission hat im November 2022 zu einer Neubewertung des guten Erhaltungszustandes aufgefordert.

Dieser Brief ist in meinen Augen ein Angriff auf den ländlichen Raum. Von ihm, Herr Minister Meyer, sollten Sie sich zumindest öffentlich distanzieren. Der Schutz und die Sicherheit der Menschen und der Nutztiere im ländlichen Raum haben für uns höchste Priorität.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Alfred Dannenberg [AfD])

Aber statt in diesem wesentlichen Punkt am Ball zu bleiben und klare Kante zu zeigen, hat die neue Landesregierung am Runden Tisch zusammengesessen und noch einmal über das gesprochen, was bereits lang und ausführlich besprochen gewesen ist. Die Wolfsrudel in Bergen, Bleckede und Munster waren derweil erheblich produktiver und haben sich weiter vermehrt. Zahlreiche Weidetiere sind ihnen zum Opfer gefallen. Bei fast 250 Wolfsangriffen wurden im Jahr 2022 insgesamt 685 tote Tiere verzeichnet, und es gab erneut - das finde ich besonders schlimm - kritische Begegnungen zwischen Menschen und Wölfen.

Der aktuelle Vorfall in Visselhövede, meine Damen und Herren, bei dem drei Wölfe eine 24-jährige Radfahrerin verfolgten, sollte für alle politisch Verantwortlichen ein Fingerzeig sein. Die Frau konnte sich zwar in Sicherheit bringen, aber eines sollte uns klar sein: Ihr Leben wird nach dieser Begegnung nie wieder das sein, was es vorher war.

Fakt ist: Der gute Erhaltungszustand des Wolfs ist gegeben. Andere europäische Länder machen uns längst vor, wie man im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten die Wolfspopulation managen kann.

Meine Damen und Herren der Landesregierung, Herr Minister Meyer, auf meine Nachfrage im Rahmen Ihrer Unterrichtung im Umweltausschuss am 28. November 2022 haben Sie gesagt, man könne nicht das ganze Land einzäunen, man müsse Lösungen zur Entschädigung und zur Entbürokratisierung des Zaunbaus finden, und Ihr Plan sei kein Aktionsplan für Wolfsabschüsse, aber man müsse Problemwölfe schießen. Herr Meyer, das klingt für mich wie: Wasch mich, aber mach mich nicht nass!

(Zuruf von der CDU: Ganz genau!)

Denn um zu verhindern, dass diese Problemwölfe tatsächlich geschossen werden können, wollen Sie eine Woche im Voraus eine Veröffentlichung herausgeben. So geht das nicht, Herr Meyer!

(Starker Beifall bei der CDU und Zustimmung von Alfred Dannenberg [AfD])

Sie müssen Verantwortung übernehmen und endlich dafür sorgen, dass unsere Kulturlandschaft und unsere Weidetierhaltung geschützt werden und dass die elementar wichtige Deichpflege und ein sicheres Leben für Menschen, deren Zuhause in einem Wolfsterritorium liegt, möglich bleiben.

Man könnte meinen, Sie handeln nicht; aber tatsächlich handeln Sie doch, nämlich durch Unterlassen. Sie handeln verantwortungslos - gegen Menschen und gegen Wölfe.

Es sind zwei Szenarien, die Ergebnis Ihres Nichthandelns sein können und vor denen wir auf der Hut sein sollten.

Erstens. Die betroffenen Menschen fühlen sich alleingelassen und lösen das Problem selbst. Dann verlieren wir jede Kontrolle über die Zahl der Wölfe, die gejagt werden.

Das zweite Szenario möchte ich mir gar nicht vorstellen, meine Damen und Herren: Weil die Wölfe sich ganz unbehelligt bewegen und am Vieh bedienen können, entdecken sie, dass auch Menschen eine nicht allzu schlecht zu jagende Beute sein können. Niemand möchte erleben, dass Wölfe anfangen, regelmäßig Hunde als natürliche Konkurrenten im Revier zu töten und Menschen zu gefährden, die auf einem Spaziergang sind.

Wölfe müssen durch geregelte Entnahmen und Elektrozäune natürliche Scheu zurückgewinnen; das ist richtig.

Wir müssen endlich handeln, statt nur zu forschen und ewig weiterzudiskutieren. Darum fordere ich die Landesregierung auf,

- sich zur Notwendigkeit eines aktiven, regional differenzierten und nicht nur auf die Entnahme einzelner Problemwölfe beschränkten Wolfsmanagements in Niedersachsen zu bekennen,
- die Entscheidung, die artenschutzrechtlichen Ausnahmegenehmigungen zur rechtmäßigen Entnahme von Problemwölfen eine Woche vor Erlass bekannt zu machen, sofort zurückzunehmen,

- sich beim nationalen und auch beim europäischen Gesetzgeber für die Feststellung des guten Erhaltungszustandes des Wolfes in Niedersachsen einzusetzen,
- schnellstmöglich einen Wolfsmanagementplan für Niedersachsen vorzulegen, der zum gewünschten Ergebnis führt,
- auf ein besseres Monitoring zur Erfassung von Population und Nutztierrissen hinzuwirken,
- eine Obergrenze der Wolfspopulation in Niedersachsen oder sogar in einzelnen niedersächsischen Regionen festzulegen,
- Möglichkeiten zu prüfen, um den Wolf aus Gründen des Küstenschutzes aus diesen Gebieten wieder zu verdrängen, und
- eine praktikable Lösung für eine deutlich schnellere und unbürokratischere Entschädigung betroffener Weidetierhalter zu erarbeiten und umzusetzen.

(Beifall bei der CDU - Glocke der Präsidentin)

- Ich komme gleich zum Schluss.

Mit der Aufnahme des Wolfes in das niedersächsische Jagdrecht haben wir Ihnen bereits ein wirkungsvolles Instrument zur Verfügung gestellt, das nach Schaffung der Grundvoraussetzung die Möglichkeit bietet, Wölfe bei Bedarf fachgerecht und effizient zu entnehmen. Drücken Sie sich nicht vor dieser Verantwortung, sondern handeln Sie im Sinne der Menschen und der Wolfspopulation, solange dazu noch Zeit ist!

Ich beantrage im Namen meiner Fraktion, diesen Antrag neben dem federführenden Umweltausschuss auch im Agrarausschuss zu beraten, und freue mich über viele zielführende Diskussionen in den beiden Fachausschüssen. Ich hoffe, dass wir endlich zu einem Ergebnis und zur Umsetzung kommen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der AfD)

# Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank, Herr Schmädeke. - Die nächste Rednerin ist die Kollegin Retzlaff aus der Fraktion der SPD. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD)

### Julia Retzlaff (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Rückkehr des Wolfes ist ein Erfolg des Artenschutzes. Festzustellen und anzuerkennen ist aber, dass die Rückkehr der Wölfe und ihre Verbreitung in unserer Kulturlandschaft auch Probleme mit sich bringen und uns vor Herausforderungen stellen, insbesondere beim Schutz von Weidetieren. Ich kann die Verzweiflung und den Frust der Tierhaltenden über Verluste durch Wolfsrisse gut verstehen. Persönlich kann ich als ehemalige Halterin von Ziegen und Schafen auch die emotionale Betroffenheit über jedes einzelne gerissene Tier sehr gut nachvollziehen.

Es ist wichtig und richtig, dass wir die Debatte über die Konsequenzen aus der Wiederansiedlung der Wölfe für die Landwirtschaft und das Zusammenleben zwischen Mensch, Haustieren, Weidetieren und Wolf führen. Ich fordere aber dazu auf, nicht mit überzogenen, rechtlich unhaltbaren Forderungen falsche Erwartungen über die Möglichkeiten, den Wolfsbestand in Niedersachsen in naher Zukunft regulieren zu können, zu wecken.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Den Herausforderungen müssen wir stattdessen mit EU- und bundesrechtlich belastbaren Lösungen begegnen.

In diesem Zusammenhang möchte ich nur zwei Forderungen aus dem Antrag der CDU-Fraktion beispielhaft einordnen, und zwar Punkt 8, "eine Obergrenze der Wolfspopulation in Niedersachsen und - als Grundlage eines regional differenzierten Wolfsmanagements - in einzelnen niedersächsischen Regionen festzulegen", und Punkt 9, "unter konsequenter Nutzung der Handlungsspielräume ... der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie ... sowie ... des Bundesnaturschutzgesetzes ... Problemwölfe oder auch ganze Problemrudel unter Berücksichtigung der zu definierenden Obergrenze zeitnah" zu entnehmen.

Meine Damen und Herren, solche Forderungen müssen deutlich in den Kontext gestellt werden, dass ein regionales Wolfsmanagement im Sinne der aktiven Regulierung des Bestandes nach EU-und Bundesrecht aktuell nicht möglich ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN) Der Wolf ist in der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU als in Deutschland und weiteren EU-Ländern streng zu schützende Art eingestuft. Alle sechs Jahre überprüft die EU den Erhaltungszustand zu schützender Arten. Basis dafür sind wissenschaftlich fundierte Monitoringdaten.

Im Koalitionsvertrag haben wir uns dazu verpflichtet, das bereits unter der letzten Landesregierung - die CDU hat ja auch dazugehört - etablierte "umfassende Monitoring" "der Wolfspopulation in Niedersachsen" fortzusetzen und "an einem Konzept der Bundesregierung für ein europarechtskonformes, regional differenziertes Bestandsmanagement" mitzuarbeiten.

Mit den Monitoringdaten leisten wir in Niedersachsen einen großen und wichtigen Beitrag, dass die Wolfspopulation in der Bundesrepublik durch die EU dann als günstig eingestuft werden kann und die Bundesländer dann zu einem Bestandsmanagement kommen können.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, mit Ihren Formulierungen im Antrag wie "zeitnah" oder "schnellstmöglich" suggerieren Sie aber, dass wir, wenn wir nur wollten, jetzt schon den Wolfsbestand über die Entnahme einzelner Problemwölfe hinaus regulieren könnten. Das ist EUrechtlich derzeit nicht möglich. Betreiben Sie also bitte keine Augenwischerei!

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Ihre rechtlich nicht umsetzbaren Forderungen helfen den Betroffenen nicht.

Dabei sind wir uns in Summe ja grundlegend einig. Ich gehe davon aus, dass Sie, wie die Koalitionsfraktionen auch, die aus Sicht von Natur- und Tierschutz wertvolle Weidetierhaltung in besonderem Maße unterstützen wollen und den Bedarf sehen, diese Tiere vor Wolfsrissen zu schützen.

Die anzustrebende Perspektive dafür ist ein regional differenziertes Wolfsmanagement. SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben sich im Koalitionsvertrag dazu verpflichtet, auf Bundesebene an einem europarechtskonformen, regional differenzierten Bestandsmanagement mitzuarbeiten; ich sage es noch einmal.

Auf dem Weg dahin gilt es aber vordergründig, den EU-Vorgaben entsprechend den Herdenschutz flächendeckend umzusetzen, das Monitoring wissen-

schaftlich fundiert weiterzuführen, und ganz besonders auch, Weidetierhaltende zu unterstützen und Entschädigungen unkompliziert zu leisten.

Dies alles führt das Umweltministerium im neu eingerichteten Dialogforum "Weidetierhaltung und Wolf" mit Organisationen und Verbänden von Tierhaltenden, Naturschutz, Jägerschaft oder Landwirtschaft zusammen. Themen werden Herdenschutz, Entschädigungen oder der Rahmen für rechtssichere Entnahmen und ein Wolfsmanagement sein. Auch besondere Hilfen für Weidehaltung auf Deichen und Hobbyhalter sollen in den Fokus genommen werden.

Dieses Vorhaben des rot-grünen Koalitionsvertrages wurde im Februar mit hoher Priorität bereits während der ersten 100 Tage der neuen Landesregierung in einer Auftaktveranstaltung auf den Weg gebracht.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin sehr auf die Antragsberatung im Ausschuss oder in den Ausschüssen gespannt und hoffe auf eine konstruktive, sachliche Debatte. Denn unser gemeinsames Ziel muss es sein, Konflikte, die mit der Wiederausbreitung des Wolfes einhergehen, im Sinne einer guten Koexistenz zu reduzieren, und daran zu arbeiten, dass die Bundesregierung einen günstigen Erhaltungszustand des Wolfes an die EU melden kann. Dann können wir auch über die Ausgestaltung eines Bestandsmanagements debattieren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

# Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank. - Der nächste Redner ist Herr Queckemeyer aus der Fraktion der AfD. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

### Marcel Queckemeyer (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebes Präsidium! Verehrte Kollegen! Dass ausgerechnet Sie von der CDU - mit Ihnen, Herr Dr. Schmädeke - diesen Entschließungsantrag stellen, ist doch bezeichnend. Fünf Jahre lang hatten Sie als Koalitionspartner der SPD Zeit, etwas zu bewegen. Und was haben Sie getan? - Nicht viel, außer den Wolf mit einer ganzjährigen Schonzeit ins Jagdrecht aufzunehmen und somit uns Jäger in Sippenhaft zu nehmen.

Und jetzt, nachdem wir von der AfD uns dieses Themas angenommen haben

(Zurufe von und Lachen bei der SPD und bei der CDU)

und in Brüssel auch noch eine Resolution zum Umgang mit dem Wolf auf den Weg gebracht wurde - übrigens erst, nachdem Ihre Frau von der Leyen privat selbst durch einen Wolfsriss sozusagen beschädigt wurde -, werden auch Sie sich dieses Themas annehmen, ja, annehmen müssen!

Wir unterstützen natürlich, dass ein besseres Wolfsmanagement in Niedersachsen etabliert wird. Aber Ihr Antrag geht uns nicht weit genug; denn es fehlt hier ganz klar die endlich stattzufinden habende Festsetzung des günstigen Erhaltungszustands jetzt, sofort, hier für Niedersachsen.

(Beifall bei der AfD)

Und es fehlt die 100-prozentige Entschädigung unserer Weidetierhalter.

(Jörn Schepelmann [CDU]: Sie müssen einfach mal lesen!)

Letzte Woche habe ich mich bei uns im Wahlkreis mit zwei Schäfern getroffen und erstaunliche Geschichten gehört - erschreckende Geschichten. Unabhängig voneinander haben sie mir beide bestätigt, dass das Land, Herr Minister Meyer, willkürlich die Entschädigung zusammenstreicht. Wolfsschutzmaßnahmen zusammen mit Rissentschädigung aus einem Topf mit maximal 30 000 Euro pro Jahr zu finanzieren, das geht so nicht! Das geht so nicht! Wenn wir den Heimatschutz gerade in Bezug auf unsere Naturschutzflächen wie Moore, Heideflächen und unsere Deiche gewährleisten wollen - nein, sogar müssen -, dann müssen wir uns auch unseren Berufsschäfern widmen und diese zu 100 % entschädigen und finanziell immer bei Schutzmaßnahmen unterstützen.

Sie, lieber Herr Minister Meyer, haben sich beim letzten Mal bei unserer Befragung zum Thema Wolf sehr geschickt aus der Affäre gezogen, indem Sie sagten, beim günstigen Erhaltungszustand könnten Sie nichts machen, das wäre europäisches Recht. - Ja! Aber wie kann es dann sein, dass Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, die Slowakei, Frankreich, Spanien und Schweden den Wolf bejagen können, wir aber nicht?

(Beifall bei der AfD)

Da kommt doch der Verdacht auf, lieber Herr Minister Meyer, dass es uns gehen wird wie Rumänien.

Denn da konnte der Wolf bejagt werden - solange, bis eine grüne Ministerin zusammen mit dem WWF die Jagd dort stoppte. Da Sie, Herr Minister Meyer, Mitglied des WWF, des NABU, des BUND, von Greenpeace und anderen Verbänden sind, liegt doch der Verdacht nahe, dass Sie unseren Weidetierhaltern aus persönlichen Gründen nicht helfen wollen.

Schweden hat den Erhaltungszustand bei 300 Tieren festgesetzt - 300 Tiere auf 528 000 km² Fläche. Das entspräche für Niedersachsen auf 47 600 km² Fläche gerade einmal 26 Wölfen. Aktuell liegt der Bestand aber bei ca. 400.

Also, Herr Minister Meyer, werden Sie doch endlich mal aktiv für Niedersachsen und unsere Weidetierhalter, und setzen Sie sich unabhängig von Ihren persönlichen Interessen für die Weidetierhalter und unseren Naturschutz ein!

Und Sie von der SPD, hören Sie bei dieser Entscheidung doch auch mal auf Ihre Mitglieder vor Ort! Mitglieder Ihrer Partei haben kürzlich erst gesagt: In unsere Gemeinden gehört der Wolf nicht hin! - Werden auch Sie aktiv für unsere Weidetierhalter, und hören Sie doch mal auf, sich von Ihrem kleinen Koalitionspartner, den Grünen, am Nasenring durch die Manege führen zu lassen!

(Beifall bei der AfD)

Wir von der AfD fordern ganz klar die Erklärung des günstigen Erhaltungszustands mit weit unter 300 Wölfen und eine sehr gut gemanagte Jagdzeit.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Einen Moment! Ich glaube, es gibt eine Frage von der Abgeordneten Thordies Hanisch.

### Marcel Queckemeyer (AfD):

Nein, danke.

### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Die Frage wird nicht zugelassen.

Ich bitte noch einmal, sehr sensibel auf die Wortwahl zu achten. Ich glaube, Analringe kann man auf irgendeiner Auktion verwenden.

(Heiterkeit - Zurufe von der AfD: Nasenringe!)

- Nasenringe! - Bitte seien Sie sensibel bei der Wortwahl.

Die nächste Rednerin ist Frau Kura von Bündnis 90/Die Grünen.

(Anhaltende Unruhe und Heiterkeit)

- Schön, dass ich für Gelächter sorgen konnte.

Sie haben das Wort. Bitte schön!

(Unruhe)

## Anne Kura (GRÜNE):

Sind Sie so weit?

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleg\*innen! Ich versuche mal, jetzt wieder zum Antrag zu sprechen

Der Wolf ist in Niedersachsen wieder heimisch geworden. In Ihrem Antrag, liebe CDU, schreiben Sie, dass dies u. a. nach Auffassung des NABU ein großer Erfolg für den Naturschutz in Niedersachsen sei. Da waren Sie in Ihrem Landtagswahlprogramm von 2010 schon einmal weiter. Da haben Sie es nämlich als Ihren eigenen Erfolg gelobt, dass Sie den Wolf in Niedersachsen wieder angesiedelt hätten.

Wie dem auch sei, es *ist* ein großer Erfolg des Artenschutzes, dass Wölfe in Niedersachsen wieder heimisch sind, und sie stehen unter besonderem Schutz. Gleichzeitig gibt es Konflikte mit der Weidetierhaltung, denen wir begegnen müssen; denn die Weidetierhaltung ist eine besonders wertvolle Haltungsform, und deshalb verdient sie auch besondere Unterstützung.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Liebe Kolleg\*innen, wir führen seit vielen Jahren intensive Debatten dazu. Dabei ist ganz klar: Es gibt hier keine einfachen, einseitigen Lösungen, sondern es muss eine Vielzahl von Maßnahmen geben. Dazu gehören Herdenschutz, Förderung der Weidetierhaltung, Entschädigungen, Vergrämung und - wenn es nicht anders geht - auch die Entnahme von Problemwölfen. Und die vielfältigen Schutzmaßnahmen wirken auch: Trotz der wachsenden Wolfspopulation geht die Zahl der gerissenen Tiere zurück.

Und weil es keine einfachen, einseitigen Lösungen gibt, ist der Dialog so wichtig. Deshalb ist es sehr gut, dass es jetzt nach langer Zeit der verhärteten Fronten einen Aufbruch für einen sachlichen Dialog gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Weidetierhalter\*innen, Jäger\*innen und Naturschützer\*innen reden wieder miteinander, und das ist das Verdienst unserer Landwirtschaftsministerin und unseres Umweltministers.

# (Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleg\*innen, die Beteiligten der ersten Dialogrunde haben die sehr gute, sehr konstruktive Atmosphäre mit viel Verständnis und großer Sachlichkeit gelobt. Wenn Sie es ernst meinen, dass auch Sie die Interessen der Weidetierhaltung und des Artenschutzes verbinden wollen, dann unterstützen Sie doch diesen Dialog, und greifen Sie ihm nicht vor!

Arbeitsgruppen - das wurde eben schon ausgeführt - werden u. a. für die Themen Herdenschutz - auch am Deich -, Entschädigungszahlungen sowie Transparenz an Verbesserungen arbeiten. Uns geht es um größtmögliche Transparenz und eine Versachlichung der Debatte; denn gegenseitige Schuldzuweisungen und Zuspitzungen, wie wir Sie gerade eben hier gehört haben, führen nicht weiter.

Deswegen will ich auf einen Punkt kurz eingehen: Die Forderung, Abschussgenehmigungen wieder zu Geheimsachen zu erklären, geht in die falsche Richtung. Gerade dadurch, dass Begründungen öffentlich bekannt und somit auch gerichtlich überprüfbar sind, wird die Akzeptanz der Entnahmen gesteigert.

(Dr. Marco Mohrmann [CDU]: Nein!)

Denn so wächst auch auf Seiten der Naturschützer\*innen das Verständnis für die Notwendigkeit einzelner Abschüsse. Selbstverständlich werden keine personenbezogenen Daten, die Rückschlüsse auf die beteiligten Personen - auf die Jäger\*innen - ermöglichen, veröffentlicht.

(Zuruf von Alfred Dannenberg [AfD])

Deswegen ist auch nicht von der Bedrohungslage auszugehen, die Sie eben an die Wand gemalt haben.

(Jörn Schepelmann [CDU]: Nein, natürlich nicht! Das haben wir alles erlebt!)

# Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Entschuldigung, Frau Kura, ich unterbreche Ihren Redeschwall ungern, aber lassen Sie eine Frage des Abgeordneten Schmädeke zu?

# Anne Kura (GRÜNE):

Ja.

### Dr. Frank Schmädeke (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Frau Kura, ich habe eine ganz kurze und einfache Frage: Von wem wollen Sie die Wölfe denn schießen oder entnehmen lassen? Im Jagdrecht ist der Wolf; das ist klar. Der günstige Erhaltungszustand ist noch nicht attestiert, das funktioniert also nicht. Aber Einzelentnahmen von Problemwölfen sind möglich. Das haben sonst auch die Jäger gemacht. Wenn die vorher publik gemacht werden, haben sie Angst um ihre eigenen Familien. Wie wollen Sie das bewerkstelligen?

# Anne Kura (GRÜNE):

Die Wölfe, die zur Entnahme freigegeben sind, sollen selbstverständlich auch weiter von professionellen Jäger\*innen entnommen werden.

(Lachen bei der AfD)

Ich habe ja gerade gesagt, dass die personenbezogenen Daten dazu nicht veröffentlicht werden sollen. Wir werden damit auch zu mehr Transparenz und Versachlichung beitragen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD - Carina Hermann [CDU]: Sie werden also nicht veröffentlicht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade weil das Thema Wolf und Weidetierhaltung so emotional ist, wie wir gerade wieder merken, sind eine sachliche Debatte und rechtlich saubere Lösungen so wichtig. Wir haben hier in Niedersachsen ein vorbildliches Wolfsmonitoring und unterstützen den Bund dabei, auf einer wissenschaftlichen Grundlage den Erhaltungszustand zu beurteilen.

Wir arbeiten, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, an einem Konzept der Bundesregierung für ein europarechtskonformes, regional differenziertes Bestandsmanagement mit.

Ich freue mich auf die sachliche Beratung, die hoffentlich im Ausschuss folgt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank.

Dann kommen wir jetzt zur Ausschussüberweisung. Federführend soll der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz sein. Beantragt ist die Mitberatung im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Wer dem so zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Vielen Dank.

Wir kommen zu dem in diesem Tagungsabschnitt letzten Tagesordnungspunkt:

Tagesordnungspunkt 18:

Erste Beratung:

Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken wiederaufnehmen - ein neues Reaktivierungsprogramm starten - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/535

Zur Einbringung hat sich der Abgeordnete Christ gemeldet. Bitte schön!

# Stephan Christ (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleg\*innen! Zum letzten Tagesordnungspunkt ein kleines Rätsel zu Beginn: Was haben Aurich, Clausthal-Zellerfeld, Duderstadt, Friesoythe, Lüchow, Stuhr, Sulingen und Zeven gemeinsam?

(Zuruf von der SPD: Die liegen in Niedersachsen! - Wiard Siebels [SPD]: Ich ahne es!)

Wissen Sie's? - Das sind die niedersächsischen Mittelzentren, die zwar Gleise, aber keinen Personenverkehr mehr haben - Mittelzentren, die im ländlichen Raum eine zentrale Funktion übernehmen.

Nachdem es gestern bereits um das Auto und die immense Bedeutung des Radverkehrs ging, soll es nun also um die Bahn gehen. Jahrzehnte des Fokus auf den MIV - den motorisierten Individualverkehr - haben hier ihre Spuren hinterlassen. Und Sparmaßnahmen der Bahn - zuletzt vor allem in den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts - auf dem Weg hin zu einer Aktiengesellschaft haben ihr Übriges getan.

Liebe Kolleg\*innen, zum Glück leben wir in anderen Zeiten, im Jahre 2023. Zum Glück haben wir die essenzielle Bedeutung des Bahnverkehrs für eine gelungene Verkehrswende erkannt. Zum Glück denkt niemand mehr ernsthaft über die Abbestellung von Verkehren nach - hoffe ich zumindest.

8 Millionen Niedersächs\*innen wollen mobil sein, auf dem Weg zur Schule, zur Uni oder zur Arbeit, zum Arzt oder zum Einkaufen, zum Sportverein, zur Großmutter, in die Kneipe oder in den Urlaub, schwer bepackt oder mit leichtem Gepäck, alleine oder mit der ganzen Familie. Sie merken: Mobilität ist so vielfältig wie die Menschen in diesem Land sind, und das muss eine Verkehrswende leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Verkehrsmittel dazu sind je nach Anlass sehr unterschiedlich, und so ist es wichtig, dass wir nach einer gewissen Flaute in den vergangenen Jahren nun wieder die Reaktivierung von Bahnstrecken für den Personenverkehr in Niedersachsen in den Blick nehmen.

Liebe Kolleg\*innen, eines hat sich doch ganz eindeutig gezeigt: Dort, wo Strecken reaktiviert wurden, haben sie die Erwartungen übertroffen, die zuvor an sie gestellt wurden. Beispiel: die Grafschaft Bentheim. Nachdem entsprechende Überlegungen schon auf die 1990er-Jahre zurückgehen, gab es 2015 positive Signale. Der von der damaligen rotgrünen Landesregierung eingesetzte Lenkungskreis analysierte die Potenziale von dutzenden Strecken und identifizierte dann die erfolgversprechendsten. Bad Bentheim-Neuenhaus war auch mit dabei. Seit 2019 fahren nun auf der 28 km langen Strecke wieder Regionalbahnen der Bentheimer Eisenbahn im Stundentakt. 35 Jahre nach dem Ende des Personenverkehrs erlebte dieser hier eine Renaissance. Weitere Halte sind in der Prüfung, eine Verlängerung - einerseits nach Gronau, anderseits nach Coevorden - ist in der Diskussion. Die Zahlen bestätigen den Erfolg: Die 2500 Fahrgäste an Werktagen zeigen, dass der Umstieg möglich ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Liebe Kolleg\*innen, um dieser Strecke und der zweiten des damaligen Programms - von Einbeck-Mitte nach Salzderhelden - weitere folgen zu lassen, soll es nun eine Fortsetzung des Reaktivierungsprogramms und die Wiedereinrichtung des Lenkungskreises geben. Die Zeiten für eine Reaktivierung sind aktuell so gut wie nie zuvor. Durch die neue Standardisierte Bewertung des Bundes haben sich die Möglichkeiten, Schienenstrecken für den Nahverkehr zu reaktivieren, noch einmal deutlich verbessert. So fallen u. a. Aspekte wie der Klimaschutz, der benötigte Flächenverbrauch oder die verbesserte Erschließung von Orten stärker ins Ge-

wicht als zuvor. Dies kann es ermöglichen, dass gerade die Anbindung von Mittelzentren untereinander und an die Oberzentren besser gelingt. Auch touristische Destinationen haben so bessere Chancen, angebunden zu werden - ganz wichtig bei uns hier in Niedersachsen.

Liebe Kolleg\*innen, ob am Ende alle der zu Beginn genannten Städte wieder Personenzüge erhalten werden, können wir heute natürlich noch nicht sagen; das wäre nicht redlich. Aber wir wollen uns dafür einsetzen, dass die vielfältigen Bemühungen von möglichst vielen Kommunen, Unternehmen und den ganz vielen Ehrenamtlichen vor Ort, die sich an so vielen Stellen im Land für ihre Strecken vor Ort einsetzen, endlich Früchte tragen - ob für den Moor-, den Spargel- oder den Heide-Express, für das Sulinger Kreuz oder die Ostfriesische Küstenbahn. Sie alle haben das Potenzial, ganze Regionen neu an den Bahnverkehr anzuschließen. Dieses Potenzial wollen wir gemeinsam heben.

## Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Entschuldigung, Herr Christ!

# Stephan Christ (GRÜNE):

Ich freue mich auf die Beratungen mit Ihnen.

### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Entschuldigung! Lassen Sie eine Frage vom Abgeordneten Schepelmann zu?

# Stephan Christ (GRÜNE):

Nein, danke.

### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Nein, danke. - Alles klar.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Entschuldigung, dass ich Ihr Schlusswort abgewürgt habe. Sie hätten jetzt noch Redezeit, wenn Sie noch etwas zu sagen haben.

(Stephan Christ [GRÜNE]: Nein, alles gut!)

- Alles gut? - Okay.

Dann kommen wir zum nächsten Redner: aus der Fraktion der AfD. Herr Najafi, bitte!

(Beifall bei der AfD)

### Omid Najafi (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Kollegen! Wir haben in Niedersachsen zig marode Brücken, die in den nächsten Jahren nicht mehr nutzbar sein werden. Die überlebensnotwendige Subventionierung von Regionalflughäfen soll 2024 eingestellt werden. Straßen- und Autobahnausbau gehen kaum bis gar nicht voran. Und da nehme ich die CDU mit in die Verantwortung.

(Veronika Bode [CDU]: Natürlich!)

Sie haben noch bis vor wenigen Monaten mitregiert und das anfänglich in einer Null-Zins-Phase bei fast keiner Inflation.

Bevor ich gleich zu dem Antrag zu sprechen komme, noch ein Satz zur CDU: Ich kann verstehen, dass Ihr damaliger Koalitionspartner nicht so sehr mit kognitiven Fähigkeiten gesegnet war. Aber wenn Sie schon, wie in den letzten Tagen und Wochen ersichtlich, AfD-Linien vertreten und unsere Anträge sowie Forderungen fast 1:1 kopieren, dann können Sie nicht so unintelligent sein.

(Marie Kollenrott [GRÜNE]: Das geht ja gar nicht! - Wiard Siebels [SPD]: Sie sind ja wirklich arm dran!)

Ihr Problem sitzt eher hier in der ersten Reihe. - Wo ist Herr Lechner? - Passende Krawatte übrigens!

Jetzt zum Antrag der Grünen und der Partei, die sich selbst aufgegeben hat, ehemals bekannt als die SPD. Es geht hier darum, einen Lenkungskreis zu bilden, mit diesem Lenkungskreis stillgelegte Bahnstrecken ausfindig zu machen und nach Möglichkeit zu reaktivieren. Gut! Doch wenn man sich Ihren Antrag mal genau anschaut, dann sieht man, dass es Ihnen nur um eine einzige Bahnstrecke geht: von Salzgitter-Lebenstedt nach Salzgitter-Fredenberg.

(Wiard Siebels [SPD]: Oh, Mann!)

Das sind 30 Minuten Fußmarsch. Respekt! Sie haben effektives und effizientes Arbeiten neu definiert.

(Zustimmung bei der AfD - Wiard Siebels [SPD]: Einfach wieder nicht richtig gelesen! Das kann schon mal vorkommen, ne?)

Die zwei anderen Bahnstrecken waren ja schon reaktiviert.

(Wiard Siebels [SPD]: Nein, es geht darüber hinaus, Mensch, das steht doch drin!)

- Doch!

(Wiard Siebels [SPD]: Mein Gott, Mensch!)

# Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Der Redner hat das Wort.

(Wiard Siebels [SPD]: Ich wollte es nur sagen!)

### Omid Najafi (AfD):

Danke, Frau Präsidentin.

(Unruhe - Eva Viehoff [GRÜNE]: Es ist aber schwer zu ertragen!)

Sollten jedenfalls die einzigen beiden Kriterien dieses Vorhabens sein - jetzt können Sie ja - - - ach, egal! -, kosteneffizient einen wirtschaftlichen Nutzen zu erzielen und einen Mehrwert für die Bürger zu erbringen, werden wir dies unterstützen. Sollte es sich aber erneut als eine Kostenfalle entpuppen oder als Selbstbedienungsladen für eigene Interessengruppen, werden wir als echte demokratische Partei wie immer auf der Seite der Bürger bleiben und dagegen ankämpfen.

(Wiard Siebels [SPD] lacht)

Wir blicken gespannt, wohlwollend und kritisch auf die Beratungen im Ausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD - Wiard Siebels [SPD]: Realsatire, wirklich! Das ist wirklich der Knaller!)

### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Der nächste Redner ist aus der Fraktion der CDU, der Abgeordnete Scharrelmann. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU - Dr. Marco Mohrmann [CDU]: Endlich mal einer mit Charakter!)

## Marcel Scharrelmann (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Nasabi, -

(Omid Najafi [AfD]: Najafi!)

- Entschuldigung!
- das war gerade wieder ein Meisterstück im Nichtzuhören,

(Wiard Siebels [SPD]: Ja!)

im Nicht-zu-Sehen, was im Antrag steht.

(Wiard Siebels [SPD]: Ja!)

Mein Kollege von den Grünen hat zahlreiche Projekte genannt. Auch ich werde gleich noch verschiedene Projekte von Reaktivierungsmaßnahmen nennen.

Ich möchte auch auf das hinweisen, was bereits im vergangen Jahr passiert ist. Wir haben hier im Sommer letzten Jahres zusammengesessen und über Anträge zur Reaktivierung von Bahnstrecken gesprochen. Im November gab es dazu eine Unterrichtung im zuständigen Wirtschaftsausschuss. Dort ist über den Sachstand der vielen Projekte unterrichtet worden. Von daher: Schämen Sie sich für das, was Sie hier von sich lassen! Das geht absolut nicht!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Wiard Siebels [SPD]: Ja, genau!)

Versuchen wir mal, wieder etwas sachlicher zu werden.

(Wiard Siebels [SPD]: Das ist schön!)

Niedersachsen ist am Zug. Viele von uns kennen das Bahnhofreaktivierungsprogramm, das seit 2014 nun in der dritten Auflage erfolgreich arbeitet. Drei von vier Bahnstationen wurden inzwischen in Niedersachsen durch Landesmittel instandgesetzt. Die Attraktivität des Nahverkehrs auf Schienen wurde so deutlich gesteigert. Der Ausbau der S-Bahn Hannover, die Einrichtung der S-Bahnlinien in Bremen, der Ausbau der Lammetal- und der Heidebahn - das sind Beispiele vieler Projekte, die seit Mitte der 90er-Jahre den ÖPNV in Niedersachsen gestärkt haben.

Mein Vorredner hat es gerade gesagt: Von Bad Bentheim nach Neuenhaus oder von Einbeck-Salzderhelden nach Einbeck-Mitte wurden in der vergangen Wahlperiode Bahnstrecken reaktiviert.

Was er nicht gesagt hat: Hierfür gilt unser Dank unserem ehemaligen Wirtschaftsminister, der das möglich gemacht hat, Dr. Bernd Althusmann.

(Beifall bei der CDU)

Der ÖPNV auf der Schiene war und ist also in unserem Land am Zug. Die Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens müssen zukünftig noch mehr von der Schiene profitieren. Mehr von uns sollten nicht nur am Zug sein, sondern im Zug sitzen. Denn ein 49-Euro-Ticket ist gerade für die attraktiv, die es als Pendler tagtäglich nutzen können. Wenn es nicht

weit bis zum nächsten Bahnhof ist, fällt der Umstieg leichter, als wenn ich erst mit dem Rad oder dem Auto zur nächsten Haltestelle fahren muss.

Die Große Koalition der letzten Wahlperiode hat einen sehr pragmatischen Ansatz gewählt, um den ÖPNV gerade in der Fläche, gerade dort, wo keine Bahnschienen sind, zu erweitern. Mit der Einrichtung der Landesbuslinien wurde in vielen Regionen das Angebot deutlich vorangebracht. Linien mit stündlicher Taktung, von frühmorgens bis spätabends, und moderne, mit WiFi ausgestattete Busse sorgen dafür, dass der Umstieg leichter wird. Das muss auch weiter finanziert werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Der Wegfall einer vorhandenen Landesbuslinie darf nämlich nur dann erfolgen, wenn stattdessen eine parallel verlaufende Bahnlinie reaktiviert wird.

Wir haben dafür in Niedersachsen viele Potenziale. In meinem Wahlkreis gibt es gleich zwei Bahnlinien, die für eine Reaktivierung interessant sind: aus der Kreisstadt Diepholz in die Kreisstadt Nienburg und von Bassum nach Bünde. Oder nehmen wir den Moorexpress im Landkreis Osterholz! Und es gibt viele weitere Projekte, die aus dem Dornröschenschlaf geweckt werden können. Bernd Althusmann hatte dies als Wirtschaftsminister im August letzten Jahres mit der Ankündigung der Reaktivierung der Bahnstrecken zwischen Bremervörde und Stade sowie zwischen Zeven und Tostedt bereits angestoßen.

(Beifall bei der CDU)

Wir lassen uns auch nicht davon abschrecken, wenn eine Bahnlinie einmal nicht elektrifiziert ist. Wir setzen dann auf wasserstoffbetriebene Züge statt auf Diesel-Triebwagen. Das ist eindeutig die Zukunft Niedersachsens.

Wenn ich hier in die Runde schaue, finden wir, wie ich glaube, reichlich Projekte, die noch von einer Reaktivierung profitieren könnten. Genau das sind Themen, die wir u. a. auch noch einmal im zuständigen Ausschuss diskutieren sollten.

Wir haben bereits in der Vergangenheit viel geprüft. Es wurden unzählige Gespräche geführt, viele Gutachten und Machbarkeitsstudien erstellt, und es wurde an den Förderbedingungen gefeilt. In vielen Regionen engagieren sich Bürgerinnen und Bürger für die Reaktivierung von Bahnstrecken - mit viel Sachkenntnis, viel Fleiß und viel privatem Engagement. Aber, meine werten Kolleginnen und Kollegen von Rot und Grün, diese Bürgerinnen und Bürger

warten nicht auf den nächsten Lenkungskreis. Sie warten nicht auf die nächste Gesprächsstunde. Sie wollen nicht neue Gutachten erstellen. Sie wollen endlich in den Zug einsteigen und nicht am stillgelegten Gleis stehenbleiben.

(Beifall bei der CDU - Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Oha! Das hat Herr Althusmann aber die letzten fünf Jahre nicht verstanden!)

- Deswegen habe ich gerade erwähnt, wo wir Bahnstrecken bereits in der letzten Wahlperiode aktiviert haben und dass wir weiterhin daran arbeiten wollen.

Natürlich müssen die Kosten und der Nutzen abgewogen werden. Natürlich müssen Ranglisten erstellt werden. Aber wir müssen deutlich schneller auch in der Umsetzung sein.

Setzen wir also, verehrte Kolleginnen und Kollegen, nicht wieder alles auf null. Bauen Sie auf den Vorarbeiten auf, und treiben Sie das Thema voran!

Parallel müssen wir uns natürlich auch weitere Strecken ansehen - insbesondere auch den Güterverkehr. Auch hier warten Bahnstrecken auf die Reaktivierung und den weiteren Ausbau. Ich nenne hierfür als positives Beispiel den Ausbau der Bahnstrecke von Wilhelmshaven nach Oldenburg und damit die Anbindung an Deutschlands einzigen Tiefwasserhafen, die dadurch deutlich verbessert wird.

Ziel der Mobilitätspolitik muss es auch sein, wieder mehr Güter von der Straße auf die Schiene zu bekommen. Dazu gehört, dass wir uns nicht nur um Nebenstrecken kümmern, sondern auch die Hauptstrecken ertüchtigen. Sonst haben wir dort schnell eine zusätzliche Belastung. Das wichtigste Argument für die Bürgerinnen und Bürger, warum sie nicht in den Zug steigen, ist die Pünktlichkeit. Daran müssen wir arbeiten - dass der Takt funktioniert, dass die Leute pünktlich in den Zug kommen. Dann ist die Bahn ein wichtiges zusätzliches Medium neben dem Individualverkehr.

### (Beifall bei der CDU)

Der ehemalige Bahnchef Hartmut Mehdorn hat einmal gesagt, dass es keinem hilft, "heiße Luft durch die Gegend zu fahren". Diese Gefahr besteht, wenn eine Bahnverbindung nicht attraktiv ist. Und die Attraktivität steht und fällt nun einmal mit der Anzahl der Verbindungen und der Verlässlichkeit.

Meine Fraktion freut sich, dass die Landesregierung an ihre Vorgänger anknüpfen und die Verbesserung des ÖPNV weiter vorantreiben möchte. Wir werden Ihren Antrag unterstützen, aber auch konstruktiv mit Ideen begleiten. Ich würde mich sehr freuen, wenn die von mir geschilderten Vorschläge Eingang in den Antrag fänden und wir damit künftig die Mobilitätspolitik voranbringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank. - Die nächste Rednerin ist aus der Fraktion der SPD Frau Dr. Liebetruth. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD)

# Dr. Dörte Liebetruth (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Eine kurze Anmerkung zum vorletzten Redner - ich meine den Redner von rechts außen.

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Von einem Mitglied des Präsidiums der Parlamentariergruppe Bahn habe ich etwas anderes erwartet.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN - Wiard Siebels [SPD]: Man wird ihn verteidigen müssen! Er hat nicht verstanden, um was es geht!)

Nun aber zur Sache: Rot-Grün geht es mit dem vorliegenden Antrag um zwei Dinge: erstens darum, mit Schwung und mit Nachdruck ein neues Reaktivierungsprogramm für stillgelegte Bahnstrecken zu starten, um sie später für den Schienenpersonennahverkehr nutzen zu können. Und zweitens darum, gesellschaftliche Gruppen sowie Expertinnen und Experten an diesem neuen Reaktivierungsprogramm zu beteiligen.

Warum ist das nötig? In der vergangenen Wahlperiode fehlte leider der Nachdruck. Der frühere Minister Bernd Althusmann hatte die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken eben leider nicht zur Chefsache gemacht, lieber Marcel Scharrelmann.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Genau!)

Umso mehr bin ich froh, dass unser heutiger Verkehrsminister Olaf Lies mit diesem wichtigen Thema ganz anders umgeht. Er macht die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken gleich zu Beginn dieser Wahlperiode mit Nachdruck zur Chefsache und bringt endlich neue Dynamik in diesen Prozess.

(Ulf Thiele [CDU]: Er macht ja alles zur Chefsache!)

Danke dafür, lieber Olaf Lies! Genau das braucht unser Land.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Dr. Marco Mohrmann [CDU]: Darüber lacht der Minister selber!)

Denn für ein Flächenland wie Niedersachsen ist ein gut ausgebautes schienengebundenes Nahverkehrsnetz von großer Bedeutung. Nicht zuletzt der große Erfolg des 9-Euro-Tickets hat gezeigt, dass viele Menschen bereit sind für den Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn, wenn das Angebot attraktiv ist.

Der Ticketpreis ist das eine. Ebenso wichtig ist in unserem Flächenland Niedersachsen das Angebot an Verbindungen und auch die Entfernung zur nächsten Haltestelle. Nur mit einer möglichst guten Erreichbarkeit in ganz Niedersachsen können wir unser Ziel erreichen, die Fahrgastzahlen in Bussen und Bahnen bis 2030 zu verdoppeln.

Seit dem ersten Reaktivierungsprozess 2013 durch die damalige rot-grüne Landesregierung haben sich die Bedingungen weiter verbessert. Damals konnten als Pilotvorhaben zwei Strecken erfolgreich reaktiviert werden; sie sind schon genannt worden. Inzwischen stehen u. a. deutlich mehr Bundesmittel zur Verfügung. Projekte können mit bis zu 90 % vom Bund bezuschusst werden. Zudem wurden von der Bundesregierung im vergangenen Jahr die Bewertungsmaßstäbe verbessert, sodass Faktoren wie Umwelt und Klimaschutz, Verkehrsverlagerung, aber auch die Daseinsvorsorge stärker ins Gewicht fallen. Diesen Schwung wollen wir nutzen, um in Niedersachsen weitere Strecken und Städte zurück ans Bahnnetz zu bringen. Ziel muss es sein, die Mittelzentren und die touristisch relevanten Destinationen anzubinden und miteinander zu vernetzen.

Für die Beteiligung am Reaktivierungsprozess hatte Minister Olaf Lies in seiner ersten Wahlperiode als Verkehrsminister einen Lenkungskreis eingerichtet. Das war gut, und daran wollen wir anknüpfen. Denn es müssen natürlich auch Entscheidungen vorbereitet werden, nämlich welche Strecken dann in welchen Schritten reaktiviert werden. Da ist Beteiligung eine ganz wichtige Sache. Neben den Kommunen

soll in diesem Gremium z. B. das Nahverkehrsbündnis vertreten sein. Ich will nur ein paar Organisationen beispielhaft nennen, die diesem Nahverkehrsbündnis angehören.

Da sind beispielsweise der Fahrgastverband PRO BAHN, der Verkehrsclub Deutschland VCD, der Fahrradclub ADFC, die Gewerkschaften EVG und ver.di, der Sozialverband SoVD und die Verbraucherzentrale. Es sind die Umwelt- und Naturschutzverbände BUND und NABU sowie die Bürgerinitiativen Umweltschutz und "Einfach Einsteigen".

Mit dem Nahverkehrsbündnis und anderen können wir eine breite Beteiligung in diesem Lenkungskreis sicherstellen. Es ist gut, dass auch der Niedersächsische Landtag darin mit vertreten sein wird. Wir glauben, dass die Reaktivierung von Bahnstrecken dann am besten gelingt, wenn wir das gemeinsam machen, wenn wir alle mitnehmen.

### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Frau Dr. Liebetruth, ich hatte gehofft, Sie machen zwischendurch mal eine Pause zum Atmen. Wir haben zwei Wortmeldungen.

(Dr. Dörte Liebetruth [SPD] trinkt etwas Wasser)

- Genau, ein Schluck Wasser ist nicht verkehrt.

Lassen Sie die Wortmeldungen der Abgeordneten Scharrelmann und Schepelmann zu?

(Wiard Siebels [SPD]: Gleich zwei?)

- Ich habe zwei Wortmeldungen gesehen.

(Wiard Siebels [SPD]: Die könnten sich ja vielleicht mal einigen, die beiden Herren!)

- Die Frage ist, ob Frau Dr. Liebetruth sie zulässt. - Sie hat genickt. Vielen Dank.

Herr Scharrelmann!

# Marcel Scharrelmann (CDU):

Vielen Dank, Frau Kollegin, für das Zulassen dieser Frage.

Vor dem Hintergrund, dass Sie gerade dargestellt haben, dass die Reaktivierung eine gewisse Vorlaufzeit braucht und wir eben auch von dem Kollegen Christ von Bündnis 90/Die Grünen und von mir gehört haben, welche Bahnstrecken in der letzten Wahlperiode unter Bernd Althusmann auf den Weg gebracht worden sind: Sie haben gerade den Vorgänger und jetzigen Wirtschaftsminister Olaf Lies

erwähnt. Können Sie uns bitte sagen, wie viele Bahnstrecken in der vorletzten Amtszeit unter Olaf Lies wieder reaktiviert worden sind?

(Wiard Siebels [SPD]: Da sind die auf den Weg gebracht worden! Also, das ist ja eine Verdrehung hier!)

### Dr. Dörte Liebetruth (SPD):

Ich kann Ihnen sagen, dass Olaf Lies von Anfang an ganz viel Energie und Zeit in diese Angelegenheit reinstecken wird. Das ist das, was ich in der vergangenen Wahlperiode bei dem früheren Minister vermisst habe.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Wir wissen: Die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken für den Personenverkehr gelingt nicht von heute auf morgen. Sie haben es gerade angedeutet. Dafür müssen dicke Bretter gebohrt werden. Aber genau deswegen wollen wir jetzt mit Schwung, Nachdruck und gemeinsam mit allen Beteiligten ein neues Reaktivierungsprogramm voranbringen gleich direkt am Anfang der neuen Wahlperiode.

Ich freue mich auf entsprechend zügige Ausschussberatungen und dann die Arbeit im Lenkungskreis.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Frau Dr. Liebetruth, es gab ja noch eine Frage des Abgeordneten Schepelmann. Würden Sie die auch noch beantworten?

# Dr. Dörte Liebetruth (SPD):

Ach so. Ich habe gedacht, die beiden hätten sich geeinigt. - Nein, jetzt nicht mehr.

# Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Alles klar, danke.

(Beifall bei der SPD)

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat noch eine Restredezeit von knapp drei Minuten, die der Kollege Schulz-Hendel in Anspruch nehmen möchte. Bitte schön!

### Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist mir eine große Ehre, hier heute quasi das Schlusswort zu sprechen.

(Zurufe von der CDU)

- Na ja, die Präsidentin nachher natürlich.

Insbesondere als bekennender Bahnjunkie freut es mich, dass es jetzt diesen rot-grünen Antrag gibt und wir den Reaktivierungsprozess in Niedersachsen endlich gehaltvoll, Herr Schepelmann, fortsetzen. Wir alle wissen, Ihr Minister hatte in den letzten fünf Jahren nicht so das Interesse daran.

Ich möchte aber noch einmal auf die Dinge eingehen - - -

### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Darf ich auch Sie unterbrechen, Herr Schulz-Hendel? Es ist schon wieder eine Frage vom Abgeordneten Schepelmann unterwegs. Lassen Sie diese Frage zu?

### **Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE):**

Aber natürlich.

### Jörn Schepelmann (CDU):

Vielen Dank, Herr Kollege Schulz-Hendel. - Aller guten Dinge sind drei. Dann stelle ich gerne Ihnen die Frage, die ich schon vorher stellen wollte.

Da wir uns ja alle über den Antrag so sehr freuen, wir ihn konstruktiv begleiten wollen und wir auch alle aufmerksam Ihren Koalitionsvertrag gelesen haben, in dem Sie noch davon schreiben, dass Sie die Kommunen bei der Erstellung der nötigen Gutachten auch finanziell unterstützen wollen, frage ich Sie, warum dieses entscheidende kleine Wort "finanzieren" in diesem Antrag nicht mehr auftaucht.

(Beifall bei der CDU)

### Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE):

Herr Schepelmann, wenn Sie den Koalitionsvertrag und auch den Antrag richtig gelesen haben, dann werden Sie schon erkennen, dass wir die Kommunen unterstützen werden. Dazu gehören natürlich auch Machbarkeitsstudien. Das ist natürlich sehr von der Frage abhängig: Wo gibt es Machbarkeitsstudien, und wo gibt es keine, und wo ist Unterstützung in den Regionen erforderlich? - Sie können sich darauf verlassen: Wir lassen die Kommunen mit ihren Streckenreaktivierungsbemühungen nicht im Regen stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass man das noch einmal erläutert: Was ist eigentlich von den ersten

rot-grünen Bemühungen der Reaktivierung 2013 bis 2017 bis heute passiert? - Das ist nämlich eine ganze Menge Positives, was uns optimistisch stimmt, dass wir jetzt genau diesen Lenkungskreis brauchen.

Viele Regionen haben sich bereits auf den Weg gemacht. Einige Kommunen haben selbst Machbarkeitsstudien auf den Weg gebracht mit zum Teil sehr vielversprechenden Ergebnissen. Es kommt jetzt darauf an, dass der Lenkungskreis diese Aufgabe zügig aufnimmt und in einem abgestuften Verfahren Strecken betrachtet, die quasi als bestehende Vorhaben zu bewerten sind, und dann aber auch neue Vorhaben entsprechend unterstützt. Es gibt ja in Niedersachsen rund 60 potenzielle Bahnstrecken, die wir reaktivieren könnten.

Was ist noch passiert? - Die Bundesförderung! Es gibt mittlerweile bis zu 90 % Bundesförderung zur Reaktivierung von Bahnstrecken. Das setzt aber voraus, dass sich auch Niedersachsen jetzt endlich auf den Weg macht und diese Strecken zur Bundesförderung anmeldet.

Und noch etwas ist passiert: Wir haben das gesamte OHE-Streckennetz - rund 260 km - in Nordostniedersachsen in das Land zurückgenommen, nämlich in die SInON-Gesellschaft. Auch da haben wir ein irres Potenzial. Ich will Ihnen mal ein Beispiel für positive Entwicklungen nennen: Im Landkreis Lüneburg gibt es die Strecke Lüneburg-Amelinghausen-Soltau. Die ist 2017 bei der ersten Bewertung noch knapp unter dem erforderlichen Nutzen-Kosten-Wert von 1 gewesen. Jetzt hat sie einen Nutzen-Kosten-Wert von sage und schreibe 9,1. Ich glaube, das ist der höchste Nutzen-Kosten-Wert in Niedersachsen. Das hat etwas damit zu tun, dass erstens eine ganze Region zusammensteht und zweitens die OHE Bundesfördermittel in Anspruch genommen hat, um die gesamte Schieneninfrastruktur zu modernisieren.

Das ist ein Best-Practice-Beispiel. Es gibt aber auch weitere in Niedersachsen. Ich will das nicht nur auf diese Stecke fokussieren. Aber sie ist das Paradebeispiel. Das ist eine Strecke, bei der die Menschen jetzt darauf warten, dass es losgeht. Da heute unsere Heidekönigin hier zu Gast ist, würden wir uns, glaube ich, alle gemeinsam freuen, wenn die Besucherinnen und Besucher des Heideblütenfestes bis 2027 mit dem Zug nach Amelinghausen anreisen könnten.

Damit möchte ich schließen, Frau Präsidentin. Sie wollen ja alle Feierabend machen. Ich glaube, wir sind mit diesem Antrag auf dem richtigen Weg. Wir kommen jetzt ins Arbeiten, Herr Schepelmann, und machen das mit Nachdruck. Das sind jetzt keine Lippenbekenntnisse mehr. Jetzt geht es richtig los, und jetzt holen wir die Bahnstrecken vom Abstellgleis!

(Jörn Schepelmann [CDU]: Jawohl!)

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Herr Schulz-Hendel, da kennen Sie Ihre Landesregierung schlecht. Der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung, Olaf Lies, hat noch eine Wortmeldung abgegeben. Bitte schön!

> (Beifall bei der SPD - Zuruf: Das konnte er jetzt nicht aushalten! - Ulf Thiele [CDU]: Hast du heute noch nicht gesprochen, Olaf? - Sebastian Lechner [CDU]: Olaf, hast du heute noch nicht gesprochen?)

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

Ich sehe breite Zustimmung aus Kreisen der Landesregierung.

(Zuruf: Jetzt ein kurzes Statement!)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zurufe)

- Es ist einfach zu schön im Plenum, finde ich. Ehrlich!

Erst einmal will ich mich für die - zumindest von den drei demokratischen Fraktionen - im Wesentlichen wirklich sachliche Debatte bedanken. Ich glaube, wir sind uns hier einig. Wir haben in den letzten Jahren gemeinsam bewiesen, dass das Thema Ausbau des SPNV eine ganz zentrale Rolle spielt.

Ich will gleich zu Beginn sagen: Auch dort, wo SPNV nicht geht, brauchen wir ein Angebot. Die Landesbuslinie ist ein gutes Angebot. Ich wünsche mir immer, dass wir nicht nur das eine gut finden, sondern auch sagen: Wo es keine Schiene gibt, ist eine Alternative wie eine Landesbuslinie auch eine gute Lösung.

Ich will zur Klarstellung nur ein paar Punkte sagen, bevor möglicherweise ein falscher Eindruck entsteht, und das unterstützen, was Detlev SchulzHendel gesagt hat. Die Kosten sind gesichert! Nicht, dass ein falscher Eindruck entsteht.

Ich will einmal beschreiben, was wir uns überlegt haben. Das würden wir dann natürlich auch mit den Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss noch einmal besprechen.

Es würde jetzt keinen Sinn machen, wenn wir einzelnen Projekten noch einmal Geld geben und sie mit unterschiedlichen Unternehmen noch einmal Machbarkeitsstudien machen und die einreichen. Weil wir am Ende eine Bewertung brauchen, die dann auch der Bewertung Genüge tut, die der Bund vornimmt - denn wir brauchen das Geld am Ende für die Infrastruktur-, werden alle eingereichten Vorschläge von einer Projektgruppe innerhalb der LNVG bewertet, begleitet vom parlamentarischen Lenkungskreis. Ich finde es ganz wichtig, dass die Parlamentarier von Beginn an eingebunden sind und wissen, was gemacht wird, und auch hinterfragen können. Dafür haben wir natürlich das Parlament und den Ausschuss. Aber ich glaube, auch der Lenkungskreis wird uns an der Stelle helfen.

Die Finanzierung der Untersuchung, die die LNVG dann vornimmt, wird vom Land getragen, sodass denen, die Vorschläge machen, keine Kosten entstehen, aber wir die Ergebnisse, die die Untersuchung am Ende erbringt, als Grundlage nehmen können, um die Mittel beim Bund entsprechend beantragen zu können. Das finde ich ganz wichtig. Wir bekommen vom Bund Finanzierungsmittel für die Infrastruktur für bis zu 90 % der Strecke. Es ist natürlich ein Riesenschritt, wenn uns das gemeinsam gelingt. Ich will aber auch sagen: Wir als Land müssen uns am Ende aber auch verpflichten, 20 Jahre lang den Betrieb auf der Strecke sicherzustellen. Auch das muss unser gemeinsamer Anspruch sein.

Der zweite Punkt, den ich nennen will, ist mir ganz wichtig - Detlev Schulz-Hendel hat auch das gerade sehr nachdrücklich gesagt -: Wir fangen nicht bei null an. Es gibt kein Reset, sondern wir setzen die erfolgreiche Arbeit, die wir 2013 begonnen haben, kontinuierlich fort. Wir haben ja auch in der letzten Legislaturperiode Strecken dazubekommen. Insofern finde ich, dass das ein guter Schritt ist.

Es gibt für die bestehenden Vorhaben ein beschleunigtes Vorgehen, sodass wir wirklich zügig mit den Projekten vorankommen. Für die neuen Vorhaben gibt es ein Vorgehen, wie wir die neuen Strecken bewerten können. Ich finde, das ist, ergänzend zu dem, worüber wir gestern diskutiert haben, wieder ein Baustein dafür, dass es uns gelingt, wenn wir in die Umsetzung kommen, mehr Menschen auf die

Schiene zu bringen. Es gibt mehr Menschen, die vom D-Ticket profitieren.

Gerade das Reaktivierungsprogramm ist ein Programm für den ländlichen Raum. Es ist, glaube ich, gut, wenn wir deutlich machen, dass wir alles im Blick haben: den urbanen Raum, wo wir den ÖPNV ausbauen, und den ländlichen Raum, wo wir den ÖPNV verstärken.

Vielen Dank. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und Diskussion zu diesem Thema.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Moment! Es gibt noch eine Zwischenfrage von Herrn Scharrelmann. Ich schätze mal, der Minister lässt diese Frage zu.

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

Gerne!

# Marcel Scharrelmann (CDU):

Sehr geehrter Herr Minister, vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage.

Da mir die Antwort von der Kollegin Liebetruth vorhin nicht ganz ausgereicht hat: Vielleicht können Sie diesem Hause sagen, wie viele Bahnstrecken in der vorletzten Wahlperiode unter Ihrer Ägide eingeweiht und reaktiviert worden sind.

(Wiard Siebels [SPD]: Du kannst mal sagen, wer das auf den Weg gebracht hat und wer geerntet hat! - Gegenruf von Sebastian Lechner [CDU]: Wir haben aber nach Bahnstrecken gefragt!)

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die Frage. Das ist manchmal der Fluch: Die einen machen die Arbeit,

(Wiard Siebels [SPD]: So ist das!)

und die anderen machen die Einweihung. Wir machen halt wieder die Arbeit.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Wiard Siebels [SPD]: So ist das! - Sebastian Lechner [CDU]: So wie beim JadeWeserPort und dem LNG-Terminal!)

### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Wir kommen jetzt - - -

(Reinhold Hilbers [CDU] meldet sich zu Wort)

- Herr Hilbers? - Ihr wollt alle nicht nach Hause, habe ich den Eindruck.

(Zuruf von Reinhold Hilbers [CDU])

- Es ist jetzt Schluss, hat er gesagt.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Wiard Siebels [SPD]: Egal, was passiert, es ist jetzt Schluss!)

Der Tagesordnungspunkt kommt ja zur abschließenden Beratung noch einmal ins Plenum. Dann können, glaube ich, alle übrig gebliebenen Fragen gestellt werden.

Wir kommen jetzt zur Ausschussüberweisung. Federführend soll der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung, mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen sein. Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank.

Wir kommen jetzt zur Festlegung von Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnittes. Der nächste, der 6. Tagungsabschnitt ist vom 22. bis 24. März 2023 vorgesehen. Der Ältestenrat wird den Beginn und die Tagesordnung dieser Sitzung festlegen. Der Landtag wird entsprechend einberufen werden.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen allen eine gute Heimreise. Herzlichen Dank.

Schluss der Sitzung: 15.43 Uhr.